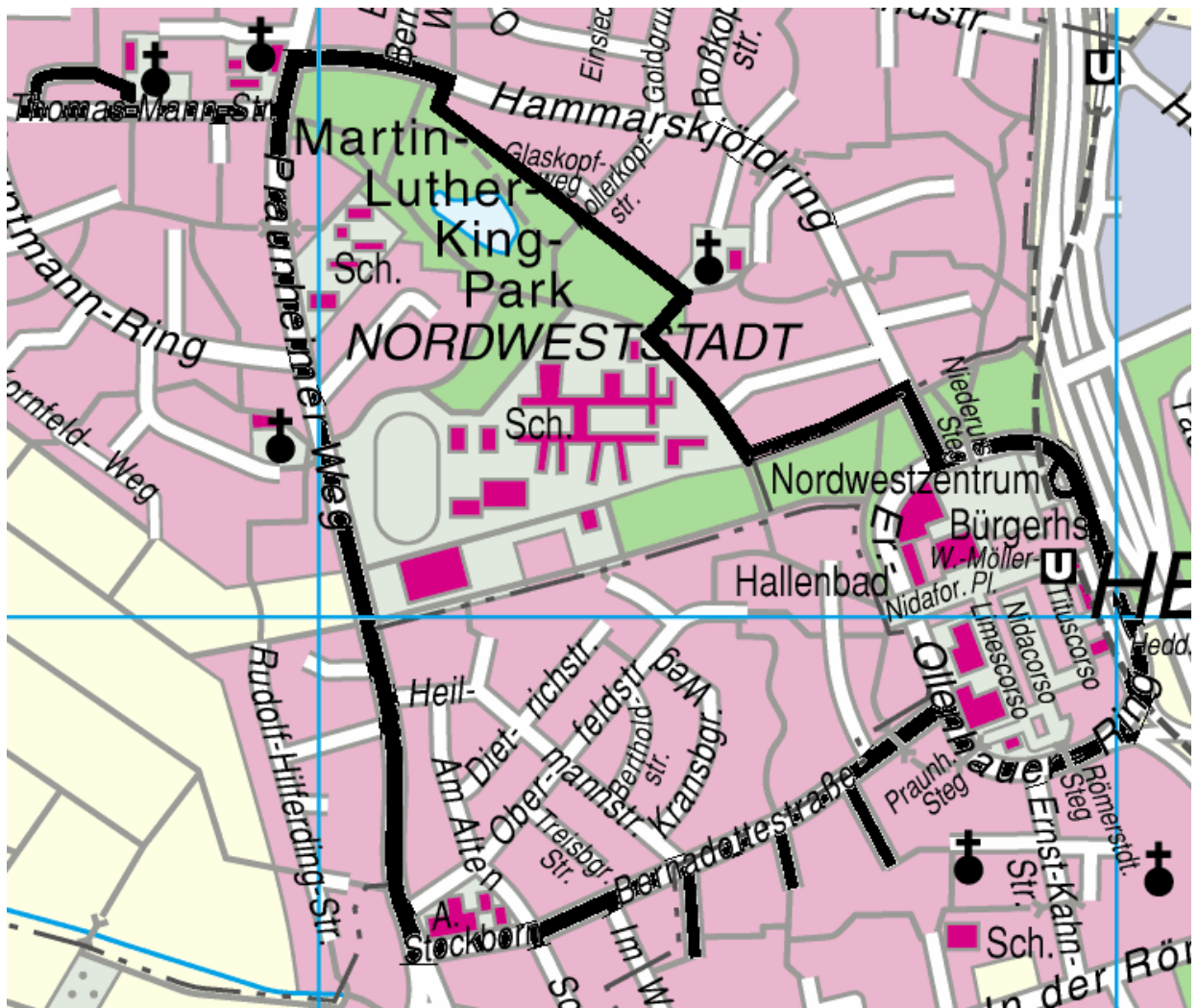


Frankfurt – Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften

Soziale Stadt Nordwest – Bewohneraktivierung

**Quartier Nordweststadt: Praunheimer Weg, Bernadottestraße,
Heilmannstraße**



„Ich wünsche mir einen, bunten, toleranten, friedlichen und kreativen Stadtteil“

Frankfurt Juli 2005

Soziale Stadt Nordwest – Bewohneraktivierung: Empirische Untersuchung
Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Frankfurt
Institut Stadt- und Regionalentwicklung

im Auftrag des
Diakonischen Werks für Frankfurt am Main des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt
am Main

Bearbeitung

Arbeitsgruppe Sozialraumanalyse: Andrea Bredel, Denise Byron, Bianca Faller, Sabine Grünig, Sina Gruner, Patrizia Kasik, Holger Knipp, Christina Koch, Ralf Kohn, Yvonne Matle, Barbara Mayenborn, Katja Nachtweh, Ivana Sablic, M.Alice da Silva, Peter Strass, Sascha Wack, Kathrin Zender, Rosa Ziegler am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Studiengang Soziale Arbeit unter Leitung von Prof. Dr. Therese Neuer-Miebach

Frankfurt, Juli 2005

Zitat auf dem Deckblatt: Zettel eines 11-Jährigen am Wunschbaum beim Open-Air-Festival im Martin-Luther-King-Park am 18.06.2005

Gliederung

1. Das Thema: Soziale Stadt – neue Nachbarschaften	03
2. Zur Konzeption und Entwicklung der Nordweststadt	06
2.1. Die „Raumstadt“	
2.2. Veränderungen der Bewohnerstruktur	
3. Auswahl des Quartiers Soziale Stadt Nordwest	13
4. Forschungsansatz	16
5. Der Auftrag	20
5.1. Quartiersmanagement	
5.2. Untersuchungsgegenstand und -fragen	
5.3. Wissensbasis	
6. Methodisches Vorgehen	23
6.1. Instrumente	
6.2. Befragungs-Setting	
7. Wohnen und Leben im Quartier: Empirische Untersuchung	28
7.1. Informationsstand der Befragten	
7.2. Programmeinschätzung	
7.3. Wahrnehmung des Quartiers	
7.4. Probleme und Belastungen – Einschätzungen, Wünsche und Anregungen	
I Wohn- und Lebensbedingungen	
II Städtebauliche Stabilisierung	
III Soziales und kulturelles Leben	
IV Lokale Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung	
V Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft	
VI Gesamteinschätzung	
8. Handlungsempfehlungen	96
Anhang	118
Literaturliste	
Fragebögen	

1. Das Thema: Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften

Parallel zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ hat die Stadt Frankfurt unter dem Titel „Soziale Stadt – Kommunal“ seit 1999 Quartiere in ausgewählten Stadtteilen besonders gefördert mit dem Ziel der Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger für die nachhaltige Entwicklung und der Stabilisierung der Quartiere. Neben unmittelbaren Angeboten für Quartiersbewohnerinnen und -bewohner, der Unterstützung von Selbstorganisation und Vernetzung beinhaltet das kommunale Programm Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes (z. B. Neu- und Umgestaltung von Spielplätzen, öffentlichen Grünanlagen, Gestaltung und Sicherung von Wegen, Organisation der Müllbewältigung und -entsorgung).

Die Stadt Frankfurt will, „dass für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ihre Wohngebiete nicht nur Schlafstätte sein sollen, sondern Lebensräume mit lebendiger Nachbarschaft und Engagement der Bewohner für ihren Stadtteil. Dort, wo Probleme und Mängel sich abzeichnen oder bereits vorhanden sind, sollen die Bewohnerinnen und Bewohner dabei unterstützt werden, Mittel und Wege zu finden, um die Situation nachhaltig verändern zu können“ (Präsentation der neuen Quartiersgebiete ab 2005; Information der Stadt Frankfurt 2005).

„**Ziel** des städtischen Programms ‚Frankfurt – Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften‘ ist es, positive Zukunftsperspektiven von Wohngebieten zu unterstützen ... Die Wohn- und Lebenssituation soll ... verbessert werden“ (Zuwendungsvereinbarung 2005) durch

- eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- die Sanierung des baulichen Zustandes der Häuser und des Wohnumfeldes
- die permanente Überprüfung der vorhandenen Infrastruktur.

Es geht also um Veränderungen in den ausgewählten Quartieren. Diese sind programmatisch charakterisiert durch

- Prozesshaftigkeit
- Interaktion möglichst aller Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers
- Vernetzung: Einbringen vorhandener Ressourcen und gegenseitige Unterstützung aller Akteure
- Nachhaltigkeit und Überprüfung der Zielerreichung.

Die **Aktivitäten** in den einzelnen Projekten beziehen sich auf mehrere Handlungsfelder:

- „– Aktivierung der Bewohnerschaft
- Verbesserung der Chancengleichheit
- Verbesserung von Beschäftigung und Qualifizierung
- Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens

– Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen“
(Präsentation der Stadt Frankfurt 2005).

Damit greift die Stadt Frankfurt die zentralen Ziel- und Maßnahmenbereiche des Bundesländer-Programms „Soziale Stadt“ auf (ARGEBAU 2000) und fokussiert diese auf die nachhaltige Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in städtischen Quartieren, deren soziale Akzeptanz in den Blick der Öffentlichkeit geraten ist und in denen sich eine Verschlechterung des baulichen Zustandes, infrastrukturelle Disparitäten und Ausgrenzungstendenzen abzeichnen. Eine „neue tragfähige Nachbarschaft“ soll entstehen (Präsentation der neuen Quartiersgebiete ab 2005).

Da die bisherigen Projekte in sechs Stadtteilen sich bewährt und zu guten Ergebnissen geführt haben, hat die Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004 beschlossen, ab dem Jahr 2005 in vier zusätzlichen Quartieren neue Soziale-Stadt-Projekte anlaufen zu lassen und für eine Laufzeit von zunächst zwei Jahren (bis max. insges. 5 Jahren) zu fördern.

Dazu gehört neben Sossenheim (Henry-Dunant-Siedlung), Niederrad (Siedlung Im Mainfeld) und Griesheim (Wilhelmshavener Straße, nördlich der Mainzer Landstraße) der mittlere Bereich der Nordweststadt (Praunheimer Weg - Bernadottestraße – Heilmannstraße) als viertes Projekt.

Träger des Projektes in der Nordweststadt ist das Diakonische Werk für die Stadt Frankfurt des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt.

Die Projekte sollen

- „zur Aktivierung der Mieterinnen und Mieter in den Quartieren führen“
 - „die Aktivitäten in den Stadtteilen von Vereinen, Kirchen, Initiativen, sozialen Einrichtungen, Mieterbündnissen und -beiräten bündeln“
 - „zu einer Verbesserung des Wohnumfeldes führen“
- (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 2004).

Die Auswahl der vier neuen Quartiere basiert auf öffentlicher Wahrnehmung, Vorschlägen von Experten, Erfahrungen der Projektsteuerung und des Amtes für Wohnungswesen und der statistischen Beobachtung des Jugend- und Sozialamtes und orientiert sich an den praktischen Möglichkeiten, in einem begrenzten Zeitraum, mit begrenzten personellen und finanziellen Möglichkeiten die gewünschten Ziele zu erreichen.

Im Haushalt der Stadt Frankfurt sind für dieses Programm Haushaltsmittel beantragt, beschlossen und in die Haushalts- und Wirtschaftspläne und das Investitionsprogramm 2005 bis 2008 aufgenommen worden (Etat-Antrag 2004; Stadtverordnetenversammlung 2004).

Der Einsatz der **investiven Mittel** im Baubereich erfolgt gemäß den Fördergrundsätzen zur Vergabe von Wohnungsbaumitteln zur Sanierung des Wohnungsbestandes und

Wohnumfeldverbesserungen, Soziale Stadt Frankfurt am Main, Stand 2004 in Kooperation von Wohnungsamt und Stadtplanungsamt.

Das Budget für **flankierende Maßnahmen in den Quartieren** im Rahmen dieses Programms wird lt. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung jährlich in Zusammenarbeit zwischen dem Quartiersmanagement und den BewohnerInnen bzw. der Bewohnervertretung festgelegt (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 16.12.2004, § 8341, E 145). Zwischen beiden Bereichen soll eine enge Abstimmung erfolgen.

2. Zur Konzeption und Entwicklung der Nordweststadt

2.1. Die „Raumstadt“

„Die Nordweststadt war zunächst eine große Idee: Die Idee eines neuen Stadtviertels, das menschlicher ... heiterer ... farbiger, vielgestaltiger, intimer und wärmer als manche bisherige Siedlung sozialen Wohnungsbaus Menschen ein Zuhause bieten sollte“ (Kampffmeyer 1968, 9).

Die kriegsbedingte Zerstörung großer Teile des innerstädtischen Wohnungsbestandes, Bevölkerungszunahme infolge von Flucht und Geburtenanstieg sowie der zunehmende Bedarf an Wohnfläche pro Person waren die Hintergründe für das Großprojekt Nordweststadt, dessen Planung in die 50er Jahre zurück reicht. Die Chance, ein Areal von ca. 170 ha unbebauter Fläche planen und gestalten zu können, erwies sich als städtebauliche und ästhetische Herausforderung für den Architekten Walter Schwagenscheidt. Vorstellungen einer offenen Gesellschaft, der Synthese von Verschiedenartigkeit und Vielfalt, der Spannung zwischen Kontakt- und Distanzbedürfnissen, der Offenheit gegenüber Neuem sowie der Gestaltungsspielraum für Individualität bestimmten das Konzept der „Raumstadt“, das Schwagenscheidt bereits 1949 entworfen hatte (Kampffmeyer 1968; Gleiniger 1995). Dahinter stehen nicht nur architektonisch-gestalterische Ideen, sondern auch das gesellschaftspolitische Leitbild einer liberalen Stadtgesellschaft, die Individualität und Pluralität zulässt - das Zusammenleben unterschiedlicher Schichten im „offenen Raum“ (Kampffmeyer 105), ohne dass besondere Anstrengungen vom einzelnen verlangt würden, eine spezifische Gemeinschaftlichkeit mitzugestalten. Es sind vielmehr die baulich-räumlichen Bedingungen und die sozio-ökonomischen Wachstumserwartungen dieser Zeit, die den Optimismus hinsichtlich quasi automatisch zunehmender Wohlfahrt und individuellen Wohlergehens in einem solchen Umfeld beflügeln.

Dem Konzept der Vielfalt von Wohnbedingungen folgt die Entwicklung von etwa 100 verschiedenen Wohnungs- und Hausgrundriss-Typen, die ein „Maximum an wohnlicher Geborgenheit, Ungestörtheit von Nachbarn und freier Entfaltung“ ermöglichen sollten (Kampffmeyer 41).

Bemerkenswert ist, dass die Wohnungsgrößen in der Nordweststadt relativ großzügig konzipiert sind: Die Wohneinheiten sind um durchschnittlich 2 qm größer als im städtischen Durchschnitt (Datenreport 1998, 14). Die „typische“ Nordweststadtwohnung (das sind über 50 %) hat 3 Zimmer, 65-70 qm Wohnfläche. Jede 5. Wohnung (21,2 %) ist größer als 80 qm; 13 % der Wohnungen haben 4-6 Zimmer im Jahr 1968 (Datenreport Nordweststadt 1998,

14-16). Daran dürfte sich trotz einiger Wohnungszusammenlegungen in späteren Jahren nichts Grundsätzliches geändert haben.

Die „soziale Mischung“ unterschiedlicher sozialer Schichten, ein heute keineswegs vergessenes Muster, fungierte als ökonomisches Prinzip und zugleich als sozialpsychologischer Motor für einen gewünschten dynamischen Prozess der Stadtteilentwicklung: Anregung und Befruchtung des Zusammenlebens, Quartier als Lebensraum, Wohnung als Heimat (Gleiniger 102).

Der monofunktionale Charakter der „Schlafstadt Nordweststadt“ sollte gemildert werden durch die Schaffung großer Grün- und Freiflächenareale (allein der Martin-Luther-King-Park mit 8 ha), eines differenzierten Vorschul- und Schulbildungsangebotes sowie konzentrierter Infrastruktur und Dienstleistungen im Nordwest-Zentrum, das als „bürgerschaftlicher Mittelpunkt“ (Kampffmeyer 92) Kommunikation, Identifizierung und die Entwicklung eines eigenen Stadtteilbewusstseins fördern sollte. Die Planung von zwei großen Altenzentren allerdings fiel dem Mangel an Fördermitteln zum Opfer.

Insgesamt stellt sich die Nordweststadt dar als die gebaute Vorstellung der 50er und 60er Jahre vom besseren Wohnen, Geborgensein und der Lebensentfaltung der kleinbürgerlichen städtischen Familien – der sog. deutschen Normalfamilie – in der Erwartung stetiger Verbesserung der sozio-ökonomischen Entwicklungsbedingungen.

Qualitativ hochwertiges Wohnen, Kommunikation, intakte Gemeinschaftlichkeit und soziale Harmonie standen als Kriterien für erfolgversprechende Stadtteilentwicklung.

Die Hauptbautätigkeit in der Nordweststadt fand zwischen 1962 und 1972 statt. Die Anzahl der Wohneinheiten wurde 1968 mit 7.005 angegeben (Kampffmeyer 40). Dabei sind noch nicht die in den Folgejahren gebauten ca. 800 Wohneinheiten berücksichtigt. Der Anspruch, breite Bevölkerungskreise mit angemessenem Wohnraum zu tragbaren Mieten zu versorgen, führte dazu, dass der weitaus größte Teil der errichteten Wohneinheiten aus Mitteln des Sozialen Wohnungsbaus öffentlich gefördert und in die Trägerschaft großer gemeinnütziger Wohnungsunternehmen übergeben wurde.

Entsprechend dem Konzept der sozialen Mischung ist die Baustruktur gemischt gestaffelt: hohe und niedrige Bauten, Bungalows, ein- bis zweigeschossige Eigenheime, drei-, vier-, acht-, vierzehn- und mehrgeschossige Hochhäuser - weit überwiegend Mietwohnungen. Genaue statistische Angaben liegen nicht vor. Heute gibt es ca. 7.800 Mietwohnungen und etwa 800 Eigenheime in der Nordweststadt (in den Eigenheimen wohnen laut Meldestatistik 2.333 Einwohner; vgl. Datenreport Nordweststadt 1998, 11; 2. Datenreport Nordweststadt 1999, 1-4).

2.2. Veränderungen der Bewohnerstruktur

Ziel des Nordweststadt-Konzeptes war „die Schaffung eines wohnlichen Stadtviertels“: ein „offener Raum“, in dem „sich Menschen verschiedenen sozialen und beruflichen Typus' und unterschiedlichster Herkunft, Familien und Haushaltungen jeder Größe und Zusammensetzung ... angezogen fühlen sollten“ (Kampffmeyer 105).

Schätzungsweise 23.000 Einwohner hatte die Nordweststadt im Jahr 1968, einen relativ hohen Anteil (fast 10 %) an Haushalten mit 5 und mehr Personen – darunter viele junge Familien mit mehreren Kindern.

Der Anteil der bis unter 25-Jährigen betrug 38 %, der der Bewohner über 65 Jahre lediglich 6,7 % (Kampffmeyer 107). Somit war die Nordweststadt ein junger Stadtteil: Familien mit aufstrebenden Lebensperspektiven.

Von den erwerbstätigen Haushaltsvorständen arbeiteten 34,5 % in handwerklichen, landwirtschaftlichen und industriellen Berufen, 35,3 % in Verwaltungs- und Büroberufen (Kampffmeyer 109). Rentenbezug und Arbeitslosigkeit spielen demgegenüber offenbar zu diesem Zeitpunkt keine nennenswerte Rolle.

Der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit betrug 1970 nur 3 %, 1996 bereits 25 % (Datenreport Nordweststadt 1998, 5).

Die Vision eines lebendigen, entwicklungsfähigen Stadtteils mit vielen Menschen, „die aus ihrem Beruf heraus das gesellschaftliche Zusammenleben anregen und befruchten können“ schien erreicht zu sein (Kampffmeyer 109).

Die städtebauliche Struktur hat sich seitdem kaum verändert. Sanierung und Modernisierung von Wohnungen, Gebäuden, Hauseingangssituationen und Außenanlagen wurde sukzessive von den Wohnungsbaugesellschaften vorgenommen. Inzwischen ist der Abriss von einzelnen maroden Gebäuden geplant (z.B. das mittlere Zentrum am Hammarskjöldring).

Kaum verändert hat sich auch das städtebauliche Nutzungs-Konzept der Nordweststadt: Angebote für differenzierte Wohnbedürfnisse, aufgelockert durch viel Grün und Parkanlagen sowie das vielfältige Angebot vorschulischer und schulischer Bildung.

Tendentiell nach oben – für mittleren und gehobenen nichttäglichen Bedarf - entwickelt sich hingegen das konzentrierte Einkaufs- und Dienstleistungsangebot im Nordwestzentrum.

Grundlegend verändert haben sich die demographische und die Sozial-Struktur der zuziehenden Bevölkerung sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen (sozio-ökonomische und kulturelle Ausstattung) vieler in der Nordweststadt lebender Haushalte.

Gewandelt haben sich zugleich die Wohnbedürfnisse hinsichtlich Standard und Wohnflächenbedarf.

Heute wohnen in der Nordweststadt ärmere, weniger und andere Menschen.¹

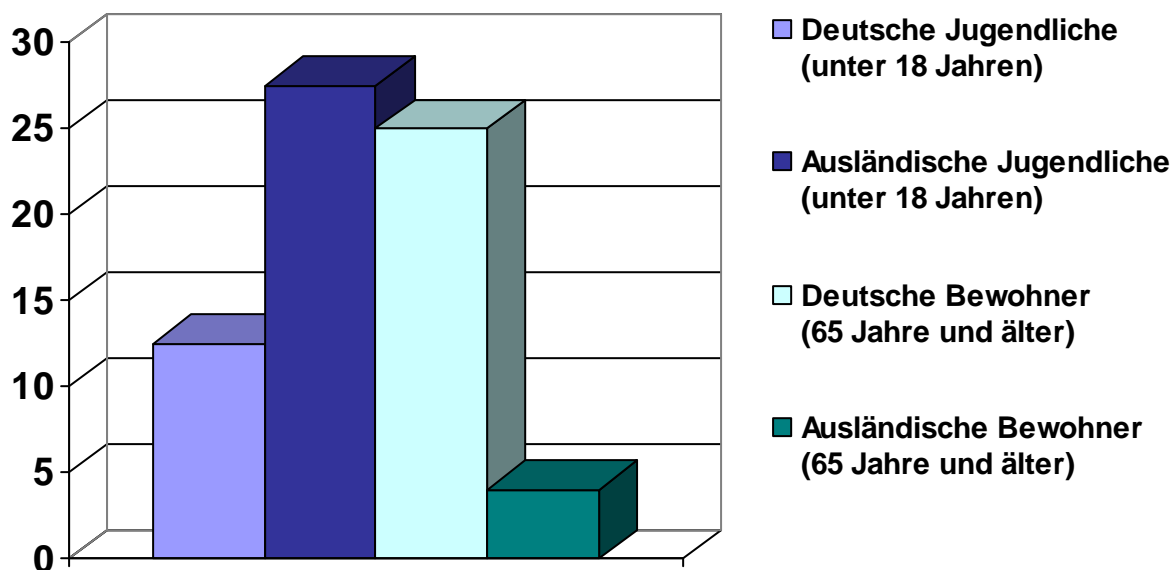
Zwischen 1970 und 1996 hat die Nordweststadt einen Einwohnerverlust von über 21 %: von 22.065 auf 17.381 Einwohner (Datenreport Nordweststadt 1998, 4). Dies entspricht in der Tendenz dem städtischen Gesamttrend, bedingt insbesondere durch höhere Wohnflächenansprüche.

Markant für die Nordweststadt ist die Veränderung der Altersstruktur zwischen 1968 und 1996: während 1968 nur 6,7 % der Bewohner 65 Jahre und älter waren, sind es – naheliegend bei der langen Wohndauer - 1996 19 %; der Anteil der unter 18-Jährigen liegt 1996 bei 16,3 %, der der 65 Jahre und älteren bei 19 % insgesamt und damit deutlich über dem städtischen Mittel von 16 % (Datenreport Nordweststadt 1998, 6). Die aktuellen Daten für das Untersuchungsgebiet lassen darauf schließen, dass dieser Trend anhält (vgl. Kap. 3).

Der Anteil der jungen Leute hat sich 1996 verringert, allerdings vor allem in den deutschen Haushalten: deutsche Jugendliche unter 18 Jahren 12,5 %, ausländische Jugendliche 27,5 %; deutsche Einwohner im Alter von 65 Jahren und älter: 25 %, ausländische alte Einwohner: 4 % (Datenreport Nordweststadt 1998, 5-8).

¹ Die Datenbasis hat sich insofern nicht verbessert, als dass die Nordweststadt kein eigener statistischer Bezirk ist, sondern Bestandteil von vier Bezirken. Die Einwohnermeldestatistik, die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit bis Ende 2004 und die Zählungen der Sozialrathäuser beziehen sich auf unterschiedliche räumliche Abgrenzungen. Daher sind die Zahlenangaben hier und im Folgenden nicht absolut zu sehen, sondern als – sorgfältig recherchierte – Annäherungswerte.

Graphik 1: Verteilung junge und alte Bewohner in der Nordweststadt in %



Somit lässt sich die Altersstruktur bei einem Anteil von Bewohnern mit ausländischem Pass von 25,6 % charakterisieren als: **alte Deutsche und junge Ausländer.**

Mit 25 % liegt der Anteil der ausländischen Einwohner in der Nordweststadt 1996 insgesamt unter dem städtischen Durchschnitt (28,6 %). Die größte Gruppe bilden türkische Staatsangehörige, gefolgt von Bewohnern aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Marokko (Datenreport Nordweststadt 1998, 5-6). Über 60 unterschiedliche Staatsangehörigkeiten weist die Einwohnermeldestatistik Ende 2004 für die Nordweststadt aus.

Unabhängig von diesen veränderten Rahmenbedingungen gilt das Wohnen - Wohnung und Wohnumfeld - als gesellschaftlich zentraler Integrationsfaktor und insofern mitbestimmend für Lebenschancen. Daher ist zumindest eine Balance zu halten, die verhindert, dass die Verschlechterung von Lebensbedingungen sozial riskant wird. Um dies sicher zu stellen, sind erhöhte individuelle und/oder gesellschaftliche Anstrengungen erforderlich.

Im Rahmen der Frankfurter Sozialberichterstattung, publiziert im Jahr 2002, treten die Statistikbezirke, die Teile der Nordweststadt umfassen (482, 481, 426, 432), nicht als besonders mit sozialen Risiken belastet hervor.²

² Zu den sozialen Risikofaktoren zählen: Gewalt innerhalb und außerhalb der Familie, Vandalismus, Jugendkriminalität, Integrationsprobleme/Nationalitätenkonflikte, Arbeitslosigkeit von Erwachsenen und Jugendlichen, drohender Wohnungsverlust, Überschuldung, Sucht, Schulprobleme

Gemessen an den Risikofaktoren Einkommensarmut, Wohnungssituation, Bevölkerungsfluktuation, Bildungsniveau zeigt die Nordweststadt keine Hinweise auf eine besondere Häufung von sozialen Problemen. Sie liegt in der 6-stufigen Risikoskala auf der zweitniedrigsten Stufe, basierend allerdings auf Zahlen von Mitte der 90er Jahre.

Allerdings zeichnen sich bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gewisse statistische Trends ab, die Anzeichen sein können für soziale Risiken. Einige Werte liegen in der Auswertung von Volkszählungsdaten im Jahr 1987 leicht oberhalb des städtischen Durchschnitts: der Anteil der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt, eine höhere Bevölkerungsfluktuation, ein niedrigerer Ausbildungsstand und eine geringere Erwerbsquote (die Erwerbslosenquote liegt dem gegenüber im städtischen Durchschnitt. Datenreport Nordweststadt 1998, 9). Da neuere Daten über die Entwicklung dieser Faktoren fehlen, lassen sich über die zwischenzeitlichen Veränderungen positiver bzw. negativer Art nur Vermutungen anstellen, die nicht zuletzt je nach Bezugsgröße unterschiedlich ausfallen dürften.

Auch die verfügbaren Daten der Wohnungsunternehmen geben nur einen begrenzten Einblick in die tatsächlichen Wohnverhältnisse, weil sie sich nur auf den jeweils eigenen Wohnungsbestand beziehen, nur wenige Sozialdaten der jeweiligen Bewohnerschaft umfassen und keine Entwicklungen über einen mittleren Zeitraum abbilden.

Ein zentraler Faktor, mit dem die Bewohnerstruktur und – indirekt – die nachbarschaftlichen Verhältnisse beeinflusst werden, ist die Wohnungsbelegung. Die Belegungsbindungen bei den öffentlich geförderten Wohnungen – und das sind in der Nordweststadt mehr als vier Fünftel – laufen sukzessive aus. 1998 war die Belegungsbindung bereits bei einem Drittel aller Wohnungen ausgelaufen. Bis 2010 wird dies der Fall sein bei 80 % aller Wohnungen (vgl. Datenreport Nordweststadt 1998, 16-17).

Das dürfte sich sowohl auf das Mietpreisniveau als auch auf die Einwohnerstruktur in der Nordweststadt deutlich auswirken.

Zum einen fällt mit dem Wegfall der Belegungsbindung ein wichtiges kommunales Steuerungsinstrument weg. Zum anderen verringern sich aufgrund der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes und des Qualifikationsniveaus vieler gering qualifizierter Bewohner private Kompensationsmöglichkeiten und Einkommensgelegenheiten.

Aktuell vermitteln jedoch weder die statistischen Daten, noch der visuelle Eindruck bei Beobachtungsrundgängen, noch die Angaben und Einschätzungen der großen

Erziehungshilfen, psychische Probleme, familiäre Probleme. Dazu: Frankfurter Sozialbericht Teil V, 2002.

Wohnungsunternehmen den Eindruck, dass die Nordweststadt ein „Problemgebiet“ sei. Sie erscheint vielmehr als ruhiger, fast stiller Stadtteil.

Die großen Wohnungsunternehmen ABG, Nassauische Heimstätte, Wohnheim GmbH und GWH, deren Bestand 85 % aller Wohnungen in der Nordweststadt ausmacht im Jahr 1998 (Datenreport Nordweststadt 1998, 12-13), stellen übereinstimmend im Jahr 2005 fest, dass sie keinen Leerstand in der Nordweststadt haben, dass es vielmehr Wartelisten von Wohnungsinteressenten gibt und die Nordweststadt als Wohngebiet nach wie vor attraktiv sei.

3. Auswahl des Quartiers Soziale Stadt Nordwest

„Alle vorliegenden Informationen über die Sozialstruktur ergeben das Bild eines eher unauffälligen Stadtteils“ (Datenreport Nordweststadt 1998, 9). Dennoch wurde der mittlere Bereich der Nordweststadt, etwa ein Drittel des gesamten Areals, im Herbst 2004 als Quartier des kommunalen Programms „Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften“ ausgewählt. Dieser Auswahl lagen keine eigenen städtebaulichen sozialstrukturellen Erhebungen zugrunde. In der öffentlichen Information der Stadt über die Auswahl des Quartiers in der Nordweststadt wurde auf einen „großen Umbruch“ innerhalb der Bewohnerschaft verwiesen. Als Zielbereiche der Aktivitäten wurden

das nachbarschaftliche Miteinander,

die Sicherheit und

Freizeit und Kommunikation,

hervorgehoben unter „Beteiligung aller vor Ort Aktiven“ (Präsentation Stadt Frankfurt).

Die Einwohnermeldestatistik weist im Jahr 2005 für dieses Quartier 7.784 Personen aus. Das dürften mit Bezug auf die Einwohnerzahlen von 1996 (17.381 Personen; Datenreport Nordweststadt 1998, 4-5) mehr als 40 % aller Einwohner der Nordweststadt sein.

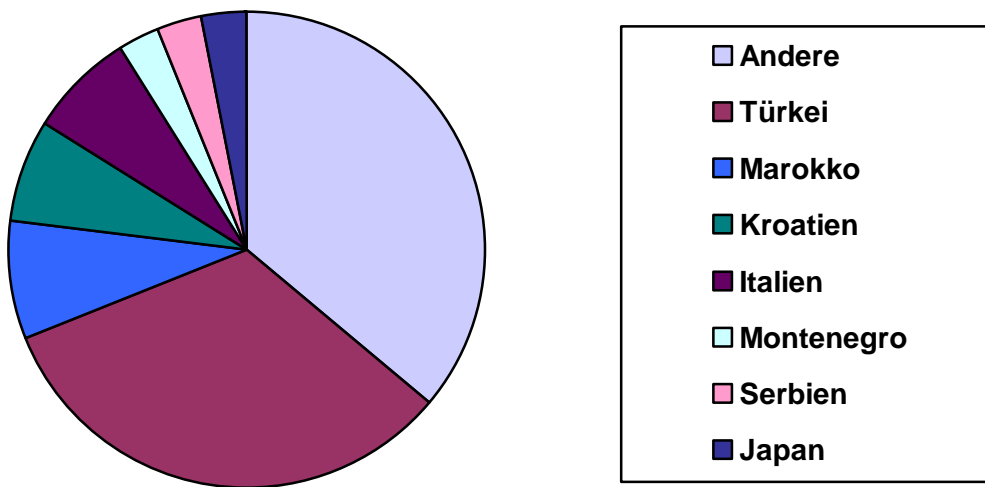
Die Anzahl aller noch und ehemals öffentlich geförderter Wohnungen für dieses Quartier wird mit 1.655 Wohneinheiten angegeben (Information der Stadt Frankfurt).

Zur aktuellen Bewohnerstruktur im Quartier gibt es nur wenige Angaben:

Ähnlich wie in der gesamten Nordweststadt beträgt der Anteil der Bewohner mit deutschem Pass knapp 75 %, der der Ausländer 25 %.

Nach einer Auszählung des Melderegisters zum Ende des Jahres 2004 der Stadt Frankfurt setzen sich die Tendenzen der 90er Jahre fort: Alte Deutsche, ab 65 Jahre (27,1 %), und junge Ausländer im Alter von bis zu 24 Jahren (30 % aller ausländischen Bewohner) kennzeichnen die Altersstruktur ebenso wie die gesamte Nordweststadt. Der Anteil der Deutschen bis zum Alter von 24 Jahren beträgt demgegenüber 24,4 % an allen Deutschen, der der älteren ausländischen Bewohner (ab 65 Jahre und älter) lediglich 6,6 % aller ausländischen Bewohner. Eingebürgerte Bewohner mit Migrationshintergrund sind nicht ausgewiesen. Insgesamt weist das Melderegister für dieses Quartier mehr als 60 unterschiedliche Nationalitäten aus. Von den ausländischen Bewohnern sind 33 % Türken, 8 % Marokkaner, jeweils 7 % Kroaten und Italiener, jeweils 3 % kommen aus Montenegro und Serbien sowie aus Japan. Alle anderen Nationalitäten sind mit Anteilen unter 3 % vertreten.

Graphik 2: Verteilung Ausländer in der Nordweststadt nach Herkunft in %



Im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung machen die Bewohner mit türkischem Pass 8,2 % aus, die Marokkaner 2 % und alle anderen Nationalitäten jeweils unter 2 %. Kleinteilige, auf das Quartier bezogene Daten der Kriminalstatistik, der Jugendgerichtshilfe und über den aktuellen Bezug von öffentlichen Transferleistungen, liegen nicht vor.

Die Statistiken der großen Wohnungsbaugesellschaften geben einen Überblick über den Bestand im jeweiligen Unternehmen, jedoch nicht über das gesamte Quartier. Zudem sind es Aussagen von unterschiedlicher zeitlicher und inhaltlicher Reichweite.

Aktuell den höchsten Wohnungsbestand im Quartier hat die ABG, gefolgt von der Wohnheim GmbH, der Nassauischen Heimstätte und der GWH.

Alle Wohneinheiten haben mittleren bis guten Wohnstandard. Sukzessive werden alle Gebäude instandgesetzt; die Wohnungen werden modernisiert nach Auszug von Mietern. Insgesamt macht der Wohnungsbestand einen guten, gepflegten Eindruck.

Bemerkenswert ist die lange Wohndauer vieler Haushalte: Großenteils seit Fertigstellung wohnen zwischen 35 und 47 % aller Haushalte über 20 Jahre in den Beständen der Wohnungsbaugesellschaften. Die Fluktuationsrate liegt leicht unter 10 %. Lediglich in wenigen problemverdichteten Hochhäusern liegt die Fluktuationsrate bei 18 %. Mietschulden als Kündigungsgrund tauchen in den Statistiken der Wohnungsbaugesellschaften äußerst selten auf. Lediglich in zwei Hochhäusern treten häufiger solche Probleme auf und kommt es zu Räumungsklagen. Die meisten Fälle werden durch Ratenzahlungsvereinbarungen oder Übernahme der Mietkosten durch das Sozialamt geregelt. Punktuelle Angaben bei einzelnen

Wohnungsbaugesellschaften geben keinen Überblick über die Strukturentwicklung deutscher und ausländischer Haushalte in einzelnen Gebäuden oder im Bestand insgesamt. Generell ist festzustellen, dass je mehr Wohneinheiten ein Gebäude hat, umso größer der Anteil ausländischer Haushalte ist (bis zu 60 %). Bei allen großen Wohnungsbaugesellschaften beläuft sich der Anteil an Wohnungen, die an ausländische Haushalte vermietet sind, auf 30 %. Das ist gemessen am Anteil ausländischer Haushalte im Jahr 1968 von 3 % eine markante Zunahme, insbesondere vor dem Hintergrund des deutlichen Bewohnerrückgangs in der Nordweststadt; dieser Anteil liegt jedoch im gesamtstädtischen Mittel.

War das Thema zur Zeit der Gründung der Nordweststadt das Zusammenleben und die Kommunikation zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten, so ist es jetzt das zwischen deutschen Bewohnern und solchen mit Migrationshintergrund.

War die Nordweststadt anfangs ausgerichtet auf die bundesdeutsche Normal-Familienbiographie, so haben sich deren Rahmenbedingungen heute grundlegend geändert.

Dennoch können die Nordweststadt und das Quartier Soziale Stadt nicht als Problemgebiet bezeichnet werden. Vielmehr sind die Ziele und Maßnahmen, die das kommunale Programm Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften vorsieht, als Prävention gegenüber einer Zunahme sozialer Risiken und sozialer Segregation zu verstehen.

4. Forschungsansatz

Eine sozialwissenschaftlich-empirische Untersuchung bedarf einer Theorie geleiteten Fragestellung und einer entsprechenden Auswahl des methodischen Instrumentariums:

Was ist das Thema, welches ist der Auftrag?

Auf welche Informationsbasis kann sich die Untersuchung stützen?

Mit welchen Methoden können die Ziele erreicht werden?

Im Fokus der Programme „Soziale Stadt“ stehen die Verhinderung von Abwärtsentwicklung, die Stabilisierung bzw. Entwicklung positiver Zukunftsperspektiven der Wohnquartiere und die Schaffung bzw. Verstärkung „sozialer Interaktionen“ unter Beteiligung der Quartiersbevölkerung. Die „Einbindung der Bürgerschaft“ ist eines der vier strategischen Prinzipien, die beispielsweise das Land Hessen in Konkretisierung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ von 1999 für die „nachhaltige Stadtteilentwicklung“ vorsieht. Partizipation wird zugleich als Ziel, Instrument und Erfolgskondition für das Gelingen nachhaltiger Stadtteilentwicklung angesehen.³

Partizipation, also Beteiligung und Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern, von Bewohnerinnen und Bewohnern nimmt in der politikwissenschaftlichen und der stadtsoziologischen Debatte einen breiten Raum ein (vgl. Dilcher/Neuer-Miebach et al., 2001; Neuer-Miebach/Schneider/Pfeiffer 2004; Neuer-Miebach/Blanc 2005).

Dennoch bleibt der Begriff in den programmatischen Formulierungen von Handlungskonzepten und Aufgabenbeschreibungen recht allgemein und abstrakt.

Dies ist zum einen dem Anspruch geschuldet, die Ausgestaltung von Partizipation jeweils vor Ort den konkreten Aushandlungsprozessen zu überlassen. Zum anderen ist diese Offenheit jedoch Ausdruck einer gewissen Ratlosigkeit und weist auf sehr unterschiedliche Auffassungen der Art und Reichweite von Partizipation hin:

Mehr demokratische Mitbestimmung, mehr Autonomie zur Stärkung von Selbsthilfepotentialen, mehr ordnungspolitische Normierung des Stadtteillebens, Legitimation kommunalpolitischer Planung oder Verbesserung der Chancengleichheit und gesellschaftlichen Inklusion benachteiligter Bewohner (Lüttringhaus 2000; Neuer-Miebach 2004).

Der Formulierung der Hauptfrage der vorliegenden Untersuchung, der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung des Untersuchungsinstrumentariums, liegen stadtsoziologische

Prämissen zugrunde, die auch für die Auswertung der Ergebnisse maßgeblich sind. Sie können an dieser Stelle nur thesenhaft vorgestellt werden.

Entwicklungsfaktoren der Städte und ihrer Stadtteile sind öffentliche und private Investitionen, kommunale Planung sowie das individuelle Verhalten der Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Wohnungs-, Arbeits-, Bildungs- und Freizeit-Markt. Die Koordinaten dieses Zusammenspiels haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert.

1. Die Steuerungsfähigkeit öffentlicher Planung wird zunehmend skeptisch beurteilt. Zeitgleich nehmen soziale Risiken und Belastungen breiterer Bevölkerungskreise und -gruppen zu und gewinnen sog. weiche Faktoren wie Selbstaktivität und -organisation an Bedeutung.
2. Der urbane Lebensstil besteht nach herrschender Meinung in einem freundlich-distanzierten Verhältnis zu Nachbarschaft und zugleich räumlich frei gewählten Gemeinschaftsaktivitäten. Je eingeschränkter die ökonomischen und bildungsmäßigen Potentiale der Bewohner sind, umso geringer sind ihre Wahlmöglichkeiten und umso größer ist die Fixierung auf den engen sozialen Raum (sozialräumliche Marginalisierung, unfreiwillige Segregation). Insbesondere die Abhängigkeit von öffentlichen Transferleistungen und sozialpolitischen Maßnahmen verengen den Handlungsradius der Empfängerinnen und Empfänger auf das enge Wohnumfeld. Diese Ausgangssituation wirkt sich unterschiedlich aus auf die Bereitschaft zum Engagement im und für das Quartier (Wentz 1996; Friedrichs 1995; Häußermann/Kronauer/Siebel 2004; Krummacher/Kulbach et al. 2003; Riege/Schubert 2002).
3. In jüngeren Untersuchungen wird ausgegangen davon, dass eine Wechselwirkung zwischen den individuellen Handlungspotentialen und dem räumlichen Wohnumfeld besteht und dass es unterschiedliche Typen von Lebensbewältigungsstrategien gibt, die die Bereitschaft zu Beteiligung und Aktivierung prägen: Verbesserung der Lebenssituation, Stabilisierung oder Resignation gegenüber einer persönlichen Lebensperspektive (Dorsch/Siebert 2001; Kronauer 2002; Häußermann/Kronauer/Siebel 2004).
4. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird davor gewarnt, „bürgerliche“ Partizipationsformen für benachteiligte oder von Benachteiligung bedrohte Quartiere anzuwenden, weil diese ein Aktivitätsniveau voraussetzen, das üblicherweise in solchen Quartieren nicht vorhanden ist.

³ Beteiligung im Sinne der Mitwirkung in mehr oder weniger formalisierten Strukturen; Aktivierung als der Prozess, über den Bewohner zur Mitwirkung gewonnen werden sollen. Partizipation wird hier und im Folgenden als der Oberbegriff für Beteiligung und Aktivierung verwendet.

5. Der Regelfall der Anwendung von Konzepten der Partizipation in den Quartieren der Sozialen Stadt ist ein Top-Down-Vorgehen, mit dem die planende Kommune bestimmte, projektspezifische Ziele verbindet wie Integration in die demokratische Kultur, Befähigung zu eigenverantwortlicher Wahrnehmung und demokratischer Rechte und Pflichten, Beteiligung an der Ausgestaltung sozialpolitischer Maßnahmen und/oder Stärkung der Selbsthilfepotentiale, des nachbarschaftlichen Zusammenlebens und der Identifikation mit dem Quartier.
6. Zwischen den Zielen, den Zielgruppen und den Akteuren sowie den Methoden der Partizipation bestehen funktionale Beziehungen: Je nachdem ob Information, Mitwirkung, Mitentscheidung oder Selbstverwaltung avisiert ist, welches Demokratieverständnis kommunalpolitisch praktiziert wird und welche Partizipationserfahrungen bei der planenden Verwaltung vorliegen, werden unterschiedliche Instrumente eingesetzt (Lüttringhaus 2000) und kann Partizipation mehr oder weniger tatsächlich (Stadtteil-)Entwicklung beeinflussen. Aus Sicht der Adressaten braucht Partizipation einen Bezugspunkt. Sie muss konkret, transparent und überschaubar sein.
7. Im optimalen Fall werden über Partizipation die Aktivität und Beteiligung erreicht, die die vorgegebenen Planungsziele unterstützen bzw. realisierbar machen. Auch für diese beschränkte Form der Partizipation ist es erforderlich, dass die kommunalpolitischen Entscheidungsträger und die Verwaltung sich einlassen auf Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren.
8. Wenn es zutrifft, dass einerseits Stadt(teil-)entwicklung u. a. angewiesen ist auf das Handeln von Bewohnerinnen und Bewohnern und dass andererseits in den Projektgebieten der „Sozialen Stadt“ das Partizipationspotential gering ist, so ist grundsätzlich in Zweifel zu ziehen, ob über Maßnahmen bezogene Beteiligung und Aktivierung tatsächlich ein hoher Grad an Partizipation erreicht werden kann bzw. soll. Vielmehr setzen kleinteilige kommunale Programme in der Regel an der Analyse der „überforderten Nachbarschaften“ an, zielen auf Veränderungen des Verhaltens und der Kommunikation zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern (GdW 1998; Empirica 2004) und nicht auf Beteiligung an kommunaler Planung und Entscheidung im Sinne eines „bridging“ zur Eröffnung neuer sozialer Handlungschancen (Putnam 2000; Woolcock 2000).
9. Im Rahmen der aktivierenden Sozialraumorientierung von Projekten der Sozialen Stadt kommt dem Quartiersmanagement die Rolle zu, bestehende Potentiale und Ressourcen zu bündeln, neue Initiativen anzuregen und zwischen Bewohnerschaft, Nutzerinnen und

Nutzern, Akteuren im Quartier einerseits und planender Verwaltung und potentiellen Investoren andererseits zu vermitteln (Riege/Schubert 2002; Walther 2002; Krummacher/Kulbach et al. 2003): „Generell ist Quartiersmanagement ein strategischer Ansatz zum systematischen Aufbau selbsttragender, nachhaltig wirksamer personeller und materieller Strukturen zur Entwicklung eines Wohnquartiers durch den gezielten Einsatz vorhandener kommunaler Ressourcen, der in die gesamtstädtische Entwicklungspolitik integriert und bereichsübergreifend angelegt ist. Aufgaben und Ziele des Quartiersmanagement hängen stark von den Ausgangsbedingungen, Problemen und Potentialen im Stadtteil ab ... Quartiersmanagement (übernimmt, d. V.) Aufgaben der Bewohneraktivierung, Stadtteilkoordination ..., Projektinitiierung, Mittelakquisition, Öffentlichkeitsarbeit und Erfolgskontrolle/Berichterstattung. Es ist die antreibende Kraft vor Ort.“ (Franke/Löhr 2000, 2).

Theoriegeleitetes sozialwissenschaftliches Vorgehen auf der Basis dieser Forschungsannahmen setzt zugleich Offenheit voraus für unerwartete Informationen und Ergebnisse, die Bereitschaft des Verstehens von Aussagen und Einschätzungen und Transparenz des forschenden Vorgehens.

5. Der Auftrag

5.1. Quartiersmanagement

Die Stadt Frankfurt hat dem Diakonischen Werk für Frankfurt am Main die Trägerschaft des Quartiersmanagements für das Projekt Frankfurt – Nordweststadt (Praunheimer Weg, Bernadottestraße, Heilmannstraße) übertragen und vier Aufgabenbereiche vertraglich festgelegt:

- Einrichtung eines Quartiersmanagements vor Ort
- Aktivierung der Bewohner innerhalb des Quartiers
- Vernetzung von Akteuren im Quartier
- Einleitung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Neben der Organisation der Präsenz vor Ort in einem Stadtteilbüro hat sich das Diakonische Werk für die erste Arbeitsphase vorgenommen, einen Überblick zu gewinnen über die Bedingungen und Möglichkeiten der Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers in drei zentralen Bereichen:

Selbstorganisation und -hilfe,

Kommunikation in Nachbarschaft und Stadtteil, Beteiligung an Maßnahmen zur Veränderung,

Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation, der Wohnumfeldbedingungen und der Infrastruktur.

Beteiligung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern wird als zentraler Bestandteil nicht nur des Quartiersmanagements, sondern des gesamten Veränderungsprozesses im Quartier angesehen, ebenso wie die aktive Rolle der Wohnungsbaugesellschaften und das soziale Engagement der Akteure im Quartier.

Vorrangige Aufgabe des Quartiersmanagements ist es, „die konkreten Bedarfe aus der Bürgerschaft zu ermitteln“ und „die soziale Erosion“ innerhalb der ausgewählten Quartiere zu verhindern und „das weitere Auseinanderdriften zwischen unterschiedlichen Stadtteilen“ zu vermeiden (Bericht des Magistrats 2005).

Der Auftrag ist umfassend, das Quartier ist sehr groß, der zeitliche, personelle und finanzielle Rahmen ist eng. Dennoch muss das Quartiersmanagement seine Daseinsberechtigung, seine Effektivität und Effizienz unter Beweis stellen, konkrete Hinweise geben und Initiativen entwickeln für Projekte und Maßnahmen, die der Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation im Quartier selbst sowie der Aufwertung des Quartiers im Stadtteil und im gesamtstädtischen Gefüge dienen.

Die Fachhochschule Frankfurt wurde kurzfristig beauftragt, für das Programmgebiet „Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften – Frankfurt-Nordweststadt“ eine empirische Untersuchung zur Bewohneraktivierung durchzuführen.

Ausgehend von der Einschätzung der derzeitigen Wohn- und Lebensbedingungen im Quartier (der Begriff „Quartier“ steht hier und im Folgenden für den abgegrenzten Teilbereich der Nordweststadt im Rahmen der Sozialen Stadt – Neue Nachbarschaften, Frankfurt-Nordweststadt: Praunheimer Weg, Bernadottestraße, Heilmannstraße) hat sich die vorliegende Untersuchung zum Ziel gesetzt, Wünsche und Verbesserungsbedürfnisse von Bewohnerinnen und Bewohnern, Veränderungspotentiale und Aktivitätsbereitschaft aufzuzeigen und erste Empfehlungen zu geben für konkrete Maßnahmen und Projekte zur Stabilisierung der Situation im Quartier.

Der zeitlich und thematisch eng begrenzte Untersuchungsauftrag besteht darin, den vorrangigen Handlungsbedarf für das Quartiersmanagement herauszuarbeiten: Themen, Potentiale und Ressourcen für Mitwirkung und (Selbst-)Aktivität sowie Anregungen für Maßnahmen, Projekte und Vorgehensweisen in der ersten Arbeitsphase.

Anliegen der Untersuchung war es, Wissen zu generieren über die Wohnsituation, über die Wünsche und Bedürfnisse sowie die Bereitschaft von Bewohnerinnen und Bewohnern, sich an Maßnahmen und Projekten aktiv zu beteiligen. Die Themenfelder wurden entsprechend dem Bund-Länder-Programm zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ (Stand 01.03.2000) und der Hessischen Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ (September 2000) ausgewählt:

- Wohn- und Lebensbedingungen
- städtebauliche Entwicklung des Quartiers
- soziales und kulturelles Leben im Quartier
- lokale Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung
- Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner.

5.2. Untersuchungsgegenstand und -fragen

Da in den letzten Jahren umfangreiche Untersuchungen zur Situation alter Menschen in der Nordweststadt durchgeführt und kürzlich eine bundesweite Migrationsstudie vorgelegt wurde, in die die Nordweststadt einbezogen war, konnten diese beiden Themenfelder in der vorliegenden Untersuchung zurück gestellt werden (s. die Studien der Schader-Stiftung, Darmstadt 1998-2004; Zuwanderer in der Stadt 2005). Die Ergebnisse dieser Studien sind dennoch höchst aktuell für die Planung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt.

Die eigene Untersuchung zielt darauf, in differenzierter Form Belastungen, Wünsche und Ressourcen für eine zukunftsfähige, lebenswerte Quartiersentwicklung im Untersuchungsgebiet der Nordweststadt zu ermitteln – und dies unter dem besonderen Blickwinkel der **Wohn- und Lebens-Situation und -Perspektive von Jugendlichen**.

Die Konzentration auf Jugendliche erfolgte zum einen, weil Jugendliche in der Konzeption für die Nordweststadt aus den 60er Jahren kaum vorkommen und diese dementsprechend für deren Bedürfnisse kaum ausgestattet ist. Zum anderen sind die Jugendlichen die Gruppe, die die Zukunft der Stadt, auch dieses Stadtteils, maßgeblich prägen werden in Abhängigkeit von ihren eigenen Bildungs-, Beschäftigungs- und Entfaltungschancen.

Ein weiterer Grund für die Fokussierung auf Jugendliche waren die statistischen Schätzungen der demographischen Entwicklung in der Nordweststadt, die darauf hinweisen, dass in absehbarer Zeit in großstädtischen Verdichtungsräumen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund die Mehrheit der jungen Menschen stellen werden (Zuwanderer in der Stadt, 11; Datenreport Nordweststadt 1998).

Damit dürften ganz neue kommunalpolitische und -planerische Herausforderungen verbunden sein.

Nicht differenziert werden konnte in dieser ersten Erhebungsphase nach speziellen Einschätzungen und Bedürfnissen von Mädchen und jungen Frauen. Dies ist in einer weiteren Untersuchungsphase unbedingt nachzuholen.

Eine andere Einschränkung der vorliegenden Untersuchung besteht in der Konzentration auf den Mietwohnungsbau. Eine Expertise zum Thema „Eigenheim“ wurde ausgeklammert. Im Projektverlauf ist zu beobachten, ob sich hier ein besonderer Handlungsbedarf herausstellt.

5.3. Wissensbasis

Das Untersuchungsgebiet in seiner räumlichen Ausdehnung und hinsichtlich der Bewohneranzahl ist sehr groß; der Auftrag für diese Untersuchung war kurzfristig. Die räumliche Abgrenzung des Untersuchungsgebietes entspricht nicht der üblichen statistischen Bezirke, so dass keine kleinteiligen Daten und qualitativen Aussagen über das unmittelbare Untersuchungsgebiet vorhanden waren – lediglich Trendaussagen analog zur Entwicklung in der Gesamtnordweststadt. Daher mussten eigene Erhebungen durchgeführt werden auf einer schmalen Informations- und Zeitbasis.

6. Methodisches Vorgehen

6.1. Instrumente

Die Kurzzeitigkeit und die komplexe Fragestellung der Untersuchung legten einen Methodenmix nahe.

Sekundäranalyse

Da die Nordweststadt kein eigener Bezirk der amtlichen Statistik, der Arbeitslosenstatistik, der Sozialberichterstattung, der Erhebungen der Sozialrathäuser und der Kriminalstatistik ist, konnten deren Unterlagen lediglich Trendaussagen für das Untersuchungsgebiet Praunheimer Weg, Bernadottestraße, Heilmannstraße entnommen werden. Dies gilt auch für die jüngsten Studien der Schader-Stiftung, die sich auf die gesamte Nordweststadt beziehen.

Die statistischen Angaben der großen Wohnungsunternehmen gaben einen allgemeinen Überblick über den jeweiligen Wohnungsbestand, waren jedoch nicht akkumulierbar und vergleichbar, weil sie nicht den Gesamtbestand abbilden und unterschiedliche Korrelationen enthalten.⁴

Beobachtung

Zur Annäherung an den Untersuchungsraum wurden mehrere strukturierte **Quartiersbegehungen** unternommen, in der erste Eindrücke gewonnen werden konnten zur Quartiersstruktur, zur städtebaulichen Struktur, zum Wohnumfeld, Grün- und Freiraum, zur Mobilität und Bewegung im Quartier, zur Infrastruktur-Ausstattung und zur Verkehrserschließung.

Diese Raumsondierung gab Hinweise sowohl für die Wahrnehmung und Beschreibung der sozialräumlichen Qualität wie auch für die Schwerpunktsetzung der folgenden eigenen Erhebung.

Experteninterviews

Der Gegenstand der vorliegenden Untersuchung – Einschätzungen, Bedürfnisse und Bereitschaften – bedingte die Wahl qualitativer Methoden der empirischen Sozialforschung. Qualitative Fragen verlangen ein qualitatives Instrumentarium, vor allem wenn man Neues

⁴ Die Bestände kleinerer Wohnungsunternehmen und kleiner Eigenheime konnten in der Kürze der Untersuchungszeit nicht erfasst werden.

erfahren und Relevanzen und Bedeutungen für die jeweiligen Interviewpartner herausarbeiten möchte.

Die Komplexität der Fragestellung, die schmale Informationsbasis und der enge Zeitrahmen führten zur Entscheidung, eigene Befragungen im Quartier durchzuführen, die sowohl der Information als auch der Aktivierung dienen können.

Als methodisches Instrument für die eigene Untersuchung wurden Experteninterviews gewählt.

Experten sind in der empirischen Sozialforschung „Menschen, die ein besonderes Wissen über soziale Sachverhalte besitzen, und Experteninterviews sind eine Methode, dieses Wissen zu erschließen“ (Gläser/Laudel 2004, 10).

Mit **Experteninterviews** können bestimmte soziale Sachverhalte und Zusammenhänge erschlossen werden. Experten sind dabei quasi Zeugen der interessierenden Prozesse, verfügen über besonderes Wissen und Erfahrungen, die für den Prozess oder die Entwicklung relevant sein können.

Dies trifft die Ausgangssituation für das Projekt Soziale Stadt Nordwest. Dabei galt es festzulegen, welche Experten für welche entwicklungsrelevanten Informationen stehen.

Entsprechend der Hauptuntersuchungsfrage wurden die Experten ausgewählt nach unterschiedlichen Perspektiven auf die Wohn- und Lebenssituation und -perspektive Jugendlicher im Quartier „Soziale Stadt – Nordweststadt“: Bewohner, professionelle soziale Akteure im Gebiet, Wohnungsunternehmen, Schulen und Jugendarbeit. Dementsprechend wurden fünf Fragebögen erstellt, die bereits die fünf Themenschwerpunkte gezielt auf das jeweilige Expertenprofil hin akzentuierten und dennoch eine Vergleichbarkeit erlauben.

Es wurde ein problemorientierter, explorativer Leitfaden ausgearbeitet, weil diese Form des **Leitfadeninterviews** trotz gesprächssteuernder Vorgaben erhebliche gestalterische Spielräume sowohl für den Interviewer als auch für den Interviewten zulässt.

Der weitgehend standardisierte Leitfaden dient der Organisation des Wissens der Interviewer und gewährleistet, dass die zentralen Fragen vollständig und ausreichend differenziert gestellt werden. Zugleich lässt er eine gewisse Flexibilität für den Gesprächsverlauf offen, weil weder Frageformulierungen noch die Reihenfolge der Fragen festgelegt sind. Darüber hinaus hat ein Leitfaden mit vorgegebenen Themen und Frageliste den Vorteil der Vergleichbarkeit der Interviews.

Diese Art des Interviews ist nicht nur Informationsquelle, sondern auch Kommunikationsprozess, insbesondere wenn es um Einschätzungen, Wünsche und Bereitschaften geht.

Thematische Inhaltsanalyse

Mit den thematischen Bausteinen der Programme der Sozialen Stadt (Bund-Länder-Programm, Hessische Gemeinschaftsinitiative) war das inhaltliche Ordnungsschema für die Fragebögen und für die Auswertung der in den Interviews erhaltenen Informationen vorgegeben.

In der Auswertung geht es nicht um das Profil des einzelnen Interviews, sondern um die thematische Verarbeitung der Informationen über spezifische Belastungen sowie für die Entwicklung von Maßnahmen, Projekten und Initiativen für das Untersuchungsgebiet.

Eine thematische inhaltsanalytische Auswertung ermöglicht die Erfassung von Merkmalsausprägungen und Bedeutungsähnlichkeiten in den einzelnen Interviews, aber auch die Korrektur von offensichtlichen Fehlern und Akzentuierung verschiedenartiger Informationen.

6.2. Befragungs-Setting

Neben der thematischen Festlegung ist die Auswahl der Interviewpartner von Bedeutung für die Ergebnisse, ihre Qualität und ihre Aussagekraft.

Deshalb wurden fünf unterschiedliche Experten-Perspektiven auf das Thema gewählt.

Zudem war es angeraten, für jede Perspektive mehrere Interviewpartner zu haben. Für deren Auswahl gab es mehrere Kriterien. Hauptkriterium war der jeweilige Experten-Status hinsichtlich der Lebenssituation von Jugendlichen:

- im Quartier zu wohnen
- eine bestimmte städtebauliche Umgebung zu haben
- zur Schule zu gehen
- Freizeit-Angebote zu suchen oder
- professionelle soziale Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.

In ihren jeweiligen Funktionen haben die Befragten ganz bestimmte Kenntnisse und Einschätzungen. Die persönliche, kompetente Fokussierung ist bewusst und gewollt, um durch die Zusammenschau der unterschiedlichen Facetten ein annäherungsweise Gesamtbild zu bekommen.

Daneben spielten Kriterien wie Erreichbarkeit, Bereitschaft und Arbeitsbelastung der Interviewpartner eine Rolle.

Der relativen Schwierigkeit, Bewohner-Experten zu gewinnen, wurde in einzelnen Fällen mit Hilfe des Schneeballsystems abgeholfen. So konnten zusätzliche Interviews vereinbart werden.

Insgesamt wurden 42 Leitfadeninterviews geführt:

Bewohner-Experten	21
Wohnungsunternehmen-Experten	4
Jugend-Experten	7
Professionelle Sozial-Experten	7
Schul-Experten	3

Bei den Bewohnern ging es darum, Haushalte mit langer Wohndauer, mit kurzer Wohndauer, mit und ohne Kinder, mit und ohne Migrationshintergrund und jugendliche Bewohner zu rekrutieren.

Vier Jugendliche konnten als Bewohner-Experten befragt werden.

Die große Mehrheit der befragten Bewohner-Experten lebt bereits sehr lange in der Nordweststadt, nur 2 von ihnen unter 10 Jahren. Die Hälfte dieser 21 Bewohner-Haushalte gibt ihre Haupteinkommensform mit „Rente“ an.

In 8 Haushalten leben Kinder. Nur in 5 der befragten Haushalte leben 4 und mehr Personen. Migrationshintergrund geben 4 dieser Befragten an – ihr Anteil liegt damit unter dem Mittel der Migrationshaushalte insgesamt.

Aus der Vielzahl der professionellen Experten wurden solche ausgewählt, die sich ausdrücklich mit Jugendlichen befassen.

Die Gruppe der Jugend-Experten setzt sich zusammen aus Professionellen der Jugendhilfe und der Polizei sowie aus jugendlichen Nutzern von Jugendeinrichtungen.

Bei den professionellen Sozial-Experten handelt es sich um hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialrathaus, in Einrichtungen der Kinder- und der Jugendarbeit sowie in der Beratungsarbeit Freier Träger.

Trotz persönlicher Ansprache gab es eine Reihe von Interview-Verweigerungen, insbesondere bei Bewohnerinnen und Bewohnern, aber auch bei professionellen Experten. Als hauptsächliche Begründungen wurden angegeben: „Kein Interesse“, „Was soll das Ganze, das bringt ja doch nichts.“

Gesprächssituation

Die Interviews wurden von jeweils 1 oder 2 Personen der Arbeitsgruppe der Fachhochschule Frankfurt geführt, teilweise handschriftlich protokolliert, teilweise anhand einer Tonbandmitschrift thematisch zusammengefasst.

Die befragten Experten waren sehr offen für das Thema „Soziale Stadt“, ihr Informationsstand über das Programm allerdings überwiegend gering. Die meisten gaben

bereitwillig ihre Einschätzungen und Wünsche an und zeigten sich als sehr kompetent in ihrer jeweiligen Expertenfunktion.

Die Gesprächsdauer lag überwiegend bei einer Stunde, in einigen Fällen aufgrund des großen Mitteilungsbedürfnisses bei fast zwei Stunden.

7. Wohnen und Leben im Quartier: Empirische Untersuchung

7.1. Informationsstand der Befragten

Eine Aufgabe der Interviews mit Experten besteht in der Bekanntmachung des Programms (hier und im Folgenden sind immer Frauen und Männer gemeint, wenn die ausschließlich zur vereinfachten Schreibweise männliche Form gewählt wird).

Von den 21 befragten Bewohner-Experten gaben 11 an, schon von dem Programm „Frankfurt – Soziale Stadt/ Neue Nachbarschaften“ gehört zu haben. Von diesen haben 2 Befragte aus der Presse, einer zusätzlich auf einer Bewohnerversammlung und ein Befragter durch einen Flyer von dem Programm erfahren.

3 von 7 befragten Jugend-Experten hatten schon von dem Programm gehört. Einem von drei Schul-Experten war das Programm „in groben Zügen“ bekannt. Von den befragten professionellen Experten haben 5 Befragte von 7 schon von dem Programm gehört. Und von den Experten der Wohnungsbaugesellschaften gaben 3 Befragte von 4 an, über das Programm informiert zu sein. Ein Befragter sagt aus, in der Vergangenheit schon in das Programm involviert gewesen zu sein. Von einem Vertreter einer Wohnungsbaugesellschaft liegt zur Frage nach seinem Informationsstand keine Aussage vor.

Ingesamt liegen der Auswertung 42 Interviews zu Grunde. Damit gaben 55% der befragten Experten an, bisher noch nichts von dem Programm „Frankfurt – Soziale Stadt“ gehört zu haben.

7.2. Programmeinschätzung

Für das Quartiersmanagement der Sozialen Stadt ist von besonderer Bedeutung zu wissen, was die Experten dem Programm zutrauen. Nicht zuletzt hängt davon ab, inwieweit sie in Zukunft bereit sein werden, sich im Rahmen des Programms zu engagieren und seine Umsetzung zu unterstützen.

15 der 21 Bewohner-Experten gaben an, dass sie das Programm für „gut“, „notwendig“ oder für „wichtig“ halten. Drei halten es für „unwichtig“. Von drei Befragten liegt hierzu keine Aussage vor.

Die Schul-Experten halten das Programm für wichtig. Einer der Experten äußert die Befürchtung, dass sich die Prozessergebnisse auf „Schönheitsreparaturen“ beschränken

könnten. Alle befragten Jugend-Experten halten das Programm für „gut“, „positiv“ oder „sehr wichtig“. Das gilt auch für die befragten professionellen Experten aus Politik, Jugend- und Sozialhilfe. Auch aus dieser Gruppe kommt der Hinweis, dass „die Gefahr besteht“, dass „wieder ein Bericht für die Schublade“ geschrieben werde. Die befragten Experten der Wohnungsbaugesellschaften sind in ihrer Einschätzung des Programms gespalten. Zwei Befragte halten das Programm für „gut“ oder „generell wichtig“. Ein Befragter äußert keine Einschätzung; einer äußert sich kritisch, insofern im Rahmen des Programms die Erfahrung gemacht worden sei, dass die Jugendaktivierung die Jugendlichen nicht erreicht und sogar negative Auswirkungen auf die Bewohnerinnen und Bewohner gehabt habe.

Deshalb müsse vom Programm erwartet werden, dass die mittel- und langfristigen Auswirkungen sowie die Endziele rechtzeitig mit den Beteiligten und Betroffenen erarbeitet, diskutiert und abgestimmt werden und dass eine Verstetigung der Quartiersentwicklung sichergestellt werde.

7.3. Wahrnehmung des Quartiers

1. Bewohner-Experten

„Das Gebiet verändert sich... früher wurde gemeinsam Wäsche getrocknet und gefeiert. Heute wird die Wäsche geklaut“ (eine Bewohner-Expertin). „Damals waren alle jung, hatten Kinder. Dadurch war der Zusammenhalt größer. Da hat man sich geholfen. Die Gemeinschaft war bedeutend stärker. Im Urlaub treffen Sie mehr Deutsche als hier“ (ein Bewohner-Experte). „Wir haben eine schöne, ruhige Wohnlage. Ein Garten am Haus stärkt das Lebensgefühl“ (ein Bewohner-Experte). „Im Gebiet lässt es sich angenehm wohnen. Es ist ruhig, gibt viele Grünflächen, viele Spielplätze, die aber erneuert werden müssen, Parks und eine gute Infrastruktur“ (eine Bewohner-Expertin). „In der Nordweststadt gibt es eigentlich alles, was man braucht. Die Einkaufsmöglichkeiten sind sehr gut“ (eine Bewohner-Expertin). Aber auch: „Ein kleines tolles Ladenzentrum ist untergegangen, nachdem das Einkaufszentrum kam. Es gibt kein Postamt mehr. 90% der Läden stehen leer“ (ein Bewohner-Experte).



„Kinder bis 11 Jahre sind gut versorgt. Manche Jugendliche im Alter von 16 - 24 Jahren lungern herum, sind laut, werfen einfach den Müll hin, zeigen keinen Respekt und pöbeln Leute an“ (eine Bewohner-Expertin). „Für Jugendliche wird zuwenig getan. Für sie wird sogar das Geld gekürzt“ (ein Bewohner-Experte).

Die hier wiedergegebenen Äußerungen von sieben Bewohner-Expertinnen und -Experten werfen Schlaglichter auf die Nordweststadt. Angesprochen werden zentrale Themen, die sich in der folgenden Analyse sowohl bei Bewohner-Experten als auch bei den interviewten Experten aus den unterschiedlichen Institutionen und der Wohnungswirtschaft neben spezielleren Themen und Sichtweisen wieder finden.

Die Aussagen machen deutlich, dass Probleme des Lebens im Stadtteil vor allem in sozialen Aspekten gesehen und die Qualitäten eher an städtebaulichen Aspekten festgemacht werden. Erst auf den zweiten Blick werden sozial-räumliche Zusammenhänge sichtbar. Dieser Zusammenhang tritt bei den Aussagen der Experten unterschiedlicher Institutionen und Einrichtungen im Folgenden noch deutlicher hervor.

2. Jugend-Experten

Die befragten Jugend-Experten sind durchweg der Meinung, dass das Programm Frankfurt Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften „gut und notwendig“ ist. Es sei erforderlich, weil die Nordweststadt „keine natürlich gewachsene Siedlung ist, sondern als städtebauliches Konzept entworfen worden sei“. Und es sei wichtig, „weil ältere Bewohnerinnen und Bewohner das Quartier verlassen und nur sozial schwache Familien“ nachziehen würden. Ein weiterer Aspekt sei, dass „kinderreiche Familien in einem sehr beengten Wohnraum“ lebten und sich hieraus ein Konfliktpotential ergebe.

Die Jugendszene habe in der Nordweststadt „einen schlechten Ruf“. Das Sozialprestige der Nordweststadt sei aber insgesamt „eher schlecht“. Es gebe „viele Schulverweigerer“ und manche Bewohnerinnen und Bewohner würden „aus Angst vor der Aggressivität der Jugendlichen kaum noch direkt auf die Unruhestifter“ zugehen. Die Aggressivität der Jugendlichen wird unter anderem auf eine „fehlende Perspektive mitunter verbunden mit Drogenkonsum“ zurückgeführt und darauf, dass die Jugendlichen wegen der Arbeitslosigkeit immer länger auf engem Raum mit ihren Eltern leben müssten. Ein Problem bestehe darin, „dass die Jugendlichen (im öffentlichen Raum) immer zusammen auftreten“ und schon dadurch auf einige Leute einschüchternd wirkten.

Andererseits besteht aus dem Blickwinkel der Jugendhilfeplanung hinsichtlich der Jugendlichen im Projektgebiet „kein besonderes Problemfeld“. Weder sei die Kriminalitätsrate auffällig, noch weise die Statistik der Jugendgerichtshilfe hier auf eine besondere Situation. Das Gebiet sei „jugendplanerisch ausreichend versorgt“ und die Jugendeinrichtungen machten eine „gute“ Arbeit.

Ein weiterer Jugend-Experte stellt fest, dass der Stadtteil „etabliert“ sei. Mit Hilfe von Vereinen und Kirchen sei eine „Tradition“ entstanden. Insbesondere „Familien mit kleinen Kindern finden die Situation eher positiv“. Es gebe ausreichend Kindertagesstätten und Hortplätze in der Nordweststadt. Der „wichtigste Vorzug des Gebietes ist sein Abwechslungsreichtum“, der insbesondere durch das Nordwestzentrum gefördert werde. Es wird gesagt, dass das „Einkaufszentrum ein großer Vorzug für die Jugendlichen“ sei, allerdings auch, dass es den „einzigen Vorzug“ für Jugendliche in der Nordweststadt darstelle. Eine gute Infrastruktur, die Grünflächen und die „Einfamilienhäuser“ werden als wichtige Ressourcen des Stadtteils hervorgehoben.



Die größten Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Nordweststadt resultierten nach Meinung der Jugend-Experten aus der Verkehrssituation, die durch das Nordwestzentrum bedingt sei, und aus Nachbarschaftskonflikten. Letztere beruhten auf einem „Generationengegensatz, auf divergierenden Einkommensstrukturen und auf Nationalitätenunterschieden“. Die „hohe Fluktuation von Anwohnern“ führe zu „Anonymität und Isolation“.

In städtebaulicher Hinsicht wirkten besonders die Hochhäuser „heruntergekommen“, da unter anderem die „Eingänge verdeckt“ seien.

3. Schul-Experten

Die Schul-Experten heben das Wohnen im Grünen, die Verkehrssituation, die Einkaufsmöglichkeiten, den „Freizeitwert“ und die „baulich-räumlichen“ Voraussetzungen für eine angenehme Lebensorganisation von traditionellen "Familien-Haushalten mit mittlerem Einkommen“ hervor. Zugleich wird aber hinzugefügt, dass es keine „gewachsenen Strukturen“ gebe und dass das „Konzept der Schlafstadt“ wegen der „Verschlechterung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen und der Veränderung der Bevölkerungsstruktur

überholt“ sei. Es gebe insbesondere keine „gewachsenen Strukturen (Vereine (!), in denen Kommunikation und Interaktion zwischen Bewohnern“ stattfinde.

Im Einzelnen wird von den Experten festgestellt, dass in der Konzeption der „Schlafstadt“ die „Jugendlichen vergessen“ worden seien. Für sie gebe es „keinen Raum“ und „wenig Sportflächen“. Bei „hoher Jugendarbeitslosigkeit“ befördere diese Situation „Kleinkriminalität“.

Diese Aussagen werden durch eine zweite Diagnose der Experten verschärft: „Familienstrukturen“ fehlten und bei Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund fehle ein „Familienverbund mit Verwandten in Deutschland im Gegensatz zum Herkunftsland“. Neue Bewohnerinnen und Bewohner seien „sozial schwach“, die „Ureinwohner“ stürben aus, „Ausländer“ zögen zu und der Einzelhandel sei „weggestorben“.

Trotzdem, resümiert einer der Befragten, sei „die Nordweststadt im Gegensatz zu Problemvierteln in anderen Großstädten nicht problematisch.“

4. Professionelle Experten

Auch diese Gruppe von Experten teilt im Wesentlichen die bereits dargestellten Wahrnehmungsaspekte der anderen Expertengruppen in Bezug auf die Vor- und Nachteile der städtebaulichen und sozialen Struktur des Fördergebiets.

Darüber hinaus wurde von den Befragten festgestellt, dass wegen des „Verkaufs einer Reihe von Wohnungen durch Wohnungsbaugesellschaften an Private, Unruhe bei Mietern aufgetreten“ sei. Bewohnerinnen und Bewohner hätten „Angst vor Mieterverdrängung“.

Immer wieder wird von den Befragten auf kleinkriminelle Handlungen und auf das Inbrandsetzen von PkWs durch einen „Feuerteufel“ hingewiesen. Letzteres seien aber Vorkommnisse, die der Vergangenheit angehörten. Im Vordergrund stünden „nachbarschaftliche Konflikte...“, die teilweise in Gewaltdrohungen oder in körperliche Übergriffe“ ausarteten.

In Hinblick auf die Jugendlichen im Stadtteil finden sich bei den befragten Experten auch Hinweise auf Ressourcen, die auch von Befragten der anderen Gruppen angedeutet werden. Insbesondere schaffe die dortige Hip-Hop-Szene gute Identifikationsmöglichkeiten und es gebe viele Jugendliche, die von der Nordweststadt „eine eher positive Meinung haben und es mögen, dort zu leben. Sie bezeichnen ihren Stadtteil als ‚Nordie‘ “. Dennoch wird auch in den Antworten dieser Expertengruppe deutlich, dass „Jugendgangs“ als negativer Faktor im Gesamtgefüge auffallen.

Es wird aber auch betont, dass „die Kriminalitätsrate... insgesamt nicht höher als in anderen Stadtteilen“ sei. Allerdings sei ein Anwachsen der Rate zu beobachten.

Häufig werden von Befragten aus dieser Gruppe die sozialen Probleme mit (bestimmten) Hochhäusern im Gebiet in Verbindung gebracht. Es gebe Hochhäuser, in denen fast nur Ausländer lebten und sich die „Deutschen nicht mehr vor die Tür“ trauten.

Über die Frage, was als Hauptbelastung für die Wohn- und Lebensbedingungen im Gebiet gesehen wird, gibt es je nach Auftrag und Wahrnehmung unterschiedliche Meinungen in dieser Expertengruppe. Eine Befragte ist der Auffassung, es sei der „schlechte ökonomische Status der Familien, die im Projektgebiet leben“. Eine andere sagt, dass die „Jugendgangs“ am Busbahnhof des Nordwestzentrums die „wichtigste Belastung“ darstellten.

5. Experten der Wohnungswirtschaft

Auch von den Experten der Wohnungsbaugesellschaften wird die „Kumulation von problematischen Mietern in einigen Gebäuden“ als eine wichtige Belastung des Gebietes gefasst. Dabei wird aber darauf hingewiesen, dass die Darstellung dieses Sachverhaltes in der Presse „unverhältnismäßig“ sei.

Die Wahrnehmung der städtebaulichen Vorzüge des Gebietes teilen die Wohnungsbau-Experten mit den anderen Expertengruppen.

Ingesamt wird die Nordweststadt als ein „funktionierender Stadtteil“ mit einer „überalterten Mieterstruktur“ gesehen. Je nach Erfahrung mit dem eigenen Bestand haben die befragten Experten der Wohnungswirtschaft vor allem Mieter, die „überwiegend aus sozial schwachen“ Verhältnissen oder „Mieter die überwiegend aus dem unteren Mittelstand“ kommen.

6. Resümee

Schon im Rahmen der Einführung in das Thema ergeben sich wesentliche Erkenntnisse in Hinblick auf die Beschreibung und die Bewertung der städtebaulichen und sozialen Struktur sowie auf Institutionen und soziale Prozesse im Projektgebiet. Die wichtigsten dabei genannten Punkte sind:

- Die Nordweststadt ist in einem Wandlungsprozess begriffen⁵. Die alteingesessenen hauptsächlich deutschen Bewohnerinnen und Bewohner sind alt geworden, die Kinder sind längst aus dem Haus. Hier gibt es Anzeichen von sozialer Isolation und persönlicher Resignation. Der Verlust von Zusammenhalt und Gemeinsamkeit wird beklagt.
- Der Wandlungsprozess ist einerseits durch das Altern der Deutschen und andererseits durch den Zuzug von Migranten gekennzeichnet. Hier gibt es größere Familien mit Jugendlichen und Kindern weit häufiger als in der deutschen Wohnbevölkerung. Die kulturellen Differenzen spielen in der Wahrnehmung des Quartiers und der Interpretation

⁵ Auch der „Abriss der FH und des Studentenwohnheims 1998 und der damit einhergehende Verlust des studentischen Flairs“ haben zu dieser Wandlung beigetragen, wie ein Befragter feststellt.

verschiedener Erscheinungen eine große Rolle. Kulturelle Heterogenität wird nicht als Chance oder als Ressource wahrgenommen.

- Insbesondere stehen die Jugendlichen immer wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit. Einerseits werden die Jugendlichen als Problemfaktor charakterisiert, andererseits und ebenso oft wird konstatiert, dass es für Jugendliche und junge Erwachsene vom Ausbildungsmarkt bis hin zur Freizeitgestaltung zu wenige Möglichkeiten und Angebote gibt. Jugendliche werden in Hinblick auf den Sozialraum fast ausschließlich als Problem, und nicht als Ressource oder als gesellschaftliche Zukunft thematisiert.
- Besonders positiv und oft mit Nachdruck wird die städtebauliche Situation der Nordweststadt von vielen Befragten hervorgehoben.
- Als wichtige Ressource im Projektgebiet wird von den Befragten nahezu einhellig das Nordwestzentrum herausgestellt. Sei es als Ort mit zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten, oder als vielfältiger Aufenthalts- und Freizeitraum.
- Den Befragten gilt die Anbindung des Stadtteils an das Verkehrsnetz, sowohl was den privaten Autoverkehr als auch den öffentlichen Personennahverkehr angeht, als weitere wichtige Ressource.
- Die Mehrheit der Befragten ist sich einig darüber, dass das Programm „Soziale Stadt“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt mindestens einen Schritt in die richtige Richtung macht, um in der Nordweststadt positive Entwicklungen anzustoßen und zu begleiten.

7.4. Probleme und Belastungen – Einschätzungen, Wünsche und Anregungen

I Wohn- und Lebensbedingungen

1. Bewohner-Experten

Die Mietpreise werden von den Befragten im Großen und Ganzen als angemessen betrachtet. Allerdings werden die Wohnkosten im Zusammenhang mit der Umlage als „hoch“ eingestuft. Die Mietpreise für die Kaltmiete bewerten die Befragten weit überwiegend als „relativ günstig“ oder dem „Üblichen angepasst“. Für die „alteingesessenen Bewohner“ seien die Preise sogar „sehr gut“. In einem Fall wurde berichtet, dass einzelne Räumlichkeiten in „Dienstwohnungen“ umgewandelt worden seien, womit eine gezielte Vergabe der Wohnungen an Angestellte der Stadt verbunden sei. Diese Maßnahme habe „zur Verteuerung der Miete geführt.“

Insgesamt herrscht bei den Befragten (große) Zufriedenheit mit dem Wohnen. Öfter hervorgehoben wird von Befragten, dass sie ihre Wohnungen unter teilweise erheblichen Eigenleistungen selbst instand gesetzt haben.

Einige Befragte äußern, dass Wohnungen zu klein seien. Dies führe dazu, dass ältere Kinder ihre Freunde nicht nach Hause mitbringen dürften. Auch der bauliche Zustand und die Instandhaltung der Häuser werden von den Befragten ebenso wie der Wohnungszuschnitt in der Regel positiv gesehen. Besonders werden bereits durchgeführte Sanierungsmaßnahmen positiv hervorgehoben. Insbesondere in den sanierten Häusern gebe es angemessene Wohnungen für Familien. Einmal wird die Vermutung geäußert, dass die Gebäude um das Nordwestzentrum bevorzugt saniert werden, weil sie in der unmittelbaren Umgebung des Zentrums liegen.

Je nach den persönlichen Erfahrungen werden die nachbarschaftlichen Verhältnisse sehr unterschiedlich beschrieben. Einige Befragte sehen die „nachbarschaftlichen Verhältnisse als nicht mehr vorhanden“ an und betonen, dass es nur noch „wenige Gemeinsamkeiten“ gebe. Die Leute „wohnten für sich“. Die nachbarschaftlichen Beziehungen seien kultur- oder „schichtabhängig“. Insbesondere das Verhältnis zwischen „neuen und alten Bewohnern“ sei „schlecht“. Das liege auch „an der Berufstätigkeit der Neuzugezogenen, und daran, dass viele der Alteingesessenen noch zu den Erstmietern von 1968 zählen, die mittlerweile meist allein stehend sind und keinen Kontakt zu den Nachbarn pflegen.“

Eine zweite Gruppe von Befragten geht von einer „im Allgemeinen guten Hausgemeinschaft“ aus, sagt aber auch, dass die sozialen Kontakte „weniger geworden“ seien. Früher habe man sich gegenseitig geholfen, in einzelnen Häusern Partykeller eingerichtet und Faschingsfeste gefeiert.

Für die dritte und größte Gruppe der Befragten ist das nachbarschaftliche Verhältnis „normal“ und es gebe hier „keinerlei Probleme“. Vertreter dieser Gruppe betonen ihr „gutes Verhältnis zu Nachbarn im Haus“. Man treffe sich beispielsweise „zum Tee“. Auch Beziehungen in „kleinen Hochhäusern“ werden als „gut“ bewertet, man habe ein „nettes nachbarschaftliches Verhältnis im Block“. Ein weiterer Aspekt in der dritten Gruppe ist, dass auch Anonymität in der Nachbarschaft positiv bewertet wird: Man grüßt sich, wechselt ein paar freundliche Worte und ist auch im Notfall füreinander ansprechbar. „Es ist alles mehr oder weniger anonym, aber es gibt auch keine Probleme.“

Zwei befragte Jugendliche gaben an, dass sie in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft „viele Freunde und Verwandte“ haben.

Über Maßnahmen der Wohnungsbaugesellschaften äußern sich die Befragten eher kritisch. Dabei reicht die Kritik von Desinteresse an den Belangen der Mieter über die Feststellung, dass sich die Hausmeister zu wenig kümmern, „als Ansprechpartner nicht greifbar“ seien, bis hin zu der sarkastischen Bemerkung: „Die Wohnungsbaugesellschaft ist froh, wenn die Mieter alles selber renovieren. Solche Mieter wünschen die sich“. Außerdem wird auch immer wieder darauf hingewiesen, dass „viele Hochhäuser heruntergekommen und schmutzig“ seien.

Genauso häufig wird von den Befragten aber auch Zufriedenheit mit den Wohnungsbaugesellschaften geäußert, wenn „Schäden zuverlässig repariert“ werden oder „ein kompetenter Ansprechpartner erreichbar, die Kostenübernahme für Reparaturen problemlos“ oder die Wohnung von der Wohnungsbaugesellschaft renoviert worden ist.



Wohnungsbaugesellschaften wird von einigen Befragten unterstellt, sie seien „nur daran interessiert zu verkaufen“. Viele Wohnungen würden „in Eigentum umgewandelt und verkauft“. Das gelte vor allem auch für „neugebaute Häuser“. Diese Feststellungen geben bei einigen Befragten einen Anlass zur Sorge, weil „mit dem Verkauf Probleme für Mieter entstehen“ könnten. Die Mieter scheinen in der Regel nichts Konkretes über dieses Thema zu wissen und spekulieren über Verkäufe und Käufer und ausländische Investoren bzw. Spekulanten.

Der bereits angesprochene Wandel in der Bewohnerstruktur wird von den Befragten häufig in Zusammenhang mit der Belegungspolitik der Stadt und der Wohnungsbaugesellschaften gebracht. Ein Problem wird darin gesehen, dass „zu wenig Deutsche und junge Leute zuziehen, die finanziell besser gestellt sind. Es gebe zu wenig Anreize für „sozial starke“ Familien. Befragte sagen, es solle darauf geachtet werden, dass nicht „zu viele Nationalitäten in einem Haus zusammen kommen“. Sie gehen davon aus, dass mehr kulturelle „Homogenität“ auch mehr Kontaktmöglichkeiten schafft. Verbunden mit der Forderung „es sollen mehr Deutsche herziehen“, meint Homogenität hier eine höhere Dichte

von „Deutschen“. Andererseits solle es zugleich mehr soziale Heterogenität geben, weil es im Wohngebiet zu wenig „sozial starke“ und zu viele „sozial schwache“ Familien gebe. Eine zweite Gruppe schlägt keine kulturelle Homogenisierung vor, sondern eine „ausgeglichenere Mischung zwischen deutschen und ausländischen Mietern“. Eine dritte Gruppe vertritt die Auffassung, dass „Ausländer und die Unterschicht bewusst in die Hochhäuser gesteckt“ würden. Dadurch würden Kinder, die in diesen Hochhäusern wohnen, „stigmatisiert“. Eine vierte Gruppe von Bewohner-Experten ist der Ansicht, dass die „Belegung in Ordnung ist, so lange sich die Leute ordentlich benehmen.“

Eine fünfte Gruppe stellt einen ganz anderen Gesichtspunkt der Belegungspolitik heraus. Sie befasst sich weniger mit der Frage, was eine „richtige Mischung“ ist, sondern kritisiert, dass Mieter einfach in die „Wohnungen reingesetzt“ werden, ohne dass die anderen einwohnenden Mieter mit in die Entscheidung der Wohnungsvergabe eingebunden werden: „Die fragen nicht die Hausgemeinschaft, ob sie mit Neumietern einverstanden sind; die sind plötzlich da.“

Darüber, dass Mieter ihre Wohnung verloren haben, ist den Befragten in der Regel wenig bekannt. Zwei Befragte wissen von Fällen der „Zwangsräumung“ zu berichten. Ein Bewohner-Experte berichtet: „eine Familie mit sechs Kindern wurde hinausgeworfen. Der Vater ist behindert und konnte nicht arbeiten. Die Nachbarn haben sich über die Lautstärke der Kinder beschwert.“

Mehrfach wird von Bewohner-Experten geäußert, dass in der Gegend nahe beim Nordwestzentrum die Parkplätze, die „für die Anwohner gedacht sind“, rar seien. Obwohl das Parkhaus des Nordwestzentrums „enorm vergrößert worden“ sei, würde entweder die „Kapazität“ immer noch nicht ausreichen oder die Leute würden diese Stellplätze nicht nutzen, weil „sie dort für die Stunde 50 Cent oder einen Euro zahlen müssen.“



Einige Befragte zeigen Skepsis in Hinblick auf die Möglichkeit, selbst etwas zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen im Quartier beitragen zu können. „Keiner kümmert sich. Die meisten halten sich nicht an Regeln“. Aus Erfahrungen wissen Befragte auch, dass Kennenlernabende und kulturelle Angebote „nicht wahrgenommen“ werden und „Bewohnerversammlungen auf geringe Resonanz“ stoßen.

2. Jugend-Experten

Einerseits, wird von einem Befragten festgestellt, gebe es kinderreiche Familien, die „einen sehr beengten Wohnraum haben“. Andererseits gebe es „Fehlbelegungen: große Wohnungen mit nur ein oder zwei Bewohnern.“ Zugleich sei „die Bereitschaft zu wechseln nicht groß“. Insbesondere für Wohnungen mit Garten und für Reihenhäuser gebe es „lange Wartelisten“. Vereinsamungstendenzen gebe es vor allem bei Bewohnerinnen und Bewohnern, deren Kinder weggezogen seien.

Die Jugend-Experten bestätigen, dass die „Mietpreise relativ gut“ seien. Allerdings würden die Wohnungen „sukzessive renoviert“. Entsprechend würden die Mietpreise steigen.

Nachbarschaftskonflikte gebe es vor allem in den Hochhäusern. Besonders Anonymität sei ein Grund dafür, dass die nachbarschaftlichen Verhältnisse „schlecht“ seien.

Ein Befragter sagt, in Hinblick auf Mietrückstände werde zu wenig von den Wohnungsbaugesellschaften getan. Nur wenige würden einen Sozialarbeiter beschäftigen. Daher komme es häufig zu einem Wohnungsverlust. Ein anderer behauptet das Gegenteil: „Die Wohnungsbaugesellschaft stellt Sozialpädagogen ein.“

Das Kriterium für die Belegung der Wohnungen sieht ein Befragter darin, dass sich „verschiedene Schichten in einem Haus gegenseitig stabilisieren“ sollten. Allerdings dürfe „der Anteil sozial schwacher Familien nicht zu hoch werden“. Der Verkauf von Wohnungen an private Eigentümer wird mit der These verbunden, dass dies zu einer „Akkumulation von Menschen mit sozialen Schwierigkeiten führe“.

Wohnungsverlust trete hauptsächlich durch Mietrückstände ein. Hier könne aber das Sozialrathaus helfen.

3. Schul-Experten

Aus Sicht der Schulen schaffen vor allem überbelegte Wohnungen und die damit verbundene Wohnraumenge Probleme. Hierdurch hätten die Kinder und Jugendlichen „keinen Rückzugsraum“. In solchen Verhältnissen komme es zu Kindesmisshandlungen und zu Hausaufgabenmängeln der Schüler.

Es gebe „keine Nachbarschaftsstrukturen“, dafür seien „die kulturellen Unterschiede zu groß“. Es gebe zu wenig Begegnung im Stadtviertel. Die Mischung der Kulturen sei nicht ideal. Für „Jugendliche stoßen zwei Welten aufeinander, die zusammenzubringen sie kaum schaffen“.

4. Professionelle Experten

Auch in dieser Gruppe von Experten herrscht überwiegend die Meinung, dass die „Mietpreise okay“ seien. Teuer seien hingegen die Nebenkosten und die Hausbewirtschaftungskosten. Dies liege vor allem auch an der Fernheizung, die im Vergleich zu Gas- oder Ölheizungen „sehr teuer“ sei. Die Tatsache, dass die Kosten für Strom und Wasser nicht pro Wohnung ermittelt, sondern auf das ganze Haus umgelegt würden, führe zu einem verantwortungslosen Umgang mit diesen Ressourcen.

Von einer Befragten wird die Auffassung vertreten, dass eine Reihe von Haushalten wegen der Fehlbelegungsabgabe Mietpreise zahlten, die für das, was die Wohnungen bieten, zu teuer seien.

Besonders hervorgehoben wird von einer Befragten, dass „momentan ein Gebäude für altengerechtes Wohnen gebaut“ werde. Dennoch sei „der Bedarf nach alters- und behindertengerechtem Wohnraum nach wie vor nicht vollständig gedeckt. Es bestehe „ein großer Bedarf an altengerechten Wohnungen“.

Nach den Aussagen der Befragten differieren die nachbarschaftlichen Verhältnisse zwischen den unterschiedlichen Gebieten. In einem Haus würde „ein Konflikt mit der Treppenreinigung problemlos untereinander gelöst. In anderen Häusern kann man das Gegenteil beobachten.“ Es gebe sogar den Fall, dass „Müll aus dem offenen Fenster auf die Straße“ geworfen werde. Ein Nachteil sei, dass die Hausmeister, die für die Hochhäuser zuständig seien, nicht auch dort wohnten.

Bezogen auf die nachbarschaftlichen Verhältnisse wird festgestellt, dass die „Beziehungen zwischen den Migrantenfamilien wohl ganz in Ordnung bis sehr gut“ seien.

Für Familien mit Kindern, sagt eine Befragte, gebe es zu wenig Verständnis. Familien mit Kindern würden von der Wohnungsbaugesellschaft abgemahnt werden. Hier wäre ein Streitschlichter sinnvoll.

Der Verkauf von Wohnungen sei in anderen Stadtteilen höher als in der Nordweststadt. Man ist der Überzeugung, dass die Verkaufszahl auch hier noch weiter „in die Höhe getrieben wird.“ Öffentlicher Wohnraum werde teilweise in Eigentumswohnungen umgewandelt, obwohl hierfür „nicht wirklich eine Notwendigkeit besteht.“ Unter anderem sei hierfür auch das Gemeindehaus der evangelischen Kirche „abgerissen“ worden.

Die Vergabekriterien der Wohnungsbelegung seien „nicht transparent“. Es sei dem Wohnungs- und dem Sozialamt nicht gelungen, die Wohnungen gemischt zu belegen.

Ein Experte ist der Meinung, dass „bisher nicht viel von den Wohnungsbaugesellschaften zur Verbesserung der Lebenssituation unternommen worden sei. Um die sozialen Probleme kümmere sich keiner wirklich. Es würden zwar Mieter bei Lärmbelästigung abgemahnt, aber es passiere „nichts wirklich“. Die Wohnungsbaugesellschaften kümmerten sich nicht darum, „ob unten jetzt eine ältere Frau mit psychischen Problemen wohnt und oben drüber eine allein erziehende Mutter mit drei Kindern einzieht.“ Wenn es Probleme gebe, würden die entsprechenden Familien nur „abgemahnt und rausgeklagt“. Die Wohnungsbaugesellschaften „müssten das Soziale wieder mehr ins Programm schreiben und umsetzen.“ Zum Problem würde auch, dass die Gesellschaften „nach und nach aus ihrer sozialen Bindung gegenüber der Stadt Frankfurt herausfallen.“ Deshalb würden die Gesellschaften ihre Wohnungen „nicht mehr gerne an Sozialhilfe- oder ALG- Empfänger“ vermieten. Die Wohnungsbaugesellschaften hätten „lieber Leerstände, als Mieter vom Sozialamt.“ Hier seien vor allem „die Häuser am Niddatal betroffen“.

Eine Mischung, wie sie der Frankfurter Vertrag vorsieht, sei schwer zu erreichen, weil es in der Nordweststadt einen hohen Migrantenanteil gebe. Der Grund liege in der finanziellen Benachteiligung der Migranten. Die Folge sei, dass mehr Migranten als Deutsche in den Hochhäusern lebten, weil die Mieten dort preisgünstiger seien als in anderen Stadtteilen oder Mehrfamilienhäusern. Deutsche Familien fühlten sich dadurch „überfremdet“. Man sei aber nicht der Meinung, dass sich durch die Vernachlässigung der Belegungskriterien Gettos herausbilden würden.

Einigen Befragten sind „viele Fälle“ von „Wohnungsverlust“ bekannt. Gründe seien Mietrückstände und Schulden. Es gebe für die Haushalte, die ihre „Bleibe verloren haben, mehrere Möglichkeiten etwas Neues zu finden.“ Unter anderem könnten sie von dem Projekt „Wohnen auf Zeit“ Gebrauch machen. Es gebe Notunterkünfte, Hotels oder auch den „zwischen genutzten Wohnraum.“ Die Haushalte könnten sich in diese Häuser so lange einmieten, bis sie etwas Neues gefunden hätten oder die Häuser abgerissen würden. Im Unterschied zu den Wohnungswirtschafts-Experten (s. 7.4 I 5.) sieht ein professioneller Experte aus dem kommunalen Bereich weitaus größere Probleme: es gebe „Wohnungsverlust in Massen“. Im Jahr 2004 sei die Sozialverwaltung mit 347 Fällen von Mietrückständen und/oder Räumungsklagen in der Nordweststadt konfrontiert gewesen; 82 Räumungstermine seien anberaumt worden und 41 Räumungen erfolgt. Es sei einfacher, Wohnungsbaugesellschaften davon zu überzeugen, ihre Klage zurückzunehmen oder aufzuschieben als Privatvermieter. Bei diesen sei das „finanziell einfach nicht möglich.“ Die Mietschulden und die Gerichtskosten würden vom Sozialamt übernommen.

Einer der Hauptgründe, weshalb Haushalte in finanzielle Schwierigkeiten geraten, seien Ratenkäufe. Diese führten langfristig häufig zu Überschuldungen und damit auch zu Mietrückständen.

5. Experten der Wohnungswirtschaft

Für die befragten Experten der Wohnungsbaugesellschaften ist das Wohngebiet ein „attraktiver Wohnstandort“. Die Wohnbedingungen seien „insgesamt gut“. Es wird auch auf niedrige Fluktuationsraten verwiesen. Die Wohnungen seien „gut geschnitten und gut vermessen“. Allerdings sei es häufig so, dass Wohnungen „den heutigen Wohnansprüchen nicht entsprechen“. So werde ein Kinderzimmer mit 9 qm heute eindeutig als zu klein angesehen. Insbesondere sei das Angebot für „Großfamilien zu gering“. Die Jugendlichen, die von Zuhause ausziehen wollten, hätten wenige Möglichkeiten, weil sie bis zu einem Alter von 25 „kaum Chancen beim Wohnungsamt haben.“ Die zunehmend schwierigen finanziellen Bedingungen der Haushalte und ihrer einzelnen Mitglieder führe dazu, dass sich

die Verweildauer von Jugendlichen in ihren Herkunftsfamilien verlängere. Dadurch werde das soziale Konfliktpotential erhöht. In ein Hochhaus mit überwiegend 1-Zimmer-Wohnungen würden zunehmend Jugendliche aufgenommen, anfänglich betreut vom Verein Arbeit und Erziehungshilfe (VAE) beim Übergang ins Berufsleben. Eine Betreuung von Seiten des Wohnungsamtes fehle aber für diese Jugendlichen ebenso wie für Haushalte aus Übergangswohnungen.

Es wird aber auch festgestellt, dass die „Bevölkerung stark zurück gegangen“ sei. Es handele sich dabei um Wegzüge, die Familien würden kleiner, es gebe zu wenige Kinder. Die Experten der Wohnungsbaugesellschaften bestätigen, dass die Grundmieten für die Wohnungen günstig seien, dass aber viele Bewohnerinnen und Bewohner über die hohen Nebenkosten klagten, vor allem diejenigen, die „abhängig von Fernwärme“ seien. In Gebäuden, die keiner Mietpreisbindung unterliegen, sei die Miete höher.

Die „immerwährenden Probleme“ in den Nachbarschaften drehten sich um die Themen „Müll, Treppenhausreinigung und Lärmbelästigung, oder auch um speziellere Vorkommnisse wie das Füttern von Vögeln oder das Ausschütteln von Teppichen auf dem Balkon.“ Dies seien die „klassischen deutsch-deutschen Konflikte.“ Die Hausreinigung sei ein Dauerthema, wenn sie nicht von einer Fremdfirma ausgeführt werde. Bei der Müllentsorgung entstünden Spannungen, wenn es um die Betriebskostenabrechnung gehe. Und auch illegaler Sperrmüll sei ein ständiger Anlass für Beschwerden.

Es gebe wenig Miteinander zwischen Deutschen und Migranten. Einerseits zeigten alteingesessene Mieter eine hohe Kommunikationsbereitschaft, neu hinzugezogene Mieter andererseits eine sehr geringe (allerdings behauptet ein anderer Befragter aufgrund seiner Erfahrungen das genaue Gegenteil). Das Gebiet sei im Vergleich zu anderen Gebieten eher unauffällig („3% kritische Mieter, 2% Problemmieter“). Die meisten Probleme entstehen nach Meinung dieser Experten aufgrund „mangelnder Kommunikation“.

Ein Unternehmen beschäftigt Hausmeister, die direkt im Wohnungsbestand wohnen. Diese „werden z. B. in Konfliktberatung geschult“, um bei Auseinandersetzungen zwischen den Mietern möglichst professionell agieren zu können. Ein weiterer Experte führt an, dass sein Unternehmen eine Clearingstelle eingerichtet habe, die Konflikte zwischen Mietern und Wohnungsbaugesellschaft schlichte.

Fassaden und Außenanlagen „werden instand gesetzt und saniert. Im Innenbereich wird die Instandsetzung immer vorgenommen, wenn Mieter ausziehen.“ Diese Praxis wird von mehreren Experten bestätigt. Ein Experte sagt, seine Wohnungsbaugesellschaft habe zur Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes der Bestände ein

Müllbewirtschaftungsunternehmen beauftragt, das unter anderem für die Reinigung der Müllplätze zuständig ist. Ein weiterer Experte sagt, dass der eigene Bestand seit Jahren systematisch modernisiert wird.

Was die Frage der Anbindung der Hausmeister an die Wohnungsbestände angehe, so habe sich das Hauswartmodell nicht als das bessere Modell herausgestellt.

Wohnungsverkäufe von gepachteten Wohnungen haben im Verwaltungsbereich einer der Wohnungsbaugesellschaften in großem Umfang stattgefunden, weil der Besitzer die Wohnungen verkauft habe. In einem anderen Unternehmen wurden 500 Wohnungen gemäß einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur „Mietprivatisierung“ einzeln verkauft.

Die Nachfrage nach Wohnungen sei in der Nordweststadt sehr hoch, Vergabekriterium für nicht mietpreisgebundene Wohnungen sei die Mietzahlungsfähigkeit, die durch Vorlage der Einkommensbescheinigung festgestellt werde. Leerstehende Wohnungen oder „Wohnungsnomaden“ seien daher sehr selten. Die Kriterien für die Vergabe von mietpreisgebundenen Wohnungen sind zunächst diejenigen, die im Frankfurter Vertrag festgeschrieben sind. Dazu gehört, dass die Wohnungsgröße „angemessen“ und eine Regelung, welche die ethnische und soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft betrifft, eingehalten werden muss. Darüber hinaus werden eigene Kriterien, wie „sozial schwächeren Haushalten eine Chance geben“, „die wirtschaftliche Fähigkeit zur Mietzahlung“ und die Kommunikationsfähigkeit (dt. Sprache) bei der Wohnungsbelegung angelegt. Gegen eine stärkere Berücksichtigung von Nichtdeutschen oder von Menschen, die von staatlichen Transferleistungen abhängen, als sie die „Quotenregelung“ des Frankfurter Vertrags vorsieht, bestehen bei den Befragten Vorbehalte, weil es keine „Steuerungsinstanz“ für die erwartbaren sozialen Folgeprobleme gebe.

Der Vertreter eines Unternehmens verspricht sich von „der Hereinnahme von Bankern als Mieter, dass diese Sorge für eine schnelle Erledigung von Reparaturen tragen“, weil sie ein Interesse an geordneten Wohnverhältnissen hätten und durchsetzungsfähig seien.

Verbesserungsbedarf bestehe bei den flankierenden Maßnahmen der Wohnungsbelegung: soziale Betreuung und Begleitung problematischer Haushalte, die aus sog. Übergangswohnungen kommen, bei der Eingewöhnung in sog. normale Wohnverhältnisse.

Im Unternehmen eines der Befragten kommen „fristlose Kündigungen häufig vor“. Allerdings sei es sehr selten, dass daraus dann auch eine Räumungsklage resultiere. Für Mietrückstände werden vor allem Einkommensarmut und eine fehlende Organisationsfähigkeit von Haushalten verantwortlich gemacht. Es sei im Interesse der Wohnungsunternehmen, die Haushalte zu stabilisieren und Räumungen zu vermeiden. Ein Experte eines Unternehmens gibt an, dass im Falle einer fristlosen Kündigung die

Sozialarbeiterin des Unternehmens informiert werde, die dann mit dem Mieter ein persönliches Gespräch suche, um die Situation zu klären.

Grundsätzlich gebe es eine Verpflichtung der Wohnungsbauunternehmen „sozial und wirtschaftlich schwache Menschen mit adäquatem Wohnraum auszustatten.“ Große Wohnungen würden bevorzugt an Familien vergeben.

6. Resümee

Die Zufriedenheit der befragten Bewohner-Experten mit dem Wohnen in der Nordweststadt ist überwiegend gut oder sehr gut. Auch die Grundmietpreise werden für angemessen oder sogar günstig gehalten. Kritik gibt es an den Nebenkosten, die als zu teuer gewertet werden. Hervorgehoben bei dieser Kritik werden insbesondere die Kosten für Fernwärme.

Die Erfahrungen mit der Nachbarschaft sind sehr differenziert. Sowohl Bewohner-Experten als auch andere befragte Experten gehen davon aus, dass die Frage, ob und welche Beziehungen man in die Nachbarschaft hat, von Schicht, Kultur, Generation und von der Tatsache abhängt, wie lange man im Quartier wohnt. Unter den befragten Bewohner-Experten gibt es ebenso Zufriedenheit wie Unzufriedenheit mit den nachbarschaftlichen Verhältnissen. Im Falle der Unzufriedenheit wird diese von den Befragten in erster Linie auf einen Mangel an nationaler Homogenität zurückgeführt. Aus Sicht der anderen Experten wird dieser Sachverhalt zwar auch beschrieben, aber hier scheint die Sicht eher die zu sein, dass die Unzufriedenheit vor allem eine von alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohnern ist, denen es nicht gelingt, mit neu zugezogenen Personen, unabhängig von Alter, Nationalität oder Schicht, in Kommunikation zu treten.

Ähnliches bestätigen andere Aussagen von befragten Experten. Demnach favorisiere die Gruppe der Alteingesessenen häufig ein Lebensmodell, das in erster Linie den sozialen Aufstieg und die Erziehung von Kindern beinhaltet, nicht aber den Gedanken an die Zeit, nach der die Kinder das Elternhaus verlassen haben, oder an eine Wandlung gesellschaftlicher Verhältnisse.

Zur Zentriertheit auf die Kleinfamilie kommt ein zweiter Sachverhalt, der diese Zentrierung erst recht zum Problem werden lässt: die Vorstellung, man lebe in einem Dorf und dem entsprechend die Erwartung einer dörflichen Gemeinschaft. Oft wird betont, dass die Nordweststadt nicht „gewachsen“ sei. Der Punkt dabei ist, dass ein Stadtteil wie die Nordweststadt, gebaut als eine Schlafstadt und funktional für großstädtische Wirtschafts- und Wohnbedürfnisse eingerichtet, niemals die Struktur eines Dorfes oder einer Kleinstadt entwickeln konnte, sondern von vorneherein nur einige selektive Züge eines dörflichen oder kleinstädtischen Lebens. Die Vorstellung von dörflicher Nachbarschaft, die sich über Generationen gehalten hat, verbunden mit der Zentriertheit auf die Kleinfamilie im Stadium

der Kindererziehung, bewirkt in einer diesem Bild widersprechenden Umwelt bei einigen Menschen einen Rückzug in die eigenen vier Wände. Kein Neuzugezogener kann dem Wunschbild einer solch engen dörflichen Nachbarschaft auch nur im Entferntesten entsprechen. Die Hoffnung, dass hier durch mehr Begegnungsmöglichkeiten die Situation verbessert werden könnte, wird immer wieder von Experten artikuliert.

Ein greifbares und weniger interpretationsbedürftiges Problem besteht in der von Experten mehrfach angesprochenen Tatsache, dass Wohnungen überbelegt oder „fehlbelegt“ sind. Wobei hier mit „Fehlbelegung“ nicht die Belegung einer Wohnung für Personen mit einem Wohnberechtigungsschein durch eine Person ohne Bedürftigkeitsnachweis gemeint ist, sondern die Tatsache, dass aufgrund der demografischen Entwicklung eine Person den Wohnraum für eine ganze Familie verbraucht, während aber gleichzeitig der Bedarf an großen Wohnungen für Familien mit häufig mehr als zwei Kindern da ist. Zusammen mit den Bildungs- und Arbeitsmarktproblemen führt der Sachverhalt des beengten Wohnens überdies dazu, dass Jugendliche immer später den elterlichen Haushalt verlassen. Hier vermuten Experten enormes Konfliktpotential. Einerseits wird also ein Mangel an familiengerechten Wohnungen, die auf größere Familien als die deutsche Durchschnittsfamilie mit 1,4 Kindern zugeschnitten sind, konstatiert, andererseits zugleich ein Mangel an kleinen und günstigen Wohnungen, die der familiären Situation in größeren Familien durch Auszug der jungen Erwachsenen Entlastung verschaffen könnte.

Unter dem Strich ergeben sich aus diesen Betrachtungen vier zentrale Bedarfe:

- Ein Bedarf an Wohnungen für größere Familien
- Ein Bedarf an kleinen und preiswerten Wohnungen für junge Erwachsene
- Ein Bedarf an einem altengerechten Wohnen
- Ein Bedarf an der Förderung von Kommunikation, die sich der Verantwortung und der Komplexität der Aufgabe bewusst ist.

Wünsche und Anregungen der Befragten

1. Bewohner-Experten

- Der bauliche Zustand der Häuser in der Bernadottestraße muss verbessert werden.
- Die Kommunikation muss generell verbessert werden.
 - Es sollte ein Nachbarschaftszentrum geben.
 - Straßenfeste könnten ein Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation sein.
- Ein Mieterbeirat sollte geschaffen werden.
- Da die Kirche überfordert ist, müsste die Quartiersmanagerin „Nachbarschaften organisieren.“

- Bewohnerinnen und Bewohner, die den Müll vor ihren Häusern beseitigen, müssten unterstützt werden.
- In der KT könnte man einen Treffpunkt oder ein Internetcafé einrichten, um die Bewohnerschaft zusammenzuführen.
- Das Quartiersmanagement muss bekannt gemacht werden.

2. Jugend-Experten

- Die Wohnungsbaugesellschaft sollte sich mehr um die nachbarschaftlichen Verhältnisse kümmern.
- Es sollte Gemeinwesenarbeit, Gemeinschaftsräume oder regelmäßige Mieterversammlungen geben. Durch die Räume könnten Möglichkeiten zur Kommunikation geschaffen werden.
- Es sollte mit der Wohnungsbaugesellschaft über ein Sachmittelbudget für Verschönerungsarbeiten verhandelt werden.
- Die Wohnungsbaugesellschaft könnte Räume zur Verfügung stellen. Darin würden Versammlungen und Veranstaltungen von der Quartiersmanagerin organisiert. Ebenso könnten Mittel und Geld für Mieterversammlungen und Nachbarschaftsprojekte zur Verfügung gestellt werden.
- Gemeinsame Aktivitäten der Bewohnerschaft könnten sein: Nachbarschaftsfeste, gemeinschaftliche Renovierungen von Kellerräumen, Bepflanzungsaktionen
- Es sollte für bestimmte Wohnbereiche Ombudsmänner geben.
- Eine Hausmeisterstelle mit Sozialhelferkompetenz wäre vorstellbar.
- Die Quartiersmanagerin könnte bei Mietproblemen eingeschaltet werden und zur Schuldnerberatung vermitteln. Es könnte ein zentrales Beratungsbüro für Mieter geben.

3. Schul-Experten

- Die Schule kann auf Probleme hinweisen und schulische und kulturelle Angebote für die Jugendlichen machen.
- Die Aktivitäten von sozialen Akteuren, der Wohnungswirtschaft, der Schule und der Quartiermanagerin sollten verzahnt werden.

4. Professionelle Experten

- Es sollten Hausversammlungen und Hausgemeinschaften geschaffen werden.
- Man sollte die Bewohnerinnen und Bewohner an einen Tisch bringen, damit sie sich erst einmal kennenlernen. Hierzu wäre ein Straßenfest geeignet.
- In einem Hochhaus muss man einen Hausmeister haben, der auch dort wohnt.
- Ein Streitschlichter sollte die Menschen Flurweise zusammenbringen.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

- Es kommt auf eine intelligente Belegungspolitik an, das heißt, auf eine Politik der sozialen Mischung nach den Richtlinien des Frankfurter Vertrags.

II Städtebauliche Stabilisierung

1. Bewohner-Experten

Von Bewohner-Experten werden an der städtebaulichen Struktur der Nordweststadt eine ganze Reihe Vorzüge hervorgehoben. Die Wohnlage sei „ruhig“. Diejenigen, die in höheren Stockwerken wohnen, loben „den idyllischen Blick auf den Taunus.“ Die Struktur sei „hervorragend“, weil sich der Stadtteil durch eine „gemischte Wohnbebauung und verkehrsfreie Wohnbereiche auszeichne; „man kann sich draußen aufhalten, ohne direkt auf die Straße zu stoßen.“ Das sei „für Familien mit Kindern wichtig“. Die „Verkehrsbelastung“ sei „gering“. Die Fußgängerwege seien „gut angelegt“. Es handele sich um einen „grünen Stadtteil“ mit einem „großen Park“. Die „Wege zum Park“ seien „neu gemacht“. Auch hätten „die Tiere viel Auslauf.“ Angrenzend gebe es die Nidda-Auen, das BuGa-Gelände sei eine „schöne Freizeitfläche“, die vor allem zum „Fahrradfahren genutzt“ werde, außer am Wochenende, weil da „zu viele Leute“ unterwegs“ seien.

Es gebe „viele Spielplätze“ bzw. „genug Kinderspielplätze“ und „gute Parkmöglichkeiten“. Das Verkehrsnetz wird von den Bewohner-Experten weit überwiegend positiv eingeschätzt. Auch habe man zum Einkaufen durch das Nordwestzentrum „alles, was man brauche.“



Kritisiert wird von Befragten, das „Planungsprinzip der Nordweststadt“, das darin bestehe, „möglichst viel Wohnraum auf möglichst geringer Fläche zu schaffen“ und dadurch die

Entstehung von „sozialen Brennpunkten“ begünstige. Die Bebauung sei zu eng und deshalb seien „Konflikte vorprogrammiert“. Dadurch, dass der Stadtteil am Reißbrett entstanden sei, habe er nicht „historisch wachsen“ können. Es wird aber auch die Auffassung vertreten, die Nordweststadt sei „nicht so eng, laut, staubig wie die Innenstadt“. Die Wege seien „verwurstelt“ und „schlecht beleuchtet“. Besonders der Weg zum Park sei „schlecht beleuchtet“.



Auch sei die Vergabe von Straßennamen unübersichtlich. Fahrradwege seien zu eng. Die oben angesprochenen „guten Parkmöglichkeiten“ sind nicht für alle Nordweststadtbewohner vorhanden. Für Befragte, die in der Nähe des NWZ wohnen, ist das „Parken ein Problem“. Als Begründung wird häufiger angeführt, die „Besucher“ des NWZ würden ihr Auto nicht im „Parkhaus“ abstellen, um Geld zu sparen. Ein Befragter weist darauf hin, dass die

Parkmöglichkeiten in der Tiefgarage zu teuer seien. Andere Befragte sind dagegen mit den „Parkmöglichkeiten in der Tiefgarage sehr zufrieden“.

In der Nordweststadt gebe es zwar den „Abenteuerspielplatz oder den Jugendclub im Nordwestzentrum“ aber es fehlten „die Freiflächen, wo die Jugendlichen ab 12, 13 wirklich mal die Möglichkeiten haben, unter sich zu sein.“

Es gibt aber auch „Unzufriedenheit mit der Konzentration der Einkaufsmöglichkeiten“. Einige Befragte erklären sich auch allgemein mit der Situation im Stadtteil insgesamt nicht einverstanden. In der Regel vermutet derjenige Befragte, der selbst unzufrieden ist, dass auch die Mehrheit der anderen Bewohnerinnen und Bewohnern oder gar „alle“ unzufrieden seien. Umgekehrt gilt das Gleiche. Unzufriedenheit macht sich nach Aussagen von Befragten individuell daran fest, dass Verwandte weggezogen und man selbst zurückgeblieben sei. Ein Befragter sagt: „Die Altmieten schütteln den Kopf, weil es zu viele Ausländer gibt, die zu schlecht deutsch sprechen.“ Ein großer Teil der Befragten vertritt dagegen die Auffassung, dass die „Mehrheit der Bewohner zufrieden“ oder „im Großen und Ganzen“ zufrieden sei.

Die Nutzung von Freiflächen zwischen den Gebäuden wird von Befragten kritisch gesehen. Der einzige „öffentliche Platz“ sei von „der Europaschule dicht gemacht“ worden. Der Rasen wird durch die „Sanierung kaputt“ gemacht. Kinder spielten „trotz Verbot Fußball.“ Im Freien sollten „keine neuen Treffpunkte für Jugendliche entstehen.“ Arbeitslose „Jugendliche würden dort herumlungern und die Bewohner stören“. Ein Bewohner-Experte meint, die Freiflächen sollten „für den Bau großer Wohnungen genutzt werden.“ Allerdings wird auch gesagt, die zahlreichen Grünflächen seien eine Bereicherung für die Nordweststadt. Hier zeige sich die positive Seite der Planung (viel Wohnraum – wenig Fläche), wenn man in die Höhe baue, bleibe Platz für Flächen.



Schlecht sei, dass man Freiflächen wegen Exkrementen von Hunden nicht nutzen könne.

Die größeren Freiflächen werden durchweg positiv gesehen. Sie würden für „Sport genutzt.“ Insbesondere der Nidda-Park und der Martin-Luther-King-Park seien „sehr gut“. Allerdings würden hier „Fahrradfahrer eine Einschränkung für Kinder“ bedeuten. Ein Bewohner-Experte sagt: „Freiflächen werden bevorzugt von Migranten genutzt.“

Einige der befragten Jugendlichen sagen, dass sie die Freiflächen zwischen den Gebäuden nicht nutzen würden. Sie gehen lieber an das Ufer der Nidda.

Im Wohnumfeld wird bemängelt, dass für Kinder „durchdachte und anregende Spielplätze“ fehlten. Schade sei auch, dass zwei Spielplätze „abgebaut“ worden seien. Sie seien wegen „maroden Spielgeräts abgerissen“, aber danach nicht mehr aufgebaut worden. Die Spielplätze seien zu eng, die Wiesen zu klein. Jugendliche würden auf den „Spielplätzen feiern“, weil die Räume zu eng seien. Man müsse die Spielplätze verbessern, neue Geräte anschaffen und die Scherben entfernen.“ Überhaupt sei „die Ausstattung der Spielplätze sehr schlecht.“



Befragte sagen, die „Müllsituation sei nicht problematisch, „weil die Leute den Sperrmüll erst am Tag vor der Abholung an die Straße“ stellten. Hausmüll „werde in den Containern aufbewahrt und stelle kein Problem dar, außer dass keiner die Müllcontainer sauber mache, obwohl jede Partei zwei Mal im Jahr dran wäre. Ein anderer Befragter ist der Auffassung, es sei „unsinnig“, dass die FES Papierkörbe einfach abnehme, weil dies „geradezu dazu animiere, den Müll irgendwo hinzuwerfen.“ Insgesamt habe sich aber die „Müllsituation sehr verbessert“. Allerdings wird von einem weiteren Bewohner-Experten gesagt, dass es Sperrmüllablagerung trotz kostenloser Abholung gebe. „Die Kinder verteilen den Müll.“ Ein anderer berichtet, dass der „Müllbunker zu klein“ sei und deshalb „die Tonnen auf dem Trottoir“ stünden. Die Entsorgungsfirma mache zwar sauber, komme aber nicht nach.

Ein Bewohner-Experte meint: „Die Stachelhecken sollten deutlich beschnitten werden.“ Insbesondere würden „unausgeleuchtete Wege das Unsicherheitsgefühl verstärken.“

Ein Problem im Wohnumfeld sei auch, dass die „Tempo 30-Zone missachtet“ werde. Allgemein wurde von Befragten angesprochen, dass der Verkehr entlastet, die Immissionen gemindert und die Bewohnerschaft besser vor Lärm geschützt werden sollte.

Von der Mehrheit der Befragten wird die Infrastruktur der Nordweststadt als „gut“ oder sogar „sehr gut“ bezeichnet. Weit überwiegend positiv wird auch die Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen beurteilt. Es gebe Autowerkstatt, Geschäfte, Ärzte, Apotheke, Banken, Post, Bibliothek, Schwimmbad, Schulen, Kindertagesstätten; alles das gebe es vor allem wegen des NWZ „in der Nähe“. Auch die Verkehrsanschlüsse werden weit überwiegend positiv bewertet. Es wird gesagt, „der Verkehrsanschluss ist positiv“ oder es gebe „eine gute Verkehrsanbindung“. „Es fehlt nichts. Was man braucht, hat man mit dem Bus in fünf Minuten erreicht.“ Für den Versorgungsbereich wird ausnahmsweise angemerkt, dass „Tante-Emma-Läden“ fehlten und die Waren im NWZ „zu teuer“ seien oder dass eine nahe orthopädische Praxis fehle. Eine Befragte gibt zu bedenken, dass „für alte Leute, die weiter vom NWZ weg wohnen, das Einkaufen sehr problematisch“ sei. Ein weiterer Befragter unterstreicht diesen Punkt: „Je weiter sie vom NWZ wegkommen, desto vernachlässigter scheint alles... Das kleine Einkaufszentrum soll abgerissen werden. Seit der Vergrößerung des NWZ hat sich da nichts gehalten... Unmittelbar um das NWZ spielt sich viel ab. Ich denke da sind die Bewohnerinnen und Bewohner zufriedener als die, die weiter weg wohnen.“

Mängel sehen die befragten Bewohner-Experten eher in der sozialen Infrastruktur. Für Jugendliche fehlten „zeitgemäße Angebote“. Überhaupt gebe es kaum Angebote für Jugendliche. „Es fehlt ein JUZ für Kinder ab 12.“ Das „Kirchen-JUZ“ sei nur intern. Mit dem vorhandenen JUZ „gebe es oft Ärger“. Die Bushaltestellen würden umgebaut, „damit sich die Jugendlichen dort nicht mehr treffen.“

Die Kindertagesstätten seien „ausgelastet“. Kinder würden erst „mit 4 Jahren einen Platz“ bekommen. Eine Befragte sagt: „Vorschulische Anteile sind genug vorhanden, aber die integrierten Zweige in Kindergarten und Schule werden abgebaut.“ Das sei „sehr schlecht“. Schade sei außerdem, dass ein Mittagstisch für Senioren eingestellt worden ist.

Dass die Schulen „Vorlaufkurse für Sprachen“ anbieten, wird positiv vermerkt.

2. Jugend-Experten

Die Nordweststadt sei eine „schöne Wohngegend“. Aber die bauliche Struktur sei nicht zufrieden stellend. Die Autobahnauffahrt zum Mertonviertel sei sehr gut ausgebaut und es gebe „ausreichend Parkmöglichkeiten.“ Es gebe großzügige Grün- und Freiflächen und Kinderspielplätze. Letztere hätten aber Sanierungsbedarf. Eine bessere Beleuchtung wäre von Nöten, denn vielerorts machten hohe Hecken „Angst vor Überfall.“ Insbesondere gebe es außerdem zu wenig Treffpunkte für Jugendliche.

Die Zufriedenheit der Bewohnerschaft wird von Jugend-Experten als „hoch“ eingestuft. Allerdings dürften „speziell Jugendliche“ unzufrieden sein. Sie wanderten ab. Deshalb seien Treffpunkte für Jugendliche gefragt. Das NWZ sei im Moment der wichtigste Sammelpunkt für Jugendliche.

Die Freiflächen würden zu wenig für „konkrete Aktivitäten“ genutzt. Sie seien mit Hundekot verdeckt. Auch fühlten sich viele Bewohnerinnen und Bewohner gestört, wenn Jugendliche sich auf den Spielplätzen aufhielten. Deshalb würden die Jugendlichen die Flächen an der Nidda vorziehen. Dort könne auch gegrillt und mit dem Hund spaziert werden. Der Martin-Luther-King-Park und die Sportflächen sollten für die Jugendlichen stärker genutzt werden. Der Martin-Luther-King-Park würde gern angenommen. Allerdings sei alle zwei Jahre ein Fest „zu wenig.“ Spezifische Planungen und Nutzungen von Freiflächen würden in Kooperation zwischen dem Grünflächenamt und dem Jugendbüro realisiert.



Es sollte einen Ort geben, wo sich die Jugendlichen ungestört versammeln können, ohne die Nachbarschaft zu belästigen. Es sei wichtig, das Gebiet zu beleben. Wichtig sei insbesondere eine Mischung der Nationalitäten unter den Jugendlichen. Jugendeinrichtungen seien „enorm wichtig“. Es fehlte aber den deutschen Jugendlichen, der „Anschluss“ an solche Einrichtungen. Es entstünden „feste ausländische Gruppen, die den

Zugang“ verwehrt. Türkische Jugendliche „gründeten anders“ Fußballmannschaften als deutsche. Umgekehrt sei die freiwillige Feuerwehr deutschen Jugendlichen vorbehalten.

Die Einkaufsmöglichkeiten werden als gut eingeschätzt. Man lebe etwas draußen und doch stadtnah. Was fehle, seien Kulturangebote und es gebe einen Mangel an Cafés und Kneipen im Stadtteil. Allerdings sei es schwierig, einen Raum für Feierlichkeiten (Hochzeit, Beschneidungen, Jugendpartys) zu bekommen, der bezahlbar sei. Auch sei das Angebot „abends begrenzt“. Für Jugendliche gebe es zu wenige Discos. Es brauche mehr präventive Arbeit.

In Bezug auf die soziale Infrastruktur wird von Jugend-Experten gesagt, dass es in der Einrichtung für Kinder im Vorschulalter lange Wartelisten gebe. Hier sei eine „Erweiterung“ erforderlich, weil die Versorgung „unzureichend“ sei.

3. Schul-Experten

Von dieser Expertengruppe wird geäußert, dass der Stadtteil zwar ansprechend für Erwachsene sei, aber zugleich keinen Gestaltungsraum für Jugendlichen biete.

Das Gebiet sei ruhig. Die Probleme spielten sich hinter verschlossenen Türen ab. Die alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner seien unzufrieden, zugleich würden sie aber an dem Wohngebiet hängen. Die Ladenzeile in der Thomas-Mann-Straße sei ein „Umschlagplatz für Drogen“.

Es komme darauf an, die Belange der Jugendlichen zu berücksichtigen. Das würde auch dem subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Bewohnerschaft nützen.

Es fehle an Sportplätzen. Die Europa-Schule habe Sportgelände „überbaut und weitere Flächen weggenommen.“

Bei der Auswahl von Maßnahmen sollten die Jugendlichen beteiligt werden.

4. Professionelle Experten

Befragte aus der Gruppe sagen, der Bebauungsplan für das Gebiet sei „katastrophal“, die Straßenführung „konfus“. Das komme wahrscheinlich daher, dass es keinen „Ortskern gab, um den sich der Rest hat entwickeln können“. Die Nordweststadt sei eine „aus dem Boden gestampfte Stadt.“ Eine Expertin sagt dagegen, dass es sich bei der Bebauung um einen „schönen Mix zwischen Einfamilienhäusern und Hochhäusern handele, wobei allerdings die Hochhäuser „teilweise zu hoch“ seien.



Positiv werden die vielen Grünflächen und der Martin-Luther-King-Park eingeschätzt. Die Nordweststadt sei gut mit dem Auto und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Einerseits sei es „positiv, dass die Nordweststadt keine Autostadt sei und man oft nur über Stichwege die Hauseingänge erreichen könne“. Andererseits ziehe das aber auch viele Probleme an. Ein Problem sei vor allem, dass ältere Menschen, wenn sie Einkäufe nach Hause transportieren müssen, den Hauseingang nicht per Auto erreichen könnten. Die sicheren Brücken über die Straßen würden selten genutzt. Die Bewohnerinnen und Bewohner würden zur Querung überwiegend die gefährlichen, ampelfreien Straßen nutzen.

Wegen der Grünflächen und der Ruhe sei die Nordweststadt noch immer ein gefragtes Quartier. Die Unzufriedenheit der Bewohnerschaft resultiere vor allem aus Veränderungen, welche die Zeit für die Erstbezieher aus den 60er Jahren gebracht habe.

Den Jungen und vor allem den Migranten fehle die Identifikation mit dem Gebiet. Kriminalität mache vor allem den Alten und den Familien Sorgen.

Insgesamt sei die Nutzung der Freiflächen nicht zufrieden stellend gelöst. Der Martin-Luther-King-Park sei sehr schön. Aber der Teich enthalte „sehr viel Unrat“. Gerade für ältere Bewohnerinnen und Bewohner sollten die Freiflächen besser genutzt werden. Generell sollten die Freiflächen von der Bewohnerschaft genutzt werden dürfen und nicht nur als Grünflächen einen schönen Eindruck machen. Jugendliche bräuchten Flächen, die nicht schon fertig gestaltet seien.

Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass Räumlichkeiten fehlten. Die Institutionen würden sich um die Freiflächen reißen. Sie würden hauptsächlich für Wohnflächen genutzt, ohne dass an soziale Treffpunkte gedacht werde.

Es gebe in der Nordweststadt acht Spielplätze, vier davon hätten geschlossen werden müssen. Derzeit würden zwei neue Spielplätze gebaut, die vor allem von Kleinkindern genutzt werden sollen.

Es gebe kaum Mülleimer und vor allem im Sommer werde auf den Grünflächen „oft gegrillt“. Der Müll bleibe liegen. Diese Situation sollte verbessert werden. Auch seien Mülltonnen teilweise überfüllt und würden zu selten geleert. Es gebe ein Haus, wo der Müll regelmäßig aus dem Fenster geworfen werde. Allerdings sei die Müllsituation in allen Stadtteilen ein Problem.

Besser wäre eine Ausdehnung der gewerblichen Infrastruktur im gesamten Stadtteil, auch um Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen für die Bewohnerschaft, die weiter vom EKZ entfernt wohnt. Es fehlten vor allem kleine Läden des täglichen Bedarfs wie Bäckereien, Metzger etc.; auch eine Postagentur fehle.

Bezüglich der sozialen Infrastruktur seien die Angebote an Kindergärten und -krippen wohl ausreichend. Es gebe auch drei Jugendzentren in der Nordweststadt: den Thomas-Mann-Club, das Cantate Domino und den Jugendclub im Nordwestzentrum. Die Räumlichkeiten der Jugendzentren seien zu klein, außerdem gebe es keine aufsuchende Jugendarbeit, die sinnvoll wäre. Ein anderer Experte vertritt dagegen die Ansicht, dass das vorschulische Angebot „nicht zufrieden stellend“ sei. Es gebe in der Nordweststadt „nur eine Kinderkrippe. Die Warteliste sei lang.“ Auch Kindergartenplätze seien knapp, ebenso die Hortplätze. Die offene Arbeit des Jugendhauses sei eingestellt worden. Hier gebe es nur noch Beratung. Der Grund für die Einstellung der offenen Jugendarbeit sei der Drogenhandel in den Räumlichkeiten des Jugendhauses gewesen.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

Langjährige Bewohnerinnen und Bewohner fühlten sich wohl. Die Wohnzufriedenheit sei „hoch“. Das lasse sich auch an der niedrigen Fluktuation erkennen. Die Situation sei „positiv“. Allerdings gebe es zu wenige Parkplätze. „Wildes, störendes Parken im öffentlichen Raum“ sei die Folge. Die Parkierungsflächen sollte neu und übersichtlich geordnet werden.

Für Ortsfremde sei die Nummerierung „sehr verwirrend“ und ohne Hilfe eines Stadtplans nicht überschaubar.



Ein anderer Experte weist darauf hin, dass das Gebiet als „kompakt und übersichtlich“ wahrgenommen werde. Die Freiflächenkonzeption sei großzügig, aber auch mit hohen Kosten behaftet. Das Wohngebiet sei vor allem auf Schlaf- und Konsumbedürfnisse ausgerichtet. Von Jugendlichen würden die Freiflächen wegen der Verschmutzung durch Hunde nicht genutzt. Für Jugendliche gebe es insgesamt zu wenig ungestörten Bewegungs- und Aufenthaltsraum.

Die Spielplatzsituation sei „verbesserungsbedürftig“. Die Spielplätze müssten dringend erneuert werden. Entsprechende Anfragen kämen auch von Bewohnerinnen und Bewohnern und Versammlungen.

Die architektonische Konzeption des Gebietes sei auf eine zentrale Versorgung angelegt. Die Versorgung durch das NWZ wird als „ausreichend“ eingeschätzt.

Für die Jugendlichen gebe es allerdings nichts. „Keinen eigenen Sportplatz, keine Kellerräume, die als Treffpunkte genutzt werden könnte.“

6. Resümee

Die Nordweststadt wird als Wohnlage von allen Gruppen einhellig positiv beurteilt. Auch dass es sich um einen grünen Stadtteil mit Parks, reichlich Freiflächen und vielen Spielplätzen handelt, wird von allen Befragtengruppen immer wieder hervorgehoben. Die Wohnbebauung wird unterschiedlich beurteilt. Die einen loben den Mix an unterschiedlichen Gebäudetypen und Wohnensembles, die anderen weisen vor allem auf soziale Probleme im Zusammenhang mit der Hochhausbebauung hin. So positiv die Vielzahl der Spielplätze hervorgehoben wird, so kritisch wird deren Zustand beurteilt. Die Kritik an Zustand und Ausstattung der Spielplätze wird nahezu in der gleichen Einhelligkeit vorgetragen, wie das Lob ihrer Vielzahl. Als wichtige Ressource des Stadtteils wird immer wieder der Martin-Luther-King-Park genannt. Auch wird angemerkt, dass das Potential des Parks für verschiedene Nutzergruppen nicht ausreichend ausgeschöpft wird.

Die Großzügigkeit der Freiflächen wirft für einige Befragte ein Problem in Hinblick auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bewohnerinnen und Bewohner auf. Viele Überlegungen drehen sich darum, wie man dieses Empfinden verbessern könnte. Vor allem wird die Beleuchtung von Wegen, das Rückschneiden von Hecken und die Belebung bestimmter Orte oder des Stadtteils insgesamt in Erwägung gezogen.

Neben der Sicherheit ist die Sauberkeit des öffentlichen Raums ein Problem, dass mit den großzügigen Freiflächen in Zusammenhang steht. Hier ist das zentrale Thema der wilde Sperrmüll, der aus unterschiedlichen Gründen zur falschen Zeit und/oder am falschen Ort abgestellt wird, was ein Teil der Bewohnerschaft als störend und belästigend empfindet.



Die Verkehrssituation wird, was die Anbindung des Stadtteils über Straßen und den öffentlichen Personennahverkehr angeht, gruppenübergreifend durchweg positiv beurteilt. Zugleich wird die verkehrsberuhigte Innenzone des Stadtteils als familienfreundlich angesehen.

Was die Ausstattung des Stadtteils mit Parkmöglichkeiten angeht, so gibt es hierzu deutliche Unterschiede in der Einschätzung. Je näher die befragte Person am Einkaufszentrum wohnt, desto eher wird ein Parkplatzproblem konstatiert. Ob ein Parkproblem gesehen wird oder nicht, hängt auch davon ab, ob der Befragte eine Tiefgarage nutzt oder nicht.

Das Nordwestzentrum wird von den befragten Bewohner-Experten in seiner Versorgungs- aber auch in seiner Aufenthaltsqualität weit überwiegend positiv und als wichtiger Beitrag zur Lebensqualität im Stadtteil betrachtet.



Einige Befragte wünschen sich, dass sich die gewerbliche Struktur nicht nur im Zentrum konzentriert, sondern auch in den Stadtteil ausdehnt, um diesen zu beleben und besonders für ältere Leute die Einkaufswege zu verkürzen.

Die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur wird unterschiedlich bewertet. Am Größten ist die Übereinstimmung in Bezug auf die Schulen. Hier wird in der Regel eine gute Ausstattung des Stadtteils konstatiert, wenn auch bedauert wird, dass die lokale Gesamtschule nicht alle Bewerber aus dem Stadtteil aufnehmen könne. Was die Hort- und Kindergartenplätze betrifft, gehen die Einschätzungen auseinander. Einige Befragte halten die Versorgung in diesem Bereich für ausreichend. Andere weisen auf lange Wartelisten im Kindergartenbereich und unzureichende Hortbetreuung hin. Für die Kinderkrippen wird von allen Befragten, die sich hierzu äußern, eine Unterversorgung konstatiert.

Über alle Gruppen hinweg herrscht auch große Übereinstimmung, dass der Stadtteil für Jugendliche wenig zu bieten hat, sondern dass er in seiner Anlage sogar dazu beitrage, generationenübergreifende Konflikte zu schüren. Es gibt keine Gruppe, in der nicht Befragte fordern, dass für die Jugendlichen mehr getan werden müsse. Dabei gehen die Überlegungen in zwei Richtungen. Einmal geht es darum die Freiflächenressourcen für die Jugendlichen besser als bisher nutzbar zu machen, ohne dass diese Nutzung auf Kosten der Interessen unmittelbarer Anwohner geht. Zum anderen wird eine wirksamere Unterstützung

der Jugendlichen in Lebens-, Wohnungs-, Ausbildungs-, und Freizeitfragen und die Schaffung bzw. Stärkung der hierfür erforderlichen institutionellen Voraussetzungen gefordert. Neben der Integration der Alteingesessenen in eine sich rapide wandelnde Sozialstruktur bilden die Jugendlichen das zentrale Thema der Befragung.

Dabei bilden die Alteingesessenen eine Untergruppe der Alten in einer älter werdenden Gesellschaft. Mit dem geplanten Altenwohnen im Hamarskjöldring wird einem Teil der Alten in der Nordweststadt ein Angebot zur Verfügung stehen, das aber nach Einschätzung von Experten nicht ausreichen wird, den wachsenden Bedarf zu befriedigen. Das Thema „Altwerden in der Nordweststadt“ wird demnach auch in Zukunft seine Brisanz bewahren. Auch verbindet sich mit der positiv gewerteten beruhigten Verkehrslage im Binnenbereich des Stadtteils und dem ebenfalls positiv bewerteten Einkaufszentrum aus der Perspektive des Älterwerdens das Problem, dass für ältere Menschen (zu) weite Fußwege vom Wohnbereich zum Einkaufsbereich oder vom Wohnbereich zum Parkplatz zurückgelegt werden müssen.

Wünsche und Anregungen der Befragten

1. Bewohner-Experten

- Die Fußwege sollten verbessert werden.
- In den Parks sollten Rad und Fußwege getrennt werden.
- Die Straßenbeleuchtung auf dem Weg zum Park muss verbessert werden.
- Die Spielplätze müssen saniert werden.
- Ein Spielplatzprojekt könnte aktivierend wirken.
- Es sollten mehr Bänke zum Ausruhen für alte Menschen aufgestellt werden (allerdings: die Bänke auf dem hausnahen Spielplatz wurden abgebaut, weil sich dort „fremde Erwachsene“ aufgehalten haben.)
- Es fehlen Cafés, Jugenddisco, Feste und Partys ohne teuren Eintritt für Jugendliche (beispielsweise in den Räumen des Titus-Forums).
- Für Jugendliche sollten Sportplätze entstehen.
- Ein Fußballplatz wäre wünschenswert oder ein Nachtfußballturnier.
- Für Jugendliche sollte eine Fläche zum Bolzen zur Verfügung gestellt werden.
- Für Jugendliche müssen Räume her (verbunden mit Job-Schnupperangeboten und für Freizeitaktivitäten).
- Es werden mehr Spielgelegenheiten für Kinder gebraucht.

2. Jugend-Experten

- Mit Jugendlichen zusammen sollte nach Plätzen gesucht werden, die in der Nähe sind und auf denen trotzdem gebolzt werden kann, ohne Nachbarn zu erzürnen.
- Für Mädchen sollten Angebote geschaffen werden. Es sollte ein Zielgruppenbefragung erfolgen.

3. Schul-Experten

- Es fehlt an guten Sportplätzen.

4. Professionelle Experten

- Man könnte mit Bewohnerinnen und Bewohnern Grünflächen bepflanzen.
- In den Parks müssen mehr Sitzgelegenheiten entstehen.
- Man könnte die Freiflächen effektiver nutzen, indem man Begegnungsstätten für die verschiedenen Altersgruppen in der Nordweststadt errichtet (vor allem für Jugendliche).
- Der Park sollte attraktiver für die Jugendlichen gestaltet werden.
- Es sollten Cafés, kleine Läden und andere Kontaktmöglichkeiten in die Nordweststadt geholt werden. Hierfür sollte der Ortsbeirat eine Initiative ergreifen und die Bewohnerschaft sollte diese annehmen.
- Die Quartiersmanagerin sollte mit dem Einkaufszentrum Kontakt aufnehmen, um die Aufenthaltsmöglichkeiten von Kindern dort zu verbessern (im Moment erfüllen Kinder dort nur die Funktion von Konsumenten).
- Für Kinder sollten die Möglichkeiten zu spielen im Martin-Luther-King-Park erweitert werden.
- Eine Half-Pipe sollte aufgestellt werden.
- Es sollte für mehr Angebote für Jugendliche und ältere Menschen gesorgt werden.
- Ein Sportverein sollte gegründet werden.
- Die Müllsituation sollte verbessert werden.
- Es sollte mehr darauf geachtet werden, wie und wo die Bewohnerinnen und Bewohner ihren Müll entsorgen. Hierfür gibt es einen Sauberkeitsbeauftragten, der verstärkt Mitarbeiter ausschicken sollte, die sich ein generelles Bild von der Müllentsorgung machen.
- Bewohnerinnen und Bewohner sollten „dingfest“ gemacht werden, die ihren Müll wild ablagern oder sich der Hausordnung in Bezug auf die Müllentsorgung widersetzen.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

- Mit der Bewohnerschaft sollten Begehungen stattfinden, um den Erneuerungsbedarf herauszuarbeiten.
- Die Parkflächen sollten geordnet werden, um wildes Parken zu vermeiden.
- Ein Spielplatzkonzept sollte unter Beteiligung von Eltern und Kindern entwickelt werden, wie es in anderen Stadtteilen bereits erprobt worden ist. Spielplatzpaten könnten die Eigenverantwortlichkeit der Anwohner für das Wohnumfeld erhöhen.
- Man könnte Kellerräume als Treffpunkte für Jugendliche einrichten. Diese müssten betreut sein.
- Die Jugendlichen sollen an Maßnahmen beteiligt werden, vor allem um die Identifikation mit den Objekten und eine mittelfristig Pflege sicherzustellen.
- Die Wohnungsbaugesellschaften könnten die Räumlichkeiten für einen Jugendpavillon bereitstellen. Allerdings müsste die Stadt wegen dessen Bewirtschaftung als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.
- Positive Initiativen wie die Musik-Band „Randgruppe“ sollten unterstützt werden.
- Es sollte mehr Angebote geben, die Jung und Alt zusammenbringen.
- Ein Projekt „Mülltrennung“ sollte durchgeführt werden, wie dies bereits in anderen Quartieren erfolgreich unter Beteiligung des Umweltamtes geschehen sei.

III Soziales und kulturelles Leben

1. Bewohner-Experten

Über das, was typische Konflikte in der Nordweststadt sind, gehen die Meinungen der befragten Bewohner-Experten auseinander. Der typische Konflikt bestehe „zwischen Deutschen und Nichtdeutschen“, sagen die einen. „Jugendliche sind die typischen Täter“ andere. Eine dritte Gruppe ist der Auffassung, dass der typische Konflikt zwischen „Alteingesessenen und Neuhinzugezogenen“ stattfinde. Anlass für diese Konfliktsituation sei, dass sich die Neuhinzugezogenen nicht um die „Sauberkeit kümmern.“ „Ausländer“ werden besonders hervorgehoben. „Die Deutschen beschwerten sich, dass die Ausländer ihren Müll nicht wegräumen.“ Ein Befragter ist der Auffassung, dass diese Beschwerden eher einen „Mangel an Toleranz“, denn ein Problem mit der Sauberkeit ausdrücke. Die „Grundstimmung zwischen älteren Deutschen und vielen ausländischen Bewohnern“ sei „aggressiv“. Eine vierte Position besagt, dass es keine „Konflikte gibt, die man systematisch nach Alter und Kultur einteilen kann.“ Konflikte seien „immer primär eine persönliche Geschichte.“ Eine fünfte sieht die typischen Konflikte zwischen den unterschiedlichen Einwanderergruppen angesiedelt: „Es gibt zu viele Unterschiede in Kultur und Lebensführung, als dass gerade auf engem Raum alle reibungslos mit- und nebeneinander leben könnten.“

Als Beeinträchtigungen der Sicherheit werden von Befragten häufig Einbruch oder Diebstahl genannt. Im Martin-Luther-King-Park würden öfter Leute ausgeraubt werden.

Eine Reihe von Befragten weist darauf hin, dass das Sicherheitsempfinden von „vielen älteren Menschen“ beeinträchtigt sei. Sie hätten „Angst“ und „vergitterten die Fenster“. Insbesondere „alte Frauen, deren Männer gestorben sind, vereinsamen, trauen sich nicht mehr aus dem Haus.“ Zugleich wird deutlich gesagt, dass „in der Nordweststadt nicht mehr als in anderen Stadtteilen“ passiere.

Eine Bedrohung durch Jugendbanden, die „MOTORRÄDER klauten und Autos anzündeten“, gehöre der Vergangenheit an. Früher sei es unsicherer gewesen als heute. Insbesondere „im Zentrum ist Sicherheit gegeben“. Dies liege an einem Sicherheitsdienst, der im NWZ ein Büro habe und „regelmäßig Runden“ drehe. Einzelne Vorfälle, die es gegeben habe, würden „hochgespielt.“ Außerhalb gebe es aber „gefährliche Orte“. Ein Befragter sagt, er gehe abends nicht „ins Nebenzentrum“. Alles „sei voller Büsche“. Sonntags habe es außerdem „Vorfälle auf dem Friedhof“ gegeben. Auch seien im Martin-Luther-King-Park und in der U-Bahn-Station im NWZ „öfter Leute ausgeraubt“ worden. In den „Seitenarmen der Bernadotte-Straße sei es abends „manchmal gruselig“. Der von Jugendlichen als Treffpunkt genutzte „Busbahnhof“ wird als ein weiterer Angstraum benannt. Während ein Befragter sagt, dass er „nachts nicht alleine“ aus dem Haus gehe, sagt eine andere, dass das „Gebiet auch abends

nicht besonders auffällig“ sei. Ein weiterer Befragter äußert, dass die Sicherheit im Wohngebiet sei, „wie sie sein solle.“

Jugendliche Bewohner-Experten äußern, dass sie McDonalds meiden, weil sie dort um die Mittagszeit von anderen Jugendlichen angepöbelt würden. Neben den Pöbeleien durch andere Jugendliche ist für sie das Hauptproblem das „Unverständnis älterer Menschen“.

Von erwachsenen Bewohner-Experten werden Jugendliche als Gefahrenfaktor besonders herausgehoben. Die „Gewaltbereitschaft“ bei Jugendlichen habe zwar abgenommen. Aber aus „Mangel an Sozialarbeit“ landeten einige auf der Straße und „begehen Verbrechen“. Jugendliche „haben keinen Platz und kommen auf dumme Gedanken“.

In Hinblick auf die Möglichkeiten des sozialen und kulturellen Zusammenlebens wird gesagt, dass die „Kirchengemeinde viel macht.“ Im Nordwestzentrum gebe es „Aktivitäten zu Ostern“. Da sei die ganze Nacht geöffnet und es gebe ein Feuerwerk. Der Martin-Luther-King-Park würde gelegentlich für Feste genutzt. Auch gebe es das Hadriansfest einmal im Jahr, das im BuGa-Gelände stattfinde. Im Bürgerhaus im NWZ treffe sich „eine afrikanische Gruppe.“ Aber insgesamt gebe es „kaum“ kulturelles Angebot. „Das soziale Leben unter den Menschen ist nicht ausgeprägt“. Jeder lebe für sich. Man habe „hier und da ein paar Bekannte, aber nicht unmittelbar in der Nachbarschaft. Moscheen und Gebetsräume fehlten. Einige ältere Befragte machen deutlich, dass sie sich für kulturelle Aktivitäten nicht mehr interessieren oder diese nicht mehr „zur Kenntnis“ nehmen würden. Man besuche ab und zu die Kinder.

Als allgemeines Gefühl wird zum Ausdruck gebracht, dass sich die Kinder in der Nordweststadt „zu Tode langweilen.“ Es gebe das JUZ und „Tanzangebote an der Schule.“ Eine Befragte sagt, dass sie für „kulturelle Dinge in die Stadt“ fahre. Eine andere, dass es „viele Sachen“ gebe, auch wenn diese nicht direkt im Wohngebiet seien. Man müsse sich nur erkundigen. Häufig nutzten die Nordweststadtbewohner Vereine außerhalb des Stadtteils. Dies treffe etwa für den „Karnevalsverein in Heddernheim“ zu, der auch Jugendarbeit mache und zu Fasching Kinderveranstaltungen anbiete. Ein richtiges stadtteilbezogenes „Vereinsleben“ fehle. Vorhandene Einrichtungen seien nicht oder zu wenig geöffnet. Die Auslastung und die Nutzung des Bürgerhauses „könnte besser sein.“ Manchmal gebe es Kindertheateraufführungen. Aber im Allgemeinen seien das Jugendhaus und der Abenteuerspielplatz „zu wenig geöffnet“.

Die Versorgung des Stadtteils mit Schulen wird von den befragten Bewohner-Experten als „ausreichend“ eingeschätzt. Es gebe 3 Grundschulen, eine integrative Gesamtschule und eine Realschule. Die Europaschule sei „elitär“.

Ein Befragter sagt, es gebe ein Gymnasium im „näheren Umkreis“, ein anderer, dass es an weiterführenden Schulen mangle.

Ein Ganztagsangebot sei „gut und wichtig“. Kinder würden dort „regelmäßig Mittagessen und Hausaufgabenhilfe“ bekommen. Allerdings müssten die Kinder vor Schulbeginn „richtig in Deutsch unterrichtet“ werden. Grundschulen seien „zahlreich“. Die Schulen sollten „mehr Angebote für Kinder über 11 Jahren machen und sich für „gewisse Zielgruppen öffnen.“ Öfter wird von Befragten gefordert, dass die Schulen „mehr auf ausländische Kinder eingehen“ sollten, weil sonst die „anderen darunter zu leiden haben.“ Die deutschen Kinder „würden sich langweilen, „während die ausländischen nicht mitkommen und die Lehrer nicht wissen, wen sie bedienen sollen.“

Auch Kindergärten gebe es im Wohngebiet „eine Menge“. Und die Kinderkrippe im NWZ sei „toll“. Kritisiert wird, dass die Kooperation zwischen Schulen, KT´s, Jugendeinrichtungen und Familien nicht ausreiche.

2. Jugend-Experten

Den von den Bewohner-Experten genannten kulturellen und sozialen Aktivitäten im Wohngebiet fügen die Jugend-Experten noch „Schulfeste, Elternabende und Veranstaltungen von Kinder- und Jugendeinrichtungen“ hinzu. Die sozialen und kulturellen Aktivitäten seien „abwechslungsreich und gemischt“. Vereine hätten einen „hohen Stellenwert“. Schüler gingen vorzugsweise „ins Freibad oder shoppen“.

Als Konfliktfaktoren werden vor allem „männliche Jugendliche“ gesehen. Diese würden Diebstähle, Bedrohungen und „Sexualdelikte“ ausüben und Mädchen, Frauen, Kinder und ältere Leute „anpöbeln“. Vor allem würden „jugendliche Migranten“ auffallen. Im Unterschied zu einem befragten Bewohner-Experten, der konstatiert, die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen sei zurückgegangen, sagt ein Jugend-Experte, die Täter würden „immer jünger und gewaltbereiter.“ Auf die Frage, zwischen wem sich die typischen Konflikte abspielten, wird genannt: Jugendliche versus Bewohnerinnen und Bewohner und deutsche versus „ausländische“ Bewohnerinnen und Bewohner.

In Hinblick auf die Sicherheit wird geäußert, dass es dunkle, unbeleuchtete Ecken gebe, die gemieden würden (Busbahnhof, Bereich um das Jugendbüro in der Thomas-Mann-Straße). Insbesondere „unbeleuchtete Gänge lösen ein Gefühl der Unsicherheit aus.“ Das Drogengeschäft finde heute aber nicht mehr im öffentlichen Raum, sondern in „Privathaushalten statt“. Insgesamt habe sich die Sicherheitssituation in den „letzten Jahren etwas gebessert“, sei aber immer noch defizitär.

In Hinblick auf die Schule wird gesagt, dass die Versorgung „angemessen“ sei, aber auch darauf hingewiesen, dass die Gesamtschule eine „Warteliste“ habe. Hervorgehoben wird, dass die Ernst-Reuter-Schule „großes Engagement für den Stadtteil erkennen“ lasse. Die Bibliothek sei den ganzen Tag geöffnet und es gebe ein „kleines JUZ an der Schule“. Es gebe auch ein Lernhilfeprojekt in Kooperation mit der Grundschule. Die Integrationsschule sei sehr „attraktiv“. Deshalb werde bei Bewerbungen selektiert. Wer Verwandte an der Schule habe, werde bevorzugt.

Die Polizei habe Schulkontaktbeamte und trainiere über das Projekt „Cool sein – Cool bleiben“ mit den Schülern „Konfliktverhalten“. Auch versuche der Schulkontaktbeamte, wenn die „Lehrer nicht mit den Schülern klarkommen“, die Schüler zu disziplinieren.

Als wachsendes Problem wird beschrieben, dass die Schulverweigerer von den Schulen „deutlich später als früher“ gemeldet werden, weil die Lehrer froh seien, wenn bestimmte Schüler nicht in den Unterricht kommen.

Das Konzept „Stadtteilschule“ wird von einem der Jugend-Experten abgelehnt, weil die Befürchtung bestehe, dass dieses Konzept ohne Schulsozialarbeit zur Überforderung der Schule führe.

3. Schul-Experten

Die Schul-Experten sind der Auffassung, dass es „zu wenige“ soziale und kulturelle Aktivitäten gebe. Sicherheitsprobleme werden nicht gesehen oder die Sicherheit als „normal“ eingeschätzt.

Das integrierte Schulkonzept der Ernst-Reuter-Schule sehe 4 behinderte Kinder pro Klasse vor. De facto würden aber bei gekürzten Mitteln 5-6 behinderte Kinder in die Klasse aufgenommen. Die Unterstützung erfolge in der Klasse. Nur in besonders schwierigen Situationen würden einzelne Kinder zeitweise herausgenommen aus dem gemeinsamen Lernverbund.

Das Schulkonzept umfasse auch Schulsozialarbeit, die an die Arbeiterwohlfahrt und die Beratung des Fachbereichs Prävention/ Sonderpädagogik für Schüler/- innen und ihre Familien sowie für Lehrer/- innen delegiert sei. Familiäre Beratung nehme einen breiten Raum ein. Fünf Lehrer seien zugleich Therapeuten und könnten daher sowohl beraten als auch weitervermitteln. Es stünden drei Beratungsräume zur Verfügung. Es fehle aber eine niedrigschwellige offene Hausaufgabenbetreuung für Kinder und Jugendliche. Solch eine Betreuung sollte nicht an die Schule angebunden sein. Die Schülervvertretung an der Ernst-Reuter-Schule sei „sehr aktiv“. Es gebe auch ein Schülercafé, einen Mittagstisch und eine Reihe von Angeboten der Schulsozialarbeit.

Als schulbezogene Probleme werden von den Schul-Experten „Erpressung und Kleinkriminalität, Kindesmisshandlung, Gewalt gegen Mütter, Verwahrlosung der Kinder (kommen nach anhaltendem Fernseh- oder Videospieldkonsum übermüdet in die Schule) benannt. Zurückgezogene familiäre Milieus würden zu wenig Unterstützung und Anregung bieten, um dem deutschen Leistungssystem gerecht zu werden. In Hinsicht auf diese Problemkonstellationen kooperiert die Schule mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst und mit dem schulpyschologischen Dienst.

4. Professionelle Experten

Die schon genannten Einschätzungen bezüglich des kulturellen und sozialen Angebots werden von den Vertretern dieser Expertengruppe geteilt: „In der ganzen Nordweststadt gebe es nur zwei Vereine, den „Kultur- und Geselligkeitsverein“ und den „Schachclub“. Darüber hinaus wird gesagt, dass besonders unterschiedliche, dem „kulturellen Hintergrund der Bewohnerschaft angepasste Angebote für Kinder und ihre Eltern“, fehlten. Das Jugendhaus werde im Moment von einem freien Träger betrieben. Es besitze keinen festen Etat und müsse von der „Hand in den Mund“ leben. Wegen sinkender Bezuschussung durch die Stadt sei zu befürchten, dass der Jugendclub irgendwann schließen müsse, obwohl die Nachfrage nach Räumen und Angeboten für Jugendliche eher größer werde.

Als typische Konflikte bezeichnen Experten „Randale“ von Jugendlichen und die Nutzung des öffentlichen Raums einiger Bewohnerinnen und Bewohner für private Zwecke. Es werde dabei „im Sommer bis spät in die Nacht vor der Haustür gefeiert, zu diesen Anlässen gegrillt und das Radio bis zwei oder drei Uhr nachts laufen gelassen“. Letzteres betreffe vor allem ein Hochhaus. Der damit verbundene Konflikt bestehe schon „seit drei Jahren“. Die Konfliktparteien teilen sich hier in Bewohnerinnen und Bewohner des Hochhauses und Bewohnerinnen und Bewohnern „der umliegenden Wohnblocks“ auf.

Bezüglich der Kriminalität und deren Entwicklung spiegeln die Aussagen dieser Gruppe die schon dargestellten Aussagen anderer Gruppen wider.

In Hinblick auf Ganztagschulen wird gesagt, dass sich schon „eine ganze Menge tue“. Die Erich-Kästner-Schule bemühe sich derzeit um einen Mittagstisch. Die Heinrich-Kromer-Schule habe einen Hort angegliedert, der allerdings nicht für alle Kinder zugänglich sei. Das sei zwar noch nicht das Konzept der Ganztagschule, aber doch eine „Ganztagsbetreuung“. Die Grundschulen müssten noch mehr als Informationsquelle für die Eltern dienen, damit sie über das außerschulische Nachmittagsangebot für ihre Kinder besser unterrichtet seien.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

Für den Bereich der öffentlich gelebten sozialen und kulturellen Sphäre müsse man feststellen, dass es „praktisch nichts gebe, keine Traditionen, weil der Stadtteil geschaffen wurde und nicht gewachsen ist. Es ist eine Schlafstadt.“ Nach Einschätzung eines Experten nutzten die Bewohnerinnen und Bewohner „das vielfältige kulturelle Angebot der Stadt Frankfurt nicht.“ Soziale Bezüge seien „bei älteren Bewohnerinnen und Bewohnern in der Regel nur über Kinder und Enkelkinder vorhanden.“ Auch wird gesagt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner lokale Angebote aus Mangel an Information nicht wahrnehmen. Das Angebot für Jugendliche sei dürftig. Sei einiger Zeit gebe es aber „Nachtsport an der Ernst-Reuter-Schule, der von der Sportjugend organisiert werde.

Typische Konflikte würden sich zwischen Neuhinzugezogenen und Alteingesessenen abspielen und aus mangelnder Kommunikation resultieren. Ein anderer Experte meint, dass die Mehrheit der Konflikte nicht zwischen deutschen und ausländischen Mietparteien angesiedelt sei, sondern zwischen Deutschen und Deutschen. Typische Konfliktthemen seien „Hausordnung, Müll, Lärm“.

Besondere Sicherheitsprobleme sind den Experten der Wohnungsbaugesellschaften nicht bekannt. Probleme in der Vergangenheit seien in der Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Drogendezernat gelöst worden. Auch Vandalismus spiele keine Rolle.

Die Wohnungsbaugesellschaften sehen sich in einer besonderen sozialen Verpflichtung. Es handele sich hier um die „Vermittlung der Bedürfnisse der Mieter an die Stadt“, die Träger von sozialen Maßnahmen sein müsse. Man begreife sich als „Partner der Mieter“.

6. Resümee

Das kulturelle Angebot im Stadtteil wird von Befragten aus allen Gruppen als nicht ausreichend beschrieben. Dieser Bereich wird auf Stadtteilebene stark den sozialen Institutionen und den Bildungsinstitutionen zugerechnet und ausnahmsweise auch dem Nordwestzentrum. Kulturangebote werden eher instrumentell als Mittel zur Verbesserung des sozialen Zusammenlebens, denn als eigenständige Größe wahrgenommen. Etliche Befragte bringen die Nordweststadt gar nicht mit „Kultur“ in Verbindung oder sagen, dass sie sich in Sachen Kultur an der Frankfurter Innenstadt orientieren. Öfter wird angesprochen, dass es im Wohngebiet an einer Vereinsstruktur fehle, die es ermögliche, eine sozialraumbezogene Identifikation zu stiften.

Die Schule wird von Befragten als zentrale Institution des kulturellen Lebens im Stadtteil wahrgenommen. Sie solle vor allem auch allgemeine Angebote für Kinder und Jugendliche vorhalten. Es besteht bei den Befragten eine deutliche Übereinstimmung darin, dass es

wünschenswert wäre, für die Kinder und Jugendliche ein schulisches Ganztagsangebot einzurichten.

Für die Ernst-Reuter-Schule schätzen befragte Experten aus unterschiedlichen Befragtengruppen (inklusive des Vertreters der Schule selbst) ein, dass sowohl räumlich als auch konzeptuell das Potential vorhanden ist, diese Schule zu einer Stadtteilschule weiterzuentwickeln. Hiermit wird die Hoffnung auf einen erweiterten sozialen und kulturellen Auftrag verbunden.

Vor dem Hintergrund beengter Wohnverhältnisse besteht außerdem in einem Angebot, das Jugendlichen eine Mittagsmahlzeit und das Erledigen von Hausaufgaben ermöglicht, eine sinnvolle Ergänzung der schulischen Maßnahmen.

Überwiegend wird von den Befragten geäußert, dass die Sicherheit im Stadtteil im Vergleich zu früher besser geworden ist. Die Kenntnis um bestimmte prägende kriminelle Handlungen rekurriert in der Regel auf vergangene Sachverhalte. Diese Wahrnehmung wird auch durch die verfügbaren statistischen Daten gestützt. Dies ändert jedoch nichts daran, dass das subjektive Sicherheitsgefühl von einigen Befragten die Situation anders „interpretiert“. Es wird darauf ankommen, diese Personen bei sicherheitsbezogenen Maßnahmen des Quartiersmanagements nach Möglichkeit in die Arbeit einzubeziehen. Wie schon im Zusammenhang der städtebaulichen Stabilisierung angesprochen, manifestiert sich das Unsicherheitsempfinden einerseits an bestimmten Orten im Stadtteil, die zum Teil im Rahmen der Interviews namhaft gemacht worden sind, zum Teil erst noch ausfindig gemacht werden müssen. Andererseits werden Gruppen von Jugendlichen als Gefahr oder Bedrohung wahrgenommen und mit Gewalthandlungen in Verbindung gebracht. Hier ist ein enger Zusammenhang mit der mehrfach geäußerten Perspektivlosigkeit der Jugendlichen im wirtschaftlichen Sinne und im Wohnbereich zu sehen. In diesen Zusammenhang gehören auch die gleichfalls immer wieder geäußerten Sachverhalte, dass es zu wenig Angebote für Jugendliche gebe und dass städtebaulich kein Platz für sie im Stadtteil vorgesehen sei.

Wünsche und Anregungen der Befragten

1. Bewohner-Experten

- Es sollte ein „Stadtteilhaus errichtet werden“, das einen allgemeinen Treffpunkt darstellen könnte.
- Es sollten Nachbarschaftstreffen und Open-Air-Festivals durchgeführt werden.
- Es sollte einen Nachbarschaftstreff als Anlaufstelle geben.
- Sportvereine müssten ihr Angebot für die Nordweststadt ausweiten.
- Die Räume des Saalbaus sollten besser ausgelastet werden. Sie sollten außerdem preiswerter vergeben werden.

- Im Nordwestzentrum sollten Theater-, Kultur- und Karnevalsveranstaltungen stattfinden.
- Es sollten mehr ideenreiche Initiativen ergriffen werden, wie etwa im Londoner Hyde-Park: zwanglose Treffpunkte im Freien zur ebenso zwanglosen Kommunikation.
- Für Jugendliche sollte es ein „Boxstudio“ geben, wo sie ihre Kräfte messen können.
- Die Titustherme sollte nicht ausgerechnet im Sommer ihre Wartungsarbeiten durchführen und daher schließen, wenn Jugendliche und Kinder, die nicht in den Urlaub fahren, dieses Angebot bräuchten.
- Der Austausch zwischen Älteren und Jüngeren sollte gefördert werden. Die Jugendlichen sollten von den „vielseitigen Fähigkeiten und Begabungen der Rentner profitieren können.“
- Im NWZ sollte ein Kulturfest stattfinden.
- Man sollte ausprobieren, ob die Einrichtung einer „interkulturellen Begegnungsstätte“ möglich ist.
- Es sollte ein Internetcafé geben.
- Es sollte ein Frauencafé geben, wo auch Lesungen, Flohmarkt und Kinderbetreuung angeboten werden.
- Es sollten mehr Hausaufgabenhilfen angeboten werden.
- Für „Ausländer“ sollten Sprachkurse angeboten werden.
- Die Gründung von „Musikgruppen“ sollte gefördert werden.
- Security-Leute sollten gezielt in Angsträumen des Wohngebietes eingesetzt werden.
- Die Polizeipräsenz sollte zur Stabilisierung des Sicherheitsgefühls erhöht werden.
- (Einzelwünsche: Bücherei im Stadtteil, Kino, Tennisplätze, Grillplätze, Computerkurse, mehr Platz für Graffiti, mehr „Klamottenläden“ – amerikanische Läden oder Skaterläden)

2. Jugend-Experten

- Es sollte einen Mädchentreff geben, weil die Jungen die Mädchen aus den Treffs verdrängen.
- Es sollte mehr Feste und Feierlichkeiten geben, bei denen die Leute zusammenkommen.
- Es sollte mehr interkulturelle Feste geben (wie die Parade der Kulturen).
- Es sollte mehr Projekte zur Integration von Migranten geben, insbesondere Sprachkurse für ältere Menschen.
- Es sollte mehr Ferienangebote (Ferienfahrten und Freizeiten) geben.
- Hausaufgabenhilfe sollte verstärkt werden (im Moment werde die Hausaufgabenhilfe ganz gestrichen)
- Es bestehe ein großer Bedarf an einem „Lernzentrum“.
- Vorhandene Einrichtungen sollten mit weiteren Räumen ausgestattet werden.

3. Schul-Experten

- Die Ernst-Reuter-Schule würde gerne ein stadtteilbezogenes Schulkonzept umsetzen. Das großzügige Schulterrain biete sich als Zentrum für eine stärkere Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule an. Ein Medienzentrum und ein Lesecafé wären wichtige Ergänzungen des Angebots für Jugendliche, die sich im Rahmen der Ernst-Reuter-Schule realisieren ließen. Die Aula der Schule biete sich als Zentrum für kulturelle Veranstaltungen für den Stadtteil an. Das Schultheater brauche mehr Räume um Anlaufstelle für mehr Jugendliche sein zu können.
- Es sollte mehr Projekte wie Nachtfußball oder Aktivitäten im handwerklichen und künstlerischen Bereich geben.
- Eine „Bezirksschule“ werde gebraucht.

4. Professionelle Experten

- Die Öffnungszeiten der Schulen sollten auf den Nachmittag ausgeweitet werden.
- Es sollte ein Treffpunkt, der nicht auf bestimmte Altersgruppen spezialisiert ist, geschaffen werden (kleinere Ausgabe des Bürgerhauses).
- Es fehlt an Cafés, kleinen Zentren und Sportvereinen, um die Identifizierung mit dem Stadtteil zu stärken.
- Stellen für Theaterpädagogen sind Mangelware. Hier könnte mehr getan werden.
- Für die ältere Bevölkerung sollte die Infrastruktur verbessert werden.
- Für Jugendliche sollte eine Fahrradwerkstatt eingerichtet werden.
- Die Jugendlichen im Einkaufszentrum sollten nicht nur als Konsumenten gesehen werden. Hier sollte es eine Verbindung zwischen der Quartiersmanagerin und dem Einkaufszentrum geben.
- Es sollte eine Konfliktbearbeitung zwischen Deutschen und Ausländern geben (Mediation).
- Es sollte eine aufsuchende Sozialarbeit/Streetworker in der Nordweststadt geben (bereits vom Ortsbeirat gefordert und „an der Finanzsituation der Stadt gescheitert“).
- Es sollte mehr Angebote für Kleinkinder geben.
- Mehr Kinderkrippen und Krabbelstuben sollten eingerichtet werden.
- Im Park sollte man Boule spielen können.
- Die ÖPNV-Verbindung außerhalb der Ladenöffnungszeiten und weiter entfernt vom NWZ sollten überprüft werden.
- Es sollten Polizisten auf Fahrrädern eingesetzt werden, um kriminellen Handlungen entgegenzuwirken und das Sicherheitsgefühl zu verbessern.
- Die Polizei sollte handeln, wenn sie gerufen wird, und nicht nur vorbeifahren.
- Gegen die Drogenszene sollte etwas unternommen werden.

- Gegen „Pornoringe“ in einigen Häusern muss etwas unternommen werden.
- Statt eines Präventionsrates könnte es „kleine Gruppen“ geben, die sich um die Sicherheit kümmern.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

- Wünschenswert ist ein Bürgertreff.
- Die Errichtung eines Grillplatzes wäre erstrebenswert.
- Die Schule sollte mehr Gemeinschaftsräume für Jung und Alt zur Verfügung stellen. Tagsüber könnte Kinderbetreuung stattfinden und abends Erwachsenenbildung.
- Ein generationenübergreifendes Stadtteilcafé wie an der Friedrich-Ebert-Schule wäre wünschenswert.
- Das Konzept Stadtteilschule sollte in der Nordweststadt umgesetzt werden. Es habe hier „gute räumliche Voraussetzungen“.
- Es könnte ein Open Air-TV angeboten werden.
- Es sollte Kinoabende geben.
- Es sollte die Möglichkeit geben, Billard zu spielen.
- Ein Jugendpavillon wäre denkbar.
- Wünschenswert ist eine bessere Anbindung der U-Bahn an die S-Bahn.

IV Lokale Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung

1. Bewohner-Experten

Über die Einschätzung, wie hoch die Arbeitslosigkeit in der Nordweststadt ist, gehen die Meinungen von befragten Bewohner-Experten weit auseinander. Überwiegend wird aber die Auffassung vertreten, dass die „Arbeitslosigkeit hoch“ sei oder gar, dass „die meisten ALG II - Empfänger“ seien oder „ein Gros an Sozialhilfeempfängern – mindestens ein Drittel“ in der Nordweststadt wohne. Nach Meinung einiger optimistischer Befragten gebe es hingegen „in der NW mehr Arbeitende als Arbeitslose“ und die Arbeitslosigkeit sei vielmehr „ein allgemeines Problem“, es gebe in dieser Hinsicht in der Nordweststadt „keine großen Unterschiede zu anderen Stadtteilen“. Weitgehende Einigkeit besteht bei Befragten darin, dass „besonders Jugendliche und Migranten wegen fehlender Abschlüsse“ betroffen seien. Die „Jugendlichen haben kaum Chancen“ und „die Eltern können nicht helfen.“

Die Nordweststadt wird in Hinblick auf Ressourcen an Arbeit und Ausbildung von den Befragten eher skeptisch beurteilt. Dabei leitet die Einschätzung, „dass die NW ein reines Wohngebiet sei“, die Beurteilung. Als Hauptarbeitgeber in der Nordweststadt wird das Nordwestzentrum angeführt. Hier könnten Frauen Beschäftigung im kaufmännischen Bereich finden. Auch als „Putzkräfte“ würden Bewohnerinnen und Bewohner im NWZ beschäftigt. Insgesamt geht die Einschätzung aber dahin, dass auch „im NWZ kaum Arbeitsplätze“ für die lokale Bevölkerung zur Verfügung stehen. Eine Befragte äußert demgegenüber: „Das NWZ ist wichtig. Es bietet für einige Bewohnerinnen und Bewohner Arbeit. An den Fenstern finden sich Stellenausschreibungen.“ Im Zeilweg gebe es kleinere Unternehmen (Reisebüro). Eine Befragte nennt auch das Nordwestkrankenhaus als wichtigen lokalen Arbeitgeber. Den befragten Jugendlichen ist „keiner bekannt, der in der Nordweststadt eine Ausbildung gemacht“ hätte.

Die Leute würden „außerhalb des Quartiers“ arbeiten. Die Betriebe befänden sich „meist in Heddernheim“ (Müllverbrennung). Auch im Mertonviertel gebe es Beschäftigungsmöglichkeiten. Dabei handele es sich in der Regel um Verwaltungen, nicht um Handwerks- oder Produktionsbetriebe (Telekom, Lurki). Dieses Viertel werde noch erweitert.

Lehrer und Sozialarbeiter bemühten sich um Ausbildungsplätze für Schulabgänger. Die Vermittlung von Schulabsolventen würde aber durch das Negativeimage der Schulsituation in der Nordweststadt erschwert. Es gebe Firmen, die Schüler von einzelnen Schulen des Gebiets nicht nehmen würden. Für Schulabgänger seien die Aussichten allgemein schlecht, weil es an „Unterstützung und Vermittlung“ fehle. Es gebe „zu wenige Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche. Insbesondere im Nordwestzentrum oder im Toom-Markt könnten „oft nur Jobs für Studenten geschaffen werden.“

2. Jugend-Experten

Befragte Jugend-Experten halten die Arbeitslosigkeit in der NW für „durchschnittlich“ oder für ein „allgemeines Problem“. Allerdings sei die Arbeitslosigkeit für Jugendliche und junge Erwachsene ein „großes Problem“. Die Ausbildungssituation sei so schlecht, dass selbst „Absolventen der Fachoberschulreife Schwierigkeiten haben.“ Auch Hauptschüler hätten „schlechte Chancen“. Ein schlechter Schulabschluss würde die Chancen noch einmal erheblich verschlechtern. Jugendliche Migranten hätten „größere Probleme mit Ausbildungsplätzen.“ Auch eine Berufsberatung in der Schule könne „wenig tun.“ Befragte Jugendliche bestätigen diese Meinung, indem sie äußern, dass die Schule ihrer Meinung nach eher wenig tue, um sie beim Einstieg in das Berufsleben zu unterstützen. Erst kürzlich sei das zweite Schulpraktikum abgeschafft worden.

Ein Jugend-Experte konstatiert, im Gebiet wohnen „viele sozial Benachteiligte ohne Schulabschluss, die besonders betroffen sind.“ Die Jugendlichen wüssten um ihre Situation und „begnügten sich (daher) mit der Befriedigung der Grundbedürfnisse: Essen, Trinken, Rauchen, Sexualität“.

Im Allgemeinen erhält man über die Unternehmenssituation von den Jugend-Experten gleiche oder ähnliche Aussagen wie von den Bewohner-Experten des Gebietes. Speziell wird von den Befragten angesprochen, dass die Leute bereit seien, lange Wege für Beschäftigung in Kauf zu nehmen. Es sei die Pflicht der Stadt und nicht der Unternehmen, im Bereich der Ausbildung und der Beschäftigung Verbesserungen zu schaffen.

Ein Befragter weiß, dass der Flughafen seit dem 11.09. die Einstellungskriterien für Arbeitsplatzbewerber verschärft habe. Diese würden es insbesondere für ausländische Jugendliche mit Vorstrafen unmöglich machen, dort eine Anstellung zu finden. Früher hätten die Jugendlichen im Flughafen als Lager- und Frachtarbeiter arbeiten können.

Im Projektgebiet stelle der Drogerie-Markt „Rossmann“ Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Als Beschäftigungsprojekt demonstrierte das Schulrestaurant „Poggibonsi“ an der Ernst-Reuter-Schule eine „gute Qualifizierungsmaßnahme für junge Frauen.“ Ein Befragter sagt dagegen, dass Beschäftigungsprojekte keine Perspektive böten und deshalb „unnötig“ seien. Aus Sicht der Jugendhilfeplanung besteht für die Nordweststadt kein besonderer Handlungsbedarf. Als Ansprechpartner für Beschäftigungsprojekte werden von den Experten die Gesellschaft für Jugendbeschäftigung (GJB), die AWO, der VAE, die Caritas, der IB und das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft mit Sitz in Praunheim genannt.

3. Schul-Experten

Im Bereich Schule biete die Schulsozialarbeit eine „umfassende Berufsberatung und praktische Hilfen bei Bewerbungen für Schulabgänger in Verbindung mit der Bundesagentur

für Arbeit an.“ Allerdings sei dieses Angebot noch keine „Arbeitsplatzbeschaffung“. Der Beitrag der Schule könne nur in einer „guten fachlichen und persönlichen Vorbereitung der Jugendlichen bestehen“ und würde entsprechend praktiziert.

4. Professionelle Experten

Auch in dieser Expertengruppe herrscht die Meinung vor, dass Jugendliche und junge Erwachsene „keine Perspektiven“ hätten. Eine Befragte sagt, dass einige Eltern von Kindern ihrer Einrichtung arbeitslos seien. Dies sei ihrer Einschätzung nach der Fall, weil viele dieser Eltern nicht „richtig lesen und schreiben“ könnten.

Aus Sicht des kommunalpolitischen Experten ist „die Zahl der Arbeitslosen oder Hartz IV-Empfänger nicht besonders hoch.“ Jugendarbeitslosigkeit sei zwar vorhanden, jedoch trete sie nicht offen auf. Es seien vor einem Jahr in der Nordweststadt noch Ausbildungsstellen vorhanden gewesen, die aber nicht genutzt worden seien.

Im Nordwestzentrum gebe es keinen Gewerbeverein, der die Aktivitäten der Anbieter koordinieren würde. Die Nortrag sei der Organisator des Nordwestzentrums. Ein Experte sagt, dass das Nordwestzentrum die Bewohnerschaft der Nordweststadt nicht bei der Vergabe von Arbeitsplätzen bevorzuge. Die meisten Erwerbstätigen der Nordweststadt würden wahrscheinlich in der Frankfurter Innenstadt oder im Industriepark Höchst arbeiten.

Das Projekt Poggibonsi des VAE wird als beispielhaftes Beschäftigungsprojekt genannt. Es handele sich dabei um einen Mittagstisch in der Ernst-Reuter-Schule, in dessen Rahmen Mädchen einen Hauptschulabschluss machen können. Die Mädchen würden 1-2 Jahre in einem Schulrestaurant arbeiten. Das Projekt werde vom Arbeitsamt finanziert und soll zu einem leichteren Einstieg ins Berufsleben verhelfen, sei jedoch keine Ausbildung. Für Jungs gebe es etwas Ähnliches in einem Nachbarquartier.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

Zum Standard seines Wohnungsunternehmens, sagt ein Experte, gehöre die Kooperation „mit Beschäftigungsträgern wie Werkstatt Frankfurt, Cariteam, Drop-in und auch 1€-Jobs.“ Allerdings gebe es in Bezug auf die Nordweststadt noch keine derartige Zusammenarbeit. Ein anderer Experte sieht aufgrund „mangelnder Zuverlässigkeit und Qualifizierung“ keine Beschäftigungschancen für Jugendliche aus dem Gebiet.

Einem weiteren Experten ist bekannt, dass in anderen Quartieren versucht worden sei, Beschäftigung über „Malerkolonnen“ zu organisieren. Dieser Versuch würde aber „nicht nach Nachahmung rufen.“

6. Resümee

Die Einschätzung der Befragten geht in der Frage, inwieweit der Stadtteil von Arbeitslosigkeit betroffen ist, weit auseinander. Dagegen herrscht weitgehende Übereinstimmung darin, dass der Stadtteil trotz des darin befindlichen Einkaufszentrums kein signifikanter Beschäftigungsfaktor ist. Beschäftigungsmöglichkeiten in geringer Anzahl für das Wohngebiet sind durch das Einkaufszentrum gegeben. Auch werden einige Ausbildungsplätze und Jobs offeriert. Inwiefern hier aber ein Potential ist, das mit einem gezielten Sozialraumbezug noch ausgebaut werden könnte, lassen die erhobenen Aussagen nicht erkennen. Darüber hinaus macht die Befragung deutlich, dass es in den unmittelbar angrenzenden Quartieren durchaus Beschäftigungspotentiale gibt und es stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, diese gezielt für die Nordweststadt zu erschließen, indem man etwa an der Integrierten Gesamtschule Ausbildungsmessen und ähnliches veranstaltet. Dies kann auch dann sinnvoll sein, wenn es Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote des Einkaufszentrums gibt, die, wie die Aussagen eines Befragten nahe legen, nicht genutzt worden sind.

Die Möglichkeiten der Berufsberatung an der Schule und eines damit einhergehenden Bewerbungstrainings werden eher gering eingeschätzt. Dagegen werden Projekte wie das Schulrestaurant „Poggibonsi“ von Experten unterschiedlicher Gruppen gelobt. Allerdings hegen einige Experten angesichts von Bildungs- und Sprachdefiziten und der öfter aufgerufenen „Perspektivlosigkeit“ in der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation eine Skepsis gegenüber allen Ansätzen, welche Jugendlichen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern bzw. sie diesem Arbeitsmarkt näher bringen sollen.

Eine Möglichkeit für Beschäftigung deutet sich in den Gesprächen mit den Wohnungsbaugesellschaften an, von denen im Rahmen der Interviews zu erfahren war, dass es gute und schlechte Erfahrungen mit „Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten gibt“, vor allem aber, dass bereits auf Kooperationen mit örtlichen Beschäftigungsträgern zurückgeblickt werden kann. Da in der Nordweststadt noch keine derartigen Projekte durchgeführt wurden, könnte hier noch ein Potential liegen, das erschlossen werden kann.

Wünsche und Anregungen

1. Bewohner-Experten

- Während des Schulbesuchs sollte bereits mehr Praxisbezug hergestellt werden.
- Es sollte mehr Praktikumsplätze für Jugendliche im Nordwestzentrum geben.
- Ein Job-Café wie in Bockenheim wäre sinnvoll. Niedrigschwellige Recherchen nach Jobs am PC sollten möglich sein.
- Die Angebote der Werkstatt Frankfurt sollten ausgeweitet werden.

- Ein Berufsförderungswerk wie in Bad Vilbel wäre gut für die Jugendlichen.
- Es sollte eine lokale Beratungsstelle geben, die Tips beim Bewerbungsschreiben gibt.
- Es sollte einen Arbeitslosentreff für Schulabgänger geben.
- Es sollte kleinere Tätigkeiten für Jugendliche im Rahmen von Treffs oder bei der Reinigung von Rasenflächen geben.
- Es sollte lokale Beschäftigung in der Grünflächenpflege geschaffen werden.
- Müllsammeln könnte eine sinnvolle Beschäftigung sein.
- Es sollten Patenschaften für Bäume und für Grünflächen initiiert werden.

2. Jugend-Experten

- Man sollte sich um die kleineren Einkaufszentren kümmern (günstige Mieten, Förderprogramme).
- Das Quartiersmanagement könnte Beschäftigungsprojekte ins Leben rufen. Hierzu wären Kooperationen mit den Jugendeinrichtungen, mit erfahrenen Trägern von Beschäftigungsprojekten und mit Dienstleistern des NWZ denkbar. Letztere haben sich bereits aufgeschlossen für die Durchführung von Schülerpraktika gezeigt.
- Wichtig wären Projekte im handwerklichen Bereich.

3. Schul-Experten

- Zu diesem Thema machen die Experten keine Vorschläge.

4. Professionelle Experten

- Ein möglicher Arbeitgeber könnte die FES sein.
- Vielleicht könnte man eine Beschäftigungsmöglichkeit im Bereich der Landschaftsgärtnerei schaffen.
- Es könnten mehr Praktika für Theaterpädagogen finanziert werden.
- Es sollte kleine, dezentral gelegene Einzelhandelsgeschäfte in der Nordweststadt geben (allerdings sei fraglich, ob diese sich gegen die Konkurrenz des Nordwestzentrums behaupten könnten).

5. Experten der Wohnungswirtschaft

- Man könnte zusammen mit der Werkstatt Frankfurt ein Projekt starten (Angebot von Maßnahmen gemeinsam mit Unternehmen wie im Mertonviertel oder eine Qualifikation zum „Sport- und Fitness-Kaufmann“.)

V Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft

1. Bewohner-Experten

Als Beteiligungsinstanzen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Nordweststadt sehen die befragten Bewohner-Experten vor allem den Ortsbeirat und die Kirchen. Sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche seien „aktiv“. Es gebe einen „Gemeindetreff mit Pfarrer“. Eine Befragte sagt, immer mehr Kirchen „würden schließen“ und dass die Kirchen „an den Bewohnern vorbeiarbeiten“ würden. Eine weitere Befragte hat bereits Erfahrungen gesammelt, bei dem Versuch ein Bewohnerfest „am Wendehammer ins Leben zu rufen“. Da habe es bereits „im Vorfeld eine Reihe von Vorbehalten der Mitbewohner gegeben“ und sie schließt daraus: „Die Leute sind egoistisch, zurückgezogen oder desinteressiert.“

Der Ortsbeirat mache „öffentliche Versammlungen“. Beteiligung sei über den „sehr offenen Ortsbeirat“ möglich. Dieser sei „eine gute Beteiligungsmöglichkeit, weil er öffentlich und regelmäßig“ tage. Eine Befragte gibt an, mit dem „Ortsbeirat und der Kinderbeauftragten keine guten Erfahrungen gemacht zu haben. Die Formalien sind hinderlich. Und die Unstimmigkeiten zwischen den Parteien stören.“ Eine andere Befragte sagt, dass der „Ortsbeirat schwerfällig und kompliziert“ sei. Die monatliche Sprechstunde des Ortsbeirates würden nur wenige wahrnehmen.

Ein Befragter sagt, dass er das Gefühl habe, dass sich „die Bevölkerung nicht für den Ortsbeirat interessiert“, eine andere, dass es „zu wenig Informationen über den Ortsbeirat“ gebe. Eine Befragte äußert, dass „ältere Bewohner besonders engagiert“ seien. Allerdings wird auch die Auffassung vertreten, Bewohnerinnen und Bewohner seien generell „schwer zu aktivieren“ und es sei überhaupt „wenig Interesse für Engagement“ vorhanden.

Dahingegen erklärte eine Reihe von Bewohnerinnen und Bewohnern den Interviewern gegenüber, dass sie sich „engagieren würden, wenn ihnen die Möglichkeiten bekannt“ wären. Sie würden bei „Aktivitäten mitwirken“ und sich „selbst in Projekte einbringen, wenn Verbesserungen erreicht und die Projekte zu Ende gebracht“ werden würden.

2. Jugend-Experten

In Hinblick auf Beteiligung, so ein Jugend-Experte, seien die sozialen Einrichtungen in der NW sehr aktiv. Eine weitere Expertin sagt jedoch, es sei noch nichts geschehen, um Jugendliche zu beteiligen.

Es gebe den Psychosozialen Arbeitskreis und den Stadtteilarbeitskreis Jugendarbeit. Die evangelischen Gemeinden seien vernetzt und es gebe die Essensausgabe der Frankfurter Tafel. Ein weiterer Experte weist darauf hin, dass es einen Tauschring in der NW gebe. Dieser biete Dienstleistungen aller Art an.

Insbesondere Neuhinzugezogene seien verunsichert und hätten Angst, eigene Initiativen zu entwickeln.

Der Ortsbeirat 8 mache öffentliche Sitzungen und befrage auch die Bürger. Ausländische Familien seien hier aber nicht vertreten. Beteiligung wird als wichtig eingeschätzt, weil sie „Integration und Verantwortung“ schaffe. Bewohnerinnen und Bewohner würden motiviert, wenn sie Vorteile für den Aufbau oder die Verbesserung ihrer sozialen Beziehungen sehen würden.

Die Aktivierung von Jugendlichen sei heutzutage schwierig. Das Jugend- und Sozialamt sei froh, dass man ca. 5-6% der Jugendlichen überhaupt über die Einrichtungen erreiche. Die Klientel und die Anforderungen hätten sich grundlegend geändert. Früher seien die Jugendlichen in den Einrichtungen mehrheitlich solche gewesen, die sich selbst verwirklichen und Selbstverwaltung praktizieren wollten (oft aus den bürgerlichen Kreisen). Heute seien es überwiegend randständige Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in die Jugendzentren kämen: zum Abhängen, Treffen, aber auch, um Beratung und Begleitung in Berufs-, Drogen-, Kriminalitäts-, und Wohnungssuche-Fragen in Anspruch zu nehmen.

3. Schul-Experten

Von den Schul-Experten wird berichtet, dass es eine Kinderanhörung gegeben habe. Die Resonanz sei aber schwächer gewesen als erwartet, was daran liegen könnte, dass es das erste Mal gewesen sei. Außerdem gebe es das Projekt „Kinderstraße“, bei dem die Kinder etwas über ihr Wohngebiet, ihre Straße schreiben sollen. Aus den Aufsätzen soll ein Buch gemacht werden, in dem die Sichtweise der Kinder dann nachzulesen sei. Ein Schul-Experte bietet an, einen Kontakt zwischen der Schülervvertretung und dem Quartiersmanagement herzustellen.

4. Professionelle Experten

In der NW sei bisher nur ein Verein auf Initiative der Bürger hin entstanden, sagt eine Expertin. Bei dieser Vereinsgründung sei es um die Errichtung von Mobilfunkantennen gegangen. Man habe sich gegen das Aufstellen der Antennen auf den Hochhäusern gewehrt.

Als lokale Beteiligungsmöglichkeit wird – den bereits in den oberen Abschnitten genannten Organisationen – von einer weiteren Expertin noch der TSG Nordwest zugefügt. Dieser spiele als Verein für die Jugendlichen im Stadtteil eine Rolle. Insgesamt würden Bürgerorganisationen, Vereine und nachbarschaftliche soziale Netze fehlen. Auch die KT's

würden nichts anbieten, weil sie sich aufgrund des „internen Strukturwandels wegen des Kostendrucks alle überlastet“ fühlten.

Es habe im Frühjahr 2005 eine Befragung der Kinder durch das Kinderbüro gegeben. Eine „Stadtteilinitiative“ sei „problematisch verlaufen, weil weder genügend Geld noch genügend Räume“ zur Verfügung gestanden hätten.

Eine Beteiligung im Ortsbeirat sei nur für „Menschen mit starker Willenskraft und dem Verständnis, wie ein Ortsbeirat organisiert ist“, möglich. Schlechter gestellte oder sozial schwache Familien hätten keinen Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten. Der Ortsbeirat sei kompliziert zu erreichen und außerdem herrsche der Eindruck, dass eine Beteiligung von allen (auch Migranten und schlechter gestellten Familien) „nicht erwünscht“ sei.

Eine der Expertinnen sagt, dass zwischen 10 und 12 Bürger in die Ortsbeiratssitzungen kommen. Es seien oftmals die Alteingesessenen, die sich beteiligten. Öfter würden auch Bewohnerinnen und Bewohner teilnehmen, die in der Schule aktiv seien. Den Leuten im Wohngebiet müsse aber noch besser die Rolle des Ortsbeirats vermittelt werden und welche Möglichkeit er der Bewohnerschaft des Gebietes eröffnen kann.

Damit sich Bewohnerinnen und Bewohner stärker beteiligen, müsste eine „Identifikation mit dem Stadtteil“ geschaffen werden. Hierzu wäre es förderlich, nachbarschaftliche Netze aufzubauen. Durch die Beteiligung an Aktionen in der direkten Nachbarschaft könnte sich auch eine „höhere Lebenszufriedenheit“ ergeben. Viele Bewohnerinnen und Bewohner könnten ihre materielle Lage nicht ändern und hätten dann mit solchen Projekten etwas, an dem sich beteiligen könnten, wo sie mitorganisieren könnten.

Es sei wichtig, dass die Bewohnerinnen und Bewohner direkte Resultate ihrer Arbeit sehen könnten. Rein ideelle Aspekte (z. B. Verbesserung des nachbarschaftlichen Verhältnisses) schafften nicht genug Anreiz. Dafür müsse Geld bereitgestellt werden, mit dem gearbeitet werden könne.

Eine Schwierigkeit sei, dass die Alteingesessenen die „Neuen“ oft nicht akzeptierten und sich durch sie belästigt fühlten.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

Die Aktivierung der Jugendlichen gestalte sich sehr schwierig, da sie sich abkoppeln wollten. Es müsste durch geeignete Fachkräfte Kontakt zu den Jugendlichen aufgebaut werden. Darauf könnten dann weitere Maßnahmen aufbauen. Hier könnten die Schulen „ein Schlüssel sein.“

Ein Experte sagt, dass sein Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Schader-Stiftung ein kleines verfallenes Einkaufszentrum abreißen lasse, um einen neuen Komplex zu bauen. Dieser soll aus Seniorenwohnungen bestehen und eine Freifläche enthalten, die als Versammlungsraum genutzt werden kann. Darüber hinaus sollen in diesem Zusammenhang auch Gewerberäume entstehen. Man wolle auch mit einem sozialen Träger zusammenarbeiten, der Räume anmiete.

Von projektbezogener Aktivierung für Dinge, die die Bewohnerinnen und Bewohner unmittelbar betreffen, verspricht sich einer der Befragten „die größte Wirkung“.

6. Resümee

Initiativen und zivilgesellschaftliche Formen der Organisierung gemeinsamer Betätigung sind innerhalb des Wohngebietes die Ausnahme. Am Deutlichsten und häufig wird die Gemeindegemeinschaft der Kirchen als Institution eines zivilgesellschaftlichen Engagements von den befragten Bewohner-Experten genannt und in ihrer Arbeit und Wirksamkeit beschrieben.

Die allgemein staats- und stadtbürgerliche Institution des mehrere Stadtteile übergreifenden Ortsbeirates wird von den Befragten unterschiedlich in ihrer Rolle für die Beteiligung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern eingeschätzt. Die einen sagen, dass der Ortsbeirat genutzt werden kann, um den eigenen Interessen Geltung zu verschaffen und sich am politischen Willensbildungsprozess gestaltend zu beteiligen und dass der Ortsbeirat offen für entsprechende Vorstellungen der Bürger ist. Andere halten den Ortsbeirat für wenig bürgerfreundlich und in den Voraussetzungen, die der Einzelne mitbringen muss um dort sein Anliegen einzubringen, für zu anspruchsvoll, so dass der Ortsbeirat nur für eine kleine Minderheit von Bewohnerinnen und Bewohnern als Ansprechpartner in Frage kommt. Nicht-Staatsbürger und Jugendliche werden nach dieser Bewertung von vornherein aus dem politischen Prozess ausgeschlossen, und diese Ausgeschlossenen dürften entsprechend auch keinen Grund sehen, sich mit dieser Institution auseinanderzusetzen.

Auf der Ebene sozialpolitisch initiiertes Ko-Produktion in und für den Stadtteil werden von Befragten der Psychosoziale Arbeitskreis und der Arbeitskreis Jugendarbeit als wichtige Kooperationspartner für die sozialraumorientierte Arbeit des Quartiersmanagements hervorgehoben.

Jugendliche zu beteiligen wird von Experten zwar als wichtig, aber auch als sehr schwierig eingeschätzt. Um Jugendliche an sozialräumlichen Prozessen zu beteiligen, müssen deren Bedürfnisse und Handlungslogiken mit großer Sorgfalt in Betracht gezogen werden, und es ist unumgänglich für eine mehr als nur zufällige und einmalige Kooperation ein Minimum an Vertrauen zwischen den Projektakteuren und Jugendlichen oder Jugendgruppen zu stiften.

Auch die Erfahrungen mit der Beteiligung von Kindern in der Nordweststadt sind nicht im gewünschten Maße positiv. So hat eine erstmals durchgeführte Kinderanhörung nur eine schwache Beteiligung gebracht.

Ein Anknüpfungspunkt für die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in sozialräumliche Prozesse sind die Schulen und besonders die Schülermitverwaltung der integrierten Gesamtschule.

Nach Auffassung von Befragten lassen sich Bewohnerinnen und Bewohner nur in die soziale Stadtentwicklung einbeziehen, wenn sie über konkrete Projekte beteiligt werden. Die Ergebnisse dieser Projekte müssen nach Einschätzung der Experten für die Bewohnerschaft sichtbar und greifbar sein. Eher ideellen Vorhaben – wie die Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen im Allgemeinen – werden wenige Chancen auf Gegenliebe und aktive Beteiligung eingeräumt. Man darf bei einer solchen Unterscheidung aber nicht vergessen, dass der gewünschte Effekt einer ganzen Reihe von Projekten gerade darin bestehen sollte, dass jedes Projekt auch einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität leistet, die letztlich auch den sozialen Beziehungen insgesamt zu Gute kommen sollen.

Wünsche und Anregungen

1. Bewohner-Experten

- Eine stärkere Beteiligung von Bürgern an Entscheidungen im Gebiet ist wünschenswert.
- Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern durch die Quartiersmanagerin sollte mit Zeit und Engagement erfolgen.
- Aktivierung braucht Mobilisierungszeit für Bekanntmachung, Akzeptanz und Multiplikatoren mit Kontakt zu Jugendlichen.
- Der Ortsbeirat sollte direkt auf die Haushalte zugehen und um Unterstützung für bestimmte Projekte werben.
- Über Befragungen und Versammlungen können Menschen aktiviert werden.
- Es sollten abends öfter Bewohnerversammlungen gemacht werden.
- Die Bürger müssen über Mängel befragt werden.
- Die Bewohnerschaft muss für das Müllproblem sensibilisiert werden.
- Es sollten Menschen aktiviert werden, die sich als Spielplatzpaten engagieren.
- Das Projekt „Mama lernt Deutsch“ sollte im Projektgebiet durchgeführt werden.

2. Jugend-Experten

- Der Tauschring in der NW muss institutionell gefördert werden.
- Kulturelle Besonderheiten sollten wertgeschätzt werden.
- Eine Mieterbeteiligung wäre sinnvoll.
- Bürger brauchen Räume für die Kulturpflege.
- Räume sollte es auch für Moscheen geben.
- Man muss auf die Jugendlichen eingehen, an ihren Interessen anknüpfen, sie für ein kleines Entgelt oder eine Qualifikation engagieren.

3. Schul-Experten

- Eine nachmittagsbezogene Projektbegleitung wäre sinnvoll.

4. Professionelle Experten

- Es wird ein konkreter Verantwortlicher gebraucht. Dieser sollte als Ansprechpartner für die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohneinheiten und die Wohnungsbaugesellschaften dienen. Hierfür gebe es auch einen parteienübergreifenden Konsens.
- Es sollten Hausversammlungen zur Kontaktaufnahme durchgeführt werden.
- Die älteren Bewohnerinnen und Bewohner sollten nach ihren Wünschen gefragt werden.
- Die sozialen Einrichtungen im Wohngebiet könnten der Quartiersmanagerin als Kontaktstelle dienen.
- Die Quartiersmanagerin sollte mit den Hausmeistern und den Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten.
- Es wird mehr Zusammenarbeit zwischen der Bewohnerschaft, der Quartiersmanagerin und dem Stadtbezirksvorsteher benötigt. Die Vor-Ort-Präsenz durch ein „Concierge-System“ in den Hochhäusern zur Förderung von kleinräumlichen Identitäten wäre sinnvoll.
- Eine Elternschule sollte in Kooperation mit dem Kinderbüro eingeführt werden.
- Sozialpädagogische Erziehungshilfen sollten ausgeweitet werden.
- Ein niedrigschwelliger und von den Schulen unabhängiger Mittagstisch mit der Möglichkeit der Hausaufgabenbetreuung sollte angeboten werden.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

- Jugendliche könnten Einkäufe für ältere Bewohnerinnen und Bewohner machen.
- Jugendliche sollten über Sport aktiviert werden.

- Kinder könnten für ältere Nachbarn den Hund ausführen.
- Das Image der NW muss stabilisiert werden.

VI Gesamteinschätzung

1. Bewohner-Experten

In der Gesamteinschätzung der Entwicklungschancen und der möglichen Beiträge zur Entwicklung des Stadtteils durch die Bewohnerschaft steht die „Verbesserung“ des Zusammenlebens im Stadtteil im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wird gesagt, dass „die Mischung zwischen einheimischen und neuen Bürgern ausgewogener“ sein sollte. Insbesondere müsse „eine gesunde Mischung (in den Blöcken) zwischen Deutschen und Ausländern, sozial Schwachen und sozial Starken zustande kommen.“ Dies beinhaltet auch einen „Zwang zur Integration“, der mit der Vorstellung einer „positiven Wirkung auf die Hausordnung“ verbunden wird. Wenn keine „Prävention erfolge“ würde sich der Stadtteil „negativ“ entwickeln. Die Quartiersmanagerin und die Wohnungsbaugesellschaften sollten auf eine „ausgewogene Belegung“ der Wohnungen achten.

Speziell für die Jugendlichen „sollte etwas getan werden.“ Die Jugendarbeit im Stadtteil sollte „verbessert werden“. Der Psychosoziale Arbeitskreis bilde seit 2 Jahren einen „positiven Ansatz“ für die soziale Entwicklung des Stadtteils, hier bekomme man Informationen über „Probleme und Anliegen“ im Stadtteil.

Das Wohngebiet sei immer noch zu sehr auf seine Funktion als „Wohn- und Schlafstadt“ beschränkt.

Für eine Befragte verspreche vor allem die „Rentabilität“ des Nordwestzentrums eine „gute Zukunftsperspektive“ für den Stadtteil.

Von der Quartiersmanagerin erwarten befragte Bewohner-Experten, dass sie die Bewohnerschaft für die Möglichkeiten des Programms sensibilisiere und dass sie zusammen mit der Wohnungsbaugesellschaft etwas „gegen das Müllproblem“ unternehme.

Ein Bewohner-Experte sagt: „Ich sehe die Zukunft der Nordweststadt positiv... Bei der Stadt hat man erkannt, dass man so ein Gebiet nicht vernachlässigen darf. Das läuft nicht von selbst... In solch einem riesigen Wohngebiet haben viele gedacht, das regeneriert sich von selbst. Das war ein Irrglaube... Es gibt Leute, die sagen, wie kann man nur in der Nordweststadt wohnen. Es gibt bestimmt schönere Quartiere. Aber ich möchte nirgendwo anders wohnen.“

2. Jugend-Experten

In Hinsicht auf die Qualitäten und die Entwicklung des Stadtteils sei die Befriedigung der grundlegenden sozialen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zentral. Sie müssten erfüllt und stabilisiert werden. Der Ausbau des Jugendzentrums biete eine große Chance. Es seien nur wenige Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil, die „alles aufmischen, alle

Institutionen beschäftigen und daher die Gesellschaft teuer zu stehen kommen“. Es dürften vor allem keine Orte entstehen, an denen nur wirtschaftlich Benachteiligte leben. Das Ziel sei „eine ruhige Stadt“.

Für die Unterstützung der künftigen Stadtteilarbeit kann ein Jugendexperte sich vorstellen, dass die Einrichtung, die er repräsentiert, auf der Ebene von „Vermittlung und Steuerung“ Ressourcen zur Verfügung stellt. Von Seiten der Grundsatzabteilung des Jugend- und Sozialamtes wird geäußert, dass die Grundsatzabteilung für „konkret benannte Problemlagen Mittel bereit stellen, Projekte ins Leben rufen und Freie Träger mit der Realisierung“ beauftragen könne. Dies könne insbesondere dann der Fall sein, wenn es um das Nachholen von Schulabschlüssen gehe. Hier würde der Bedarf über die Nachfrage bei den Schulen ermittelt und für die Umsetzung eine Kooperation mit den Berufsschulen ermittelt werden. Im Falle von Schulverweigerung könne zum Beispiel das Internationale Jugendzentrum in der Bleichstraße eingeschaltet werden. Aufsuchende Sozialarbeit sei grundsätzlich ein sinnvolles Angebot. Allerdings müsse es auf Seiten der Zielgruppe der Jugendlichen auch eine gewisse Bereitschaft geben, ein solches Angebot anzunehmen.

Alle anderen Experten halten sich in der Frage eines Beitrags der eigenen Organisation zur Stadtteilentwicklung im Rahmen der Sozialen Stadt zurück.

Wohnungsbaugesellschaften und Quartiersmanagerin sollten besser auf Veränderungen in der Sozialstruktur des Wohngebietes achten. In Bezug auf Problemgruppen ist ein adäquates Handeln erforderlich. Von einem Jugend-Experten wird eine offene Zusammenarbeit mit der Quartiersmanagerin gewünscht. Von der Quartiersmanagerin wird erwartet, dass sie „Kontakte schafft“ und dabei hilft, zusammen mit den örtlichen Trägern finanzielle Unterstützung für die Jugendarbeit zu organisieren.

Von den befragten Jugend-Experten wird das Quartier durchweg als „positiv“ eingeschätzt.

3. Schul-Experten

Die Nordweststadt biete vom räumlichen Zuschnitt und von den Freiflächen her einige Möglichkeiten für die Entwicklung kultureller Aktivitäten. Die Gesamtschule könnte weit mehr in den Stadtteil hin ausrichten. Insbesondere böten die räumlichen Möglichkeiten der Schule eine weitere Öffnung in den Stadtteil hin an. Viele Ansätze der Schule seien in dieser Hinsicht allerdings in der Vergangenheit immer wieder fehlgeschlagen.

Im Rahmen der Stadtteilarbeit wird nach Ansicht eines Schul-Experten vor allem ein(e) Koordinator/in gebraucht, der/die Projekte zusammenführt und einen Überblick hat. Die Quartiersmanagerin sollte für ihre Arbeit Hilfe von den Wohnungsbaugesellschaften bekommen.

Insgesamt sei der Einsatz einer Quartiersmanagerin im Stadtteil „sehr sinnvoll“. Sie habe jedoch „zu wenige Stunden“. Die Kapazitäten des Quartiersmanagements „sollten ausgeweitet werden.“ Es sollten mehr Gelder und auch personale Unterstützung bereitgestellt werden.

Wichtig wäre auch eine Schulsozialarbeit an der Grundschule mit sozialpädagogischer Unterstützung, die auch mit anderen Projekten und Institutionen vernetzt werden könnte. Solche Fragen sollten im Psychosozialen Arbeitskreis ausdiskutiert werden.

4. Professionelle Experten

Der öffentliche Raum und seine Freiflächen werden als Ressource hervorgehoben. Insgesamt herrsche eine „entspannte Situation“. Mit einem verstärkten sozialen und kulturellen Angebot sollte eine Imageveränderung erreicht werden. Für das Leben außerhalb des Einkaufszentrums müsse mehr gemacht werden.

Bei der Wohnungsbelegung sollten nicht nur „die guten Mieter“ eine Chance bekommen, sondern auch Familien, die durch Räumungsklage ihre Wohnung verloren haben.

Die Wohnungsbaugesellschaften sollten das Wohnumfeld „ernster nehmen als bisher“. Wichtig sei, dass das Quartiersmanagement die Menschen dazu bringe, „selber etwas zu tun.“

Gut funktionierende Hausgemeinschaften sollten „nachgespielt werden“. Das Modell eines konkreten Verantwortlichen könne als Alternative zum Quartiersmanagement betrachtet werden. Der Beitrag des Ortsbeirates zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Nordweststadt bestehe darin, immer wieder neue Anträge zu schreiben. Dabei seien einige Beiträge sehr speziell, andere hätten überregionale Bedeutung.

Es wurde außerdem die Hoffnung geäußert, dass sich das Projekt Frankfurt – Soziale Stadt langfristig halten kann.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

Die architektonische Struktur des Quartiers biete wenige Veränderungsmöglichkeiten. Ein befragter Experte sagt, er glaube an das Potential des Quartiers und sei deswegen auch bereit, in das Quartier zu investieren. Natürlich müssten sich die Kosten für ein Wirtschaftsunternehmen rechnen. Weiter wird von Experten der Wohnungsbaugesellschaft geäußert, dass sich das Gebiet auch ohne das Projekt „Soziale Stadt“ erhalten könne. Dieses könne aber dennoch hilfreich sein, Netzwerke und Nachbarschaften anzuregen, indem es zum Beispiel als Vermittler zwischen Mietern und Vermietern tätig werde.

Eine Reihe von Angeboten für Jugendliche seien möglich. Dabei sei aber zu bedenken, dass ihre Realisierung hinsichtlich der finanziellen Mittel „problematisch“ sei. Die Angebote müssten grundsätzlich kostenlos sein, da den Jugendlichen keine finanziellen Mittel zur Verfügung stünden, und es müsste genug Personal vorhanden sein. Grundsätzlich sollten unterschiedliche Angebote gemacht werden, um die größtmögliche Anzahl von Jugendlichen zu erreichen. Die Angebote sollten veränderbar und nicht zu statisch sein. Im Vorfeld müsste genügend Personal zur Verfügung stehen, um die Jugendlichen durch szenennahe Arbeit zu erreichen.

Von der Quartiersmanagerin wird eine Verständigung über die „Zielrichtung“ erwartet. Diese herbeizuführen sei Aufgabe der Quartiersmanagerin. Eine gemeinsame Zielrichtung des Projekts sollte im Vorfeld zwischen den Wohnungsbaugesellschaften und dem Quartiersmanagement festgelegt werden. Insbesondere sollten dabei auch die Interessen und die Bedürfnisse der Jugendlichen „herausgefiltert“ werden. Es wird erwartet, dass eine Auseinandersetzung und Verständigung über Maßnahmen stattfindet, die ergriffen werden können, um das Quartier auf der sozialen Ebene zu festigen.

6. Resümee

Die Befragung hat gezeigt, dass die bauliche und städtebauliche Grundstruktur der Nordweststadt in der vorhandenen Konfiguration noch etliche Entwicklungspotentiale zu bieten hat, die mit sozialen und kulturellen Zielstellungen verbunden werden können. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass kein ernsthafter Veränderungs- oder Erneuerungsbedarf bei der städtebaulichen und baulichen Grundstruktur des Quartiers gesehen wird. Ebenso solide wie die städtebauliche und bauliche Struktur des Gebietes scheint auch der Wille der Befragten, die Nordweststadt als *ihren* Stadtteil zu betrachten. Es gibt keinen Befragten, der wegziehen möchte und viele befragte Bewohner-Experten unterstrichen, dass sie jederzeit wieder in die Nordweststadt ziehen würden.

Dem Nordwestzentrum wird noch Entwicklungspotential zugetraut und es wird von den Befragten in der Regel als Zentrum für die Erledigung des täglichen Bedarfs ebenso wie als Ort des schlichten Aufenthalts und der zwanglosen Kommunikation geschätzt. Das gilt sowohl für Erwachsene als auch jugendliche Bewohnerinnen und Bewohner. Wenn man die Nordweststadt auch kommerziell beleben will, wird man genau darauf achten müssen, welches Angebot eine Chance hat, neben der enormen Attraktion des Zentrums zu bestehen.

Mit dem Bau der Altenwohnanlage im Hamarskjöldring werden sich auch Potentiale für gewerbliche Nutzung und für die Nutzung von Gemeinbedarfsflächen durch die

Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers verbinden, die in der Perspektive der Stadtteilentwicklung berücksichtigt werden müssen.

Die Verbesserung des Zusammenlebens im Stadtteil hat für die Befragten einen hohen Stellenwert. Zunächst sehen Experten die Erreichung dieses Ziels in der Gewährleistung einer Bewohnerstruktur, die kulturell betrachtet nicht zu heterogen ist und sozial gesehen nicht zu viele wirtschaftlich benachteiligte Menschen an einem Ort konzentriert. Die Überlegungen zur Integration der unterschiedlichen sozialen und kulturellen Gruppen reichen von der Anerkennung und Wertschätzung der (Sub-) Kulturen bis hin zur Gleichsetzung von Integration mit der Durchsetzung der Hausordnung unter Anwendung von Zwang.

Als großes Manko des Stadtteils gilt vielen Befragten, dass der Stadtteil Jugendlichen wenig im Sinne einer traditionellen Integration in die Gesamtgesellschaft über Vereine und zielgruppengerechte Angebote zu bieten hat. Vieles Negative, was sich in Bezug auf die Jugendlichen artikuliert, hat aber wenig mit dem Stadtteil zu tun. Vielmehr geht es dabei um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen, wie z. B. den Mangel an Ausbildung und Beschäftigung oder die Frage der Integration von Einwanderern und heimischen Subkulturen in die Mehrheitsgesellschaft. In Bezug auf konkrete soziale Erfordernisse hat das Jugend- und Sozialamt signalisiert, dass es durchaus noch Spielraum für gezielte Interventionen etwa beim Nachholen von Schulabschlüssen gibt. Ebenfalls noch Potential dürfte in einer Entwicklung der Ernst-Reuter-Schule zur Stadtteilschule zu sehen sein. Da sowohl die räumlichen Gegebenheiten hierfür als günstig eingeschätzt, als auch der Wille der Schule zu einer solchen Entwicklung deutlich wird, bietet sich hier eine konkrete Aufgabenstellung von hohem Stellenwert für den Stadtteil an.

Vom Programm und dem Quartiersmanagement wird erwartet, dass sie zusammen mit weiteren Akteuren einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität des Zusammenlebens leisten, ebenso wie zur Verbesserung des Images des Stadtteils insgesamt. Besonders Experten der Wohnungsbaugesellschaften sehen eine wichtige Aufgabe des Quartiersmanagements darin, die zur Verfügung stehenden Projektmittel zielgenau einzusetzen, und das heißt vor allem, Ziele gemeinsam mit den Wohnungsbauakteuren und den sozialen Akteuren festzulegen und möglichst viele Zielgruppen in die Umsetzung von Projekten einzubinden. Eine weitere Aufgabe der Quartiersmanagerin besteht laut Expertenmeinung in der Aktivierung und Vernetzung der lokalen Akteure zur Verwirklichung gemeinsam festgelegter Ziele.

Sozialräumlich gesehen wird die Kunst letztlich darin bestehen, Menschen im Stadtteil davon zu überzeugen, dass es sich für sie lohnt, im Rahmen der „Sozialen Stadt“ aktiv zu werden und selbst etwas für ihren Stadtteil zu tun.

Wünsche und Anregungen

1. Bewohner-Experten

- Eine Verzahnung zwischen der Wohnungswirtschaft und dem Quartiersmanagement ist ganz wichtig.

2. Jugend-Experten

- Es werden Kommunikationsorte, die nicht institutionell bestimmt sind, gebraucht.
- Es sollte ein „Bürgercafé“ als niedrighschwellige Anlaufstelle geben.
- Altenarbeit ist besonders notwendig
- Die Raumproblematik sollte angegangen werden.

3. Schul-Experten

- In Vernetzungsfragen und in der Konzipierung von Projekten sollte der Psychosoziale Arbeitskreis eingebunden werden.
- Das Quartiersmanagement könnte versuchen, herauszufinden, was der tatsächliche politische Wille hinsichtlich der Chancen für benachteiligte Jugendliche sei.

4. Professionelle Experten

- Das Quartiersmanagement sollte die Bewohnerschaft anregen, einen gemeinsamen Verein oder eine Bürgerbewegung zu gründen.
- Die Quartiersmanagerin sollte regelmäßig an den Treffen des Psychosozialen Arbeitskreises teilnehmen.
- Die Quartiersmanagerin könnte gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften feste Termine für das Zusammentreffen aller beteiligten Akteure einrichten.

5. Experten der Wohnungsbaugesellschaften

- Die Bindung der Mieter an das Quartier sollte erhöht werden. Deshalb sollten auch Mieter angesprochen werden, die noch nicht so lange dort wohnen.
- Überlegungen zur Verwendung von Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ sollte das Quartiersmanagement gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften anstellen.
- Alle Akteure sollten sich gemeinsam an einen Runden Tisch begeben, Strukturen beleuchten und sich abstimmen, wer was übernehmen könne. Auch der Stadtbezirksvorsteher sollte einbezogen werden.

- Das Sozialrathaus sollte die professionelle Gemeinwesenarbeit (Streetwork) personell verstärken.

8. Handlungsempfehlungen

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen resultieren aus den Untersuchungsergebnissen auf der Basis stadtsoziologischer Erkenntnisse und Erfahrungen mit Projekten der Sozialen Stadt.

Sie sind ein **Diskussionsangebot** für alle Bewohnerinnen und Bewohner, für die Akteure im Quartier und für die kommunalpolitischen Entscheidungsträger.

Sie dienen als „Material“ für die **Profilierung eines Handlungskonzeptes** und als Grundlage der politischen Beschlussfassung.

Zur methodischen Herangehensweise ist vorzuschicken, dass die Erfolgsaussichten von Quartierspolitik begrenzt und abhängig sind von übergeordneten Rahmenbedingungen, Zuständigkeiten und Entwicklungen auf städtischer, auf Landes- und auf Bundesebene. Dies gilt im Prinzip für alle zentralen Handlungsfelder der Sozialen Stadt: Bildung, Migration, Beschäftigung.

Insofern ist die Reichweite von Maßnahmen auf Quartiersebene einerseits eingeschränkt; andererseits sind Wohnung und Wohnumfeld elementare Lebensbedingungen, individueller Aneignungsraum, Folie für soziales Lernen vor allem in Kindheit und Jugend und für Kommunikation und Interaktion.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass der enge Bezug auf den sog. Sozialraum der fachpolitischen Ausrichtung von Stadtplanung und Sozialpolitik zuwider läuft. Gerade diese Tatsache ist Anlass dafür, dass Vernetzung und Koordination der kommunalen Fachressorts gefordert werden und zweifellos sinnvoll sind im Zusammenhang mit der Sozialen Stadt.

I Wohnen und Lebensbedingungen

I.1 *Abbau der Überbelegung von Wohnungen*

Die Startchancen von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt werden entscheidend durch ihren Bildungsabschluss geprägt. Von befragten Experten, besonders aus Schule, aus Jugendhilfe und Kinderbetreuung wurde angesprochen, dass sich aufgrund der gegebenen sozialen und Arbeitsmarktverhältnisse die Situation der Jugendlichen und Kinder, v.a. in Familien mit Migrationshintergrund, die häufig in überbelegten Wohnungen leben, besonders negativ darstelle.

Aus sozial- und bildungspolitischer Sicht kann diese Situation so nicht hingenommen werden. Das Leben in überbelegten Wohnungen erhöht soziales

Konfliktpotenzial und trägt dazu bei, die Lebens-, Bildungs-, und Entwicklungschancen benachteiligter Gruppen weiter zu verschärfen. Eine Bedingung für schulischen Lernerfolg sind häusliche Verhältnisse, die ein konzentriertes Arbeitsmilieu für Schularbeiten und Hausaufgaben der Kinder und Jugendlichen zulassen. Deshalb müssen die Wohnungsbaugesellschaften ihr Wohnangebot an die Bedürfnisse auch größerer Familien anpassen. Hinzu kommt, dass Wohnungen und Hausflure den Bedürfnissen veränderter Lebensweisen entsprechen müssen. Hierzu gehören insbesondere: Trennung des Wohnraums für ältere und jüngere, weibliche und männliche Kinder, Trennung von Nasszellen und Toiletten und die Möglichkeit, z. B. das Schuhwerk außerhalb der Wohnung verstauen zu können.

In Hinblick auf die Angemessenheit der Wohnungsgröße wird empfohlen, hierfür geeignete Wohnungen zu vergrößern bzw. Wohneinheiten zusammenzulegen und eine langfristige Planung zu machen.

Zur Ausgestaltung des Wohnraums nach heutigen Wohn- und Lebensbedürfnissen sollte eine vertiefte Bewohnerbefragung in der Mieterschaft mit Migrationshintergrund durchgeführt werden.

Träger: Stadt Frankfurt am Main, Wohnungsbaugesellschaften.

Kooperationspartner: Quartiersmanagement, Freie Träger, Hochschule.

1.2 Vermeidung von Wohnungsverlust

Im Unterschied zu den Wohnungsunternehmen sehen Sozial-Professionelle den Wohnungsverlust bzw. drohenden Wohnungsverlust als ein gravierendes soziales Risiko im Quartier an und drängen auf Abhilfe.

Da zentrale Rahmenbedingungen wie der Herausfall aus der Mietpreisbindung, der Verkauf von Mietwohnungen an Private und das Einkommensniveau der Bewohner mit schlechtem Qualifikationsprofil, kaum durch lokale soziale Maßnahmen beeinflussbar sind, kann es sich nur um flankierende Beratung und Begleitung handeln.

Es empfiehlt sich, allein für eine soziale Bewältigung anhängiger Räumungsklagen, im Interesse der familiären Stabilität und in Anbetracht zunehmender Komplexität der Fälle, zusätzliche personelle Kapazitäten bereit zu stellen.

Darüber hinaus müsste mehr in präventive Budget- und Schuldnerberatung für private Haushalte investiert werden, je mehr die einzelnen Familien auf Selbstorganisation und -hilfe verwiesen sind.

1.3 Stabilisierung von Familien

Die innerfamiliären Verhältnisse vieler Familien werden von Sozial-Professionellen als instabil und bedrohlich für eine gedeihliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eingeschätzt: in finanzieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Hinsicht.

Es wird eine Art „Elternschule“ vorgeschlagen, die sich jedoch nicht nur, wie etwa das in mehreren Städten praktizierte HIPPY-Projekt, auf die Vorbereitung von Migrantenkindern und ihren Eltern auf die Schule beschränkt, sondern Haushalts-, Gesundheits- und Sozialberatung, auch für deutsche Familien, einschließt, ebenso wie den Umgang mit fremden Kulturen, um die Elternkompetenz nachhaltig zu stärken.

Die Ansätze, die dazu von Sozialrathaus und Kinderbüro bereits getätigt wurden, sollten unbedingt Unterstützung finden.

1.4 Integration von Migranten

Obwohl sie etwa ein Drittel der Bewohnerschaft ausmachen (mit steigender Tendenz) sind Migranten keine „sprechende Gruppe“ (oder Gruppen) im Quartier. Sie sind sichtbar, aber quartierspolitisch weitgehend stumm, weil aufgrund von Sprachbarrieren und kultureller Fremdheit wenig Kommunikation und Interaktion zwischen ihnen und v.a. alteingesessenen deutschen Bewohner besteht. Was sie möchten, was sie brauchen, und ob bzw. inwieweit sich desintegrative Tendenzen verstärken, ist nicht bekannt.

Auch die vorliegende Untersuchung konnte darüber nur wenig neue Erkenntnisse gewinnen und geht von den Erfahrungen in ähnlichen Quartieren aus: dass Migranten mit einheimischen Verlierern des Strukturwandels zusammen leben, sich Schwierigkeiten bei der Integration in ein fremdes Bildungssystem gegenüber sehen und zunehmend selbst von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Diese komplexen gesellschaftlichen Probleme können mit quartiersbezogenen, kurzzeitigen Projekten nicht gelöst, bestenfalls erträglicher gemacht werden.

Den Kontakt zu Gruppierungen von Migranten und ihren Netzwerken zu suchen, eine zweifellos sehr schwierige Aufgabe, sollte eine der vordringlichen Tätigkeiten des Quartiersmanagements in der nächsten Zeit sein. Gezielt sollte dies mit Blick auf die Verringerung von Konfliktpotenzialen im Quartier, auf die Verbesserung der sozialen Lage, v.a. auch im Interesse der im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligten Jugendlichen mit Migrationshintergrund, geschehen.

Initiative: Quartiersmanagement in Kooperation mit dem AmkA

Träger: Stadt Frankfurt, uU mit Delegation an Freie Träger der Sozialarbeit

Kooperationspartner: Vereine und Verbände der Migrationsarbeit und der interkulturellen Arbeit

1.5 Offensive Belegungspolitik

Keine der Strategien einer „ausgewogenen sozialen Mischung“ hat es bisher geschafft, gleichwertige Lebenschancen zu schaffen. Die häufig geforderte Orientierung an einer ausgewogenen sozialen bzw. ethnischen Mischung der Bewohnerschaft kann lediglich bewirken, Polarisierung und Extreme zu vermeiden. Dabei ist zu unterscheiden zwischen einer „ethnischen Homogenisierung“, die vielfältige stabilisierende Potentiale der Kommunikation und der nachbarschaftlichen Unterstützung enthält, und einer sozialen Kumulierung von Armut, die den gegenteiligen Effekt zeigt.

Da Kommune und Wohnungsbaugesellschaften offensichtlich eine abgestimmte Belegungspolitik in der Nordweststadt praktizieren, ist bei der geäußerten Unzufriedenheit mit dem sozialräumlichen Mischungsverhältnis auf anderer Ebene anzusetzen.

Aus den Interviews wird deutlich, dass Mieter sich bei Neueinzügen schlicht übergangen fühlen. Um der aus der Neubelegung von Wohnungen folgenden Unzufriedenheit entgegenzuarbeiten, sollten die Mieter in die Neubelegung von Wohnungen einbezogen werden. Auch für eine solche Vorgehensweise gibt es bereits Konzepte und praktische Erfahrungen von Wohnungsbaugesellschaften, die genutzt werden können. Im Prinzip geht es nicht um ein groß angelegtes System von (durchaus umstrittenen) Mieterbeiräten, sondern lediglich darum, die Sorgen der Altm Mieter aufzufangen und in einem kommunikativen Prozess die Kriterien einer qualifizierten Neubelegung transparent zu machen und zu vermitteln, dass auch andere als die eigenen

Wohnansprüche, sofern sie sich nicht gegen die geltende Gesetzeslage oder einschlägige Richtlinien wenden, berücksichtigt werden müssen (der allgemeine Verweis auf den sog. Frankfurter Vertrag, der den meisten Bewohnern nicht bekannt ist, reicht nicht aus). In diesem Prozess kann auch ein Kontakt zwischen Alt- und Neumieter gestiftet werden, so dass dem Eindruck, dass man nicht mehr wisse, wer jetzt im Hause wohnt und wer nicht, entgegengearbeitet werden kann. Grundsätzlich sollte die Kommune die – wenngleich begrenzte – politische Chance, die Belegung zu steuern, so lange wahrnehmen, wie sie den Zugriff auf den Wohnungsbestand hat.

Träger: Wohnungsamt, Wohnungsbaugesellschaften

Kooperationspartner: Quartiersmanagement

1.6 Abbau von Fehlbelegungen – begleitetes Umzugsmanagement

Es wird angesprochen, dass zunehmend ältere Menschen als Einzelpersonen in von ihnen nicht mehr voll genutzten, zu großen Wohnungen leben, während Familien in zu kleinen Wohnungen wohnen müssen.

Um eine bessere Verteilung des Wohnraums im Sinne der alten Menschen und der Familien zu erreichen, ist die Einrichtung eines Umzugs- und Betreuungsmanagements erforderlich. Diese beiden Elemente gehören in ihrer Kombination zusammen. Ein qualifiziertes Umzugsmanagement gestaltet den Umzug älterer Personen, indem es einmal die sachlichen Schritte wie Möbeltransport usw. übernimmt; zum anderen aber auch deutlich macht, dass es nicht darum geht, abgeschoben zu werden, sondern die mit einem Umzug in kleinere, den Möglichkeiten des Personenkreises besser entsprechenden Wohnungen verbundenen Vorteile zu nutzen. Außerdem betreut es die Umziehenden bei der Aneignung der neuen Wohnung und der Annäherung an ein (möglichst geringfügig) verändertes Wohnumfeld. Hier ist die Tatsache, dass in der Nordweststadt eine Altenwohnanlage entstehen wird, besonders zu berücksichtigen.

Träger: Stadt Frankfurt, Wohnungsbaugesellschaften, freier Altenhilfeträger

Kooperationspartner: Quartiersmanagement, fachwissenschaftliche Beratung

1.7 Einsatz von aufsuchenden Sozialhilfsdiensten

Da die Zahl der alten Menschen in den Wohnungsbeständen der Wohnungsbaugesellschaften nach allem, was durch die demographische Entwicklung

sichtbar wird, zunehmen wird, sollte ein kontinuierlicher Kontakt zu alten Menschen in den Wohnungsbeständen geknüpft und aufrechterhalten werden.

In Kooperation mit einem Altenhilfeträger sollten die Wohnungsbaugesellschaften einen sozialraumbezogenen (und eventuell gemeinsamen) aufsuchenden Sozialhilfsdienst im Stadtteil einrichten, mit dem Ziel, alte Menschen so zu begleiten, dass sie möglichst lange unabhängig bleiben können.

Hierfür gibt es bereits Konzepte, die es ermöglichen, Personen so zu qualifizieren, dass sie zu einer adäquaten Gesprächsführung mit alten Menschen in der Lage sind, körperliche und psychische Veränderungen der Personen wahrnehmen, ihnen Freizeitangebote nahe bringen können und damit Wege aus der Isolation weisen usw. Diese Aufgabe kann und sollte verbunden werden mit einem Qualifizierungsprojekt an den lokalen Schulen für Schulabgänger nach der 10.Klasse und/ oder eines Beschäftigungsträgers wie etwa der Werkstatt Frankfurt.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Altenhilfeträger

**Kooperationspartner: Stadt Frankfurt, Wohnungsbaugesellschaften
Altenverbände, Beschäftigungsträger, Schulen**

1.8 Preisgünstiges Angebot von Wohnungen für Jugendliche

Im Zusammenhang mit der Überbelegung von Wohnungen wurde angesprochen, dass Jugendliche aufgrund der sozialen Situation der Gesamtfamilien immer später ausziehen und diese Situation familiären Konfliktstoff liefere.

Da es bereits Erfahrungen mit der Vermietung von kleinen Wohnungen an Jugendliche im Sozialraum gibt, sollte geprüft werden, ob gezielt weitere Wohnungen für Jugendliche aus überbelegten Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können. Für diese Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen sollte in der Phase der Eingewöhnung eine Begleitung vorhanden sein, um den Übergang in diese Form der Selbständigkeit ohne gravierende Nachteile für die Jugendlichen selbst oder andere Mieter zu vollziehen. Die finanzielle Absicherung der Existenz der Jugendlichen erfolgt, falls kein ausreichendes eigenes Einkommen vorliegt, über die entsprechenden existenzsichernden Maßnahmen des SGB II.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Stadt Frankfurt, Wohnungsbaugesellschaften

Kooperationspartner: Jugendhilfeträger

1.9 Haus- und Siedlungsbetreuer

Je höher die Anzahl von Haushalten in einem Gebäude, umso drängender wird nach mehr Übersichtlichkeit und Sicherheitsvorkehrungen gefragt.

Einige Wohnungsunternehmen haben Hausmeister, andere Haus- und Siedlungsbetreuer. Die bisherigen Erfahrungen mit quartiersbezogenen Mediatoren sprechen nicht dafür, dieses Modell zu empfehlen.

Es wird vorgeschlagen, dass sich die Wohnungsunternehmen über ein gemeinsames stadtteilbezogenes System der Haus- und Siedlungsbetreuung verständigen. Dieses sollte den Überblick über die Siedlung haben, Ansprechpartner sein für unmittelbare Wohnungsfragen und Vermittler, ggf. Schlichter bei nachbarschaftlichen Differenzen.

Ein derart abgestimmtes Verfahren wäre nicht nur transparent für die Bewohner jenseits der zeitraubenden Klärung von Zuständigkeiten, sondern zweifellos auch effizient für die Unternehmen, und nicht zuletzt hätte es beschäftigungspolitische Effekte, weil es Arbeitsplätze schafft.

Initiative: Quartiersmanagement in Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen

Trägerschaft: Wohnungsunternehmen

Kooperationspartner: Beschäftigungs-Träger, Bundesagentur für Arbeit

II Städtebauliche Stabilisierung

II.1 Erneuerung der Spielplätze im Quartier unter Beteiligung der Zielgruppen

Zustand und Ausstattung der Spielplätze im Quartier wird von den befragten Experten als mangelhaft bezeichnet.

Die in den Wohnbereichen des Quartiers liegenden Spielplätze sollten erneuert und mit Spielgeräten ausgestattet werden. Für diese Maßnahme ist auf die positiven Erfahrungen in früheren Quartieren des kommunalen Programms zu rekurrieren. Insbesondere ist die Beteiligung der Zielgruppen sicherzustellen, um einerseits zu einem adäquaten Angebot und andererseits zu einer Identifikation der Zielgruppen mit den sanierten Plätzen zu kommen. Für die

Durchführung der Maßnahmen stehen in der Region eine Reihe von qualifizierten Landschaftsplanungsbüros und Aktivierungsträgern zur Verfügung, die mittlerweile eine reichhaltige Erfahrung mit der Beteiligung der Zielgruppen an Planungs-, und Umsetzungsprozessen gesammelt haben. Für die nachhaltige Sicherung und Pflege dieser Freizeitflächen sollte das anderswo bereits erfolgreich praktizierte Modell von Patenschaften versucht werden.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Wohnungsbaugesellschaften

Kooperation: Landschaftsplanungsbüro, Aktivierungs-, und Gestaltungsträger

II.2 Erneuerung des Martin-Luther-King-Parks unter Beteiligung der Zielgruppen

Der Martin-Luther-King-Park wird von befragten Experten als positiv besetzter Ort wahrgenommen. Da der Park ein hohes Entwicklungspotential aufweist, das für alle Altersgruppen entwickelt werden kann, sollte ihm in der Verbesserung der städtebaulichen Attraktivität des gesamten Quartiers ein entsprechender Stellenwert zugemessen werden. Insbesondere sollte seine weitere Entwicklung mit der Aktivierung und Verantwortungsübernahme durch die Zielgruppen und die Bürgerschaft insgesamt einhergehen.

Der Martin-Luther-King-Park sollte entsprechend der in den Interviews angesprochenen Mängel im Rahmen der Gesamt-Konzeption für das Quartier entwickelt werden. Das bedeutet insbesondere, dass es hier Raum für Kinder, Familien, Jugendliche, alte Menschen und für unterschiedliche kulturelle Orientierungen geben sollte. Um die Nachhaltigkeit eines solchen Konzeptes zu gewährleisten und um die Identifikation der Zielgruppen mit dem Stadtteil zu fördern, ist eine sehr differenzierte Vorgehensweise erforderlich. Zunächst müssen bereits an den Überlegungen für ein Gesamt-Handlungskonzept die unterschiedlichen Zielgruppen in zielgruppenadäquater Weise beteiligt werden. Für eine Organisationsform und Nutzungsstruktur, die in der Lage sind, unterschiedliche Interessen dauerhaft zu vereinbaren, wird empfohlen, einen Verein von interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu gründen, der sich die Gestaltung und Entwicklung des Parks zum Ziel setzt. Ein solcher Verein sollte nicht nur von Einzelpersonen, sondern auch von sozialen Einrichtungen, Bildungsinstitutionen und Wohnungsbaugesellschaften getragen werden. vertreten sein. Eine Aufgabe des Vereins wird es sein, private Sponsoren für

die Unterstützung von Unterhaltung und Pflege des Parks zu interessieren. In den ersten Jahren kann das Quartiersmanagement den Prozess von Umgestaltung und nachhaltiger Sicherung begleiten.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Stadt Frankfurt

Kooperationspartner: Wohnungsbaugesellschaften, Landschaftsplanungsbüro, Aktivierungs- und Gestaltungsträger, lokale Arbeitskreise, Bildungs-, Jugend-, und Erziehungsträger, Nordwestzentrum (Nortrag)

II.3 Ordnung der Parkierungsflächen

Sowohl Bewohner- als auch andere Experten haben darauf hingewiesen, dass die Parkplatzsituation insbesondere in der Umgebung des Nordwestzentrums sehr angespannt ist, seitdem es aufgewertet und für Einkäufer aus der Region zunehmend attraktiv geworden ist. Erste Anstrengungen zur Neuordnung der Parkierung werden unternommen.

Für die Bereiche in der Nordweststadt, in denen ein Parkplatzmangel reklamiert wird, sollten die Gründe für diesen Mangel durch systematische Beobachtung ermittelt werden. In einem zweiten Schritt sollte versucht werden, durch Neuordnung/ Neuorganisation der Parkierungsfläche Verbesserungen zu erreichen. Falls diese Maßnahmen nicht genügen, sollte ein Anwohnerparken in Betracht gezogen werden, das die vorhandenen Parkmöglichkeiten nach Uhrzeit und Status (Bewohner oder Gast) in angemessener Weise regelt.

Träger: Wohnungsbaugesellschaften

II.4 Verbesserung des Sicherheitsgefühls

Häufig wurden im Rahmen der Interviews Beeinträchtigungen des subjektiven Sicherheitsempfindens verbunden mit städtebaulichen Gegebenheiten und dem provozierenden Auftreten von Jugendlichen angesprochen.

Es wird angeregt, einen Atlas zu erstellen, in dem die Angsträume im Quartier ermittelt und kartiert und die Unsicherheitsfaktoren vermerkt werden. Auf der Basis einer entsprechenden Dokumentation sollten die Stadt und die Wohnungsbaugesellschaften gemeinsam Maßnahmen ergreifen, die die

markierten Angsträume entschärfen und so zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens beitragen.

Ein solches Projekt sollte vorbereitet werden durch gezielte Begehungen mit Gruppen, die sich besonders unsicher fühlen wie Mädchen, junge Frauen und ältere Menschen. Auch die Durchführung sollte unter Beteiligung interessierter Bewohnerinnen und Bewohner erfolgen.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Stadt Frankfurt, Wohnungsbaugesellschaften

Kooperationspartner: Hochschule, lokale Einrichtungen

II.4 Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen

Kurzfristig können eine Reihe von kleineren Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit Stadtteil eingeleitet werden – und zwar sinnvollerweise unter Beteiligung von Betroffenen.

Als einen ersten Schritt könnten die Wohnungsbaugesellschaften und die Kommune kurzfristig kleine Einzelmaßnahmen in Angriff nehmen, wie z.B. eine bessere Beleuchtung und den Rückschnitt von Büschen und Hecken.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Stadt Frankfurt, Wohnungsbaugesellschaften

Kooperationspartner: Planungsbüro mit Aktivierungserfahrung

II.5 Verbesserung schadhafter Fußwege

Mehrfach wurde die Schadhaftigkeit von Fußwegen in der Nordweststadt kritisiert.

Das Quartiersmanagement sollte im Rahmen von Begehungen mit Bewohnern die notorischen Orte mit schadhaftem Bodenbelag feststellen, die Zuständigkeit für eine Erneuerung herausfinden und bei den Verantwortlichen auf eine Erneuerung hinwirken.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Stadt Frankfurt, Wohnungsbaugesellschaften

III Soziales und kulturelles Leben

III.1 *Entwicklung der Ernst-Reuter-Schule zur Stadtteilschule*

Von Experten werden die Bedingungen für eine Öffnung der *Ernst-Reuter-Schule* zum Stadtteil hin als gut eingeschätzt. Die Schule selbst signalisiert hierzu ihre Bereitschaft. Besondere Bedeutung bekommt eine solche Entwicklung durch den vielfach angeführten Mangel an Betreuung, an Möglichkeiten für Jugendliche und an kulturellen Angeboten im Stadtteil.

Es wird daher empfohlen, die Ernst-Reuter-Schule zur Stadtteilschule weiterzuentwickeln und durch diese Maßnahme das Angebot für Jugendliche im Betreuungs- und kulturellen Bereich zu verbessern. Auch sollten die Räumlichkeiten in unterrichtsfreien Zeiten für Erwachsenenbildung, Theater und andere kulturelle Veranstaltungen genutzt werden – die Bereitschaft der Schule dafür ist ausdrücklich artikuliert worden.

Initiative: Quartiersmanagement gemeinsam mit der Ernst-Reuter-Schule

Träger: Kultusministerium Hessen, Stadt Frankfurt, Ernst-Reuter-Schule

Kooperationspartner: Träger der Jugendhilfe

III.2 *Angebot eines Mittagstisches in Verbindung mit einer Hausaufgabenhilfe*

Im Rahmen der Befragung wurde angeregt, außerhalb der Schule ein Angebot zu schaffen, das einen Mittagstisch mit der Möglichkeit für jugendliche Schüler verbindet, ihre Hausaufgaben in einer niedrigschwelligen, lernfreundlichen Umgebung zu machen.

Drei Faktoren der Lebenszusammenhänge benachteiligter Jugendlicher sollen in einem Konzept berücksichtigt werden: die beengte Wohnsituation, in der ein ungestörtes Lernen stark behindert oder verunmöglicht wird; die Aufhebung eines Lernzwangs, wie er vielfach durch den schulischen Rahmen erzeugt wird; die oft unzureichende Versorgung der Jugendlichen mit einer gesunden Ernährung in der Familie.

Um diese Aspekte zusammenzuführen, sollte ein schulunabhängiges Angebot für Schüler gemacht werden, das Mittagstisch und die Möglichkeit, Hausaufgaben zu machen, miteinander verbindet.

Initiative: Quartiersmanagement in Kooperation mit dem Sozialrathaus

Träger: Freie Träger der offenen Jugendarbeit, Stadt Frankfurt

Kooperationspartner: Wohnungsbaugesellschaften, Schulen

III.3 Überprüfung der Versorgung von Kleinkindern

Mehrfach wurde von Experten darauf hingewiesen, dass die Versorgung im Kleinkindbereich (v.a. bis zum Alter von 3 Jahren) durch öffentliche und kirchliche Angebote nicht den Bedarf an flexibler teilzeit- und Ganztags-Betreuung decke.

Diese Einschätzung sollte sozialplanerisch überprüft und im Falle einer Bestätigung Abhilfe geschaffen werden.

Träger: Stadt Frankfurt

III.4 Überprüfung der kommunalen Angebote für Jugendliche im Stadtteil

Neben den allgemeinen Anmerkungen, dass es für Jugendliche im Stadtteil zu wenig Angebote gebe und dass eine generelle Aufwertung der Jugendhilfe notwendig sei zur Verbesserung der kontinuierlichen Daseins-Vorsorge, wird immer wieder darauf hingewiesen, dass eine aufsuchende Jugendarbeit fehle. Zugleich wecken Erfahrungen aus Projektgebieten des Bund-Länder-Programms die Hoffnung, dass Investitionen in Kinder und Jugendliche schnelle, spürbare Erfolge zeigen.

Die Lücken sind grundsätzlich erkannt (Jugendhilfeplanung 2004); dennoch scheinen die Bedarfserhebungen zu sehr quantitativ, die vorhandenen Ressourcen zu undifferenziert und die Vorschläge für neue Angebote zu unspezifisch angelegt zu sein. Mädchen z.B., die in bundesdeutschen Untersuchungen häufig als Zielgruppe mit spezifischen Belangen ausgemacht werden, sind geradezu unsichtbar in den bisherigen Untersuchungen in der Nordweststadt gewesen.

In Ergänzung zur Jugendhilfeplanung von 2004 sollten die Ergebnisse der Befragung von Kindern und Jugendlichen zu ihrem Freizeitverhalten (sie werden voraussichtlich Ende 2005 veröffentlicht) ausgewertet werden. Dabei scheint es wichtig zu sein:

- vor allem qualitative Indikatoren und nicht statistische Durchschnittswerte zum Maßstab der Bereitstellung von Angeboten zu machen,
- die Jugendlichen selbst an der Planung und Umsetzung zu beteiligen.

Als konkretes, kurzfristig zu beginnendes Projekt sollte die Installation einer aufsuchenden Jugendarbeit als gezielte Maßnahme im Kontext des Programms „Soziale Stadt“ (in Hinblick auf die Einbindung der Jugendlichen in den Prozess) geprüft werden (Streetwork). Offene Jugendarbeit, Straßen- und

Stabilisierungsprojekte bereiten den Boden für Qualifizierungsprojekte (Bundesamt für Raumordnung, Zwischenbilanzierung, 164).

Vor allem der vielfach angemahnten Schaffung von legalen, niedrighschwelligen Rückzugsräumen und Betätigungsmöglichkeiten für Jugendliche im Quartier – unter Einbeziehung der Zielgruppe und der möglicherweise tangierten Anwohner – würde eine solche Maßnahme entgegenkommen, den Prozess der Stabilisierung im Quartier qualifizieren und den Jugendlichen unmittelbar zugute kommen. Zudem könnte sie dazu beitragen, differenzierte Erkenntnisse über die Bedürfnisse, die Aktivierungsbereitschaft und die tatsächlichen Ressourcen der Jugendlichen zu gewinnen.

In der weiteren Arbeit des Quartiersmanagements ist auch zu prüfen, welchen gezielten Handlungsbedarf für und mit Mädchen es gibt. Dazu sollten schulische Zusammenhänge und informelle Treffs, etwa im Nordwestzentrum, als Anknüpfungspunkt gewählt werden.

Träger: Stadt Frankfurt

Kooperationspartner: Wohnungsbaugesellschaften, Jugendhilfeträger, Beschäftigungsträger, Quartiersmanagement

III.5 Schaffung von Treffmöglichkeiten für Bewohner mit wenig Kontakt in die Nachbarschaft unter Beteiligung der Zielgruppe

Gerade alteingesessene Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils macht der Wandel der Sozialstruktur zu schaffen.

Für diese Bewohnergruppe sollte gezielt ein Angebot geschaffen werden.

Dabei könnte es sich um einen Seniorenmittagstisch verbunden mit weiteren Angeboten handeln: ein Ort, wo man zwanglos hingehen und Leute treffen kann. Es sollte geprüft werden, inwieweit Räume im Titus-Forum besser und finanziell vertretbar dafür genutzt werden können. Auch die von der GWH geplante Altenwohnanlage könnte im Erdgeschoss einen offenen Kommunikationsbereich, evtl. mit Café, vorsehen.

Die Entwicklung eines solchen Angebotes erfordert offensives, aktivierendes Zugehen auf die Zielgruppe. Möglichkeiten zur Beteiligung von Bewohnern an Organisation und Ablauf sollten – als freies Angebot - vorgesehen werden.

Träger: Stadt Frankfurt, Quartiersmanagement

Kooperationspartner: Kirchen, Wohnungsbaugesellschaften, Altenhilfeträger

III.6 Einkaufshilfen für ältere Personen

Einige Experten weisen darauf hin, dass die zunehmende Konzentration der Versorgung des Stadtteils innerhalb des Nordwestzentrums für ältere Bewohner Probleme bei der Organisierung des täglichen Bedarfs mit sich bringt. Deshalb sollte Bewohnerinnen und Bewohner mit Mobilitätseinschränkungen Einkaufshilfen angeboten werden.

Ein solches Angebot sollte in einem Informationsblatt mit hoher Auflage zusammengefasst (von Lebensmittellieferungen, über Einkaufsdienste der Kirchen und von sozialen Einrichtungen bis hin zu hauswirtschaftlichen Dienstleistungen) und mehrsprachig in ausreichender Auflage an Seniorenhaushalte verteilt werden.

Das Informationsblatt sollte mit einem Abschnitt versehen sein, in den die Haushalte weitere Bedarfe eintragen können. Die auf diese Weise angemeldeten Bedarfe sollten durch einen lokalen Akteur ausgewertet und durch entsprechende Maßnahmen bzw. Angebote gedeckt werden. Betreiber vorhandener Dienstleistungsbetriebe sollten zur Kooperation motiviert werden.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Kirchen oder andere Freie Träger

Kooperationspartner: Geschäfte und Betriebe im Nordwestzentrum, die Dienstleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs anbieten

IV Lokale Wirtschaft, Ausbildung, Beschäftigung

Diese Felder können grundsätzlich nicht quartiers- oder stadtteilgebunden bearbeitet werden. Dennoch sind flankierend Einzelprojekte auf Quartiersebene sinnvoll.

IV.1 Jugendberufshilfe

Bildungsabschlüsse sind nach wie vor zentrale Bedingung für die Zuteilung von Lebenschancen.

Jugendliche ohne oder mit schlechtem Schulabschluss in der Nordweststadt (nicht nur dort!) sind zusätzlich benachteiligt: es gibt nur wenige Freizeitangebote für sie in der Nordweststadt, die offene Jugendarbeit leidet unter Sparzwängen; attraktive Freizeitbeschäftigungen sind zu teuer oder zu weit weg. Eigenständig einen Ausbildungsplatz oder eine Beschäftigung zu finden ist für diese Jugendlichen praktisch aussichtslos. Auch die Zugangsbarrieren zu den lokalen Agenturen für Arbeit und zu den Jobcentern sind für viele von ihnen zu hoch.

Es wird dringend empfohlen, die eigenen kommunalen Anstrengungen zur Vermittlung von Schulabschlüssen und zur Berufsfindung zu verstärken, in enger Kooperation mit den Schulen und mit der Bundesagentur für Arbeit. Es sollte möglich sein, dass auch junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren, die noch keine berufliche Perspektive haben, einbezogen werden. Das kann nicht bedeuten, Aufgaben anderer Institutionen zu kommunalisieren; vielmehr geht es darum, diese Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt hinein zu begleiten: Motivierung, Stabilisierung und Aktivierung für ihre eigene Zukunft. In den Beratungsstellen und Jugendclubs müsste deutlich mehr Kapazität für persönliche Beratung und Begleitung zu Jobcentern, zu Ausbildungsinstitutionen und zu potenziellen Arbeitgeber(organisationen) vorgehalten werden, wenn verhindert werden soll, dass sich eine perspektivlose „Parallelgesellschaft“ festsetzt (das ist kein spez. Problem der Nordweststadt!), notfalls zu Lasten von Versorgungsanteilen.

Der Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist besondere Beachtung zu schenken.

Das Quartiersmanagement kann dabei initiierende und vernetzende Funktionen übernehmen und die Notwendigkeit verlässlicher Investition in dieses Feld begründen.

Initiative: Quartiersmanagement in Zusammenarbeit mit dem Sozialrathaus und den Schulen

Träger: Sozialrathaus, Ambulante Kinder- und Jugendhilfe

Kooperationspartner: AmKA, Schulen, Bundesagentur für Arbeit, lokale Beschäftigungsträger, IHK, Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft

IV.2 Patenschaften für Ausbildung

Für Förderung von Jugendlichen bei der Berufsentscheidung und Ausbildungsplatzsuche, für die Nutzung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potentiale und die Stärkung lokaler Selbsthilfe, für die Aktivierung von Menschen in Rente, Pension oder im Erziehungsurlaub und als Beitrag zur generationenübergreifenden Solidarität wird von Befragten ein Projekt angeregt, dass die Bedarfe von Jugendlichen und die Potentiale von alten Menschen berücksichtigt.

Jugendliche, die noch keine Berufsperspektive für sich finden konnten, Schwierigkeiten mit Bewerbungen, Bewerbungsgesprächen und insbesondere

mit der Findung eines Ausbildungsplatzes haben, sollten durch sogenannte Paten bei der Ausbildungsplatzsuche unterstützt werden.

Als Paten für diese Aufgabe sind besonders Menschen geeignet, die nicht mehr im aktiven Berufsleben stehen oder aus bestimmten Gründen im Moment keine berufliche Tätigkeit ausüben (z.B. Erziehungsurlaub). Die Beziehung der Paten zu ihren (ehemaligen) Arbeitsstätten und Berufsfeldern können für die Jugendlichen eine wichtige Unterstützung bei ihrer Berufs- und Stellenfindung darstellen.

Das Projekt sollte auch gezielt als substantieller Beitrag zur Schaffung eines besseren Verständnisses und Verhältnisses zwischen den Generationen begriffen werden. Da sich dieses Konzept bereits andernorts bewährt hat, sollte auf die Erfahrungen entsprechender Institutionen zurückgegriffen werden.

Initiative: Quartiersmanagement

Träger: Freie Träger, Kirchliche Verbände

Kooperationspartner: Privatwirtschaftliche Netzwerke, Kammern, Stadt Frankfurt, Seniorenbeirat, Schulen

IV.3 Beschäftigung in der Nordweststadt

Sowohl die überörtliche Ausrichtung des Arbeitsmarktes als auch das begrenzte Beschäftigungsspektrum in der Nordweststadt lassen das Handlungsfeld „Lokale Ökonomie“ als Entwicklungsfaktor für die Chancen junger Menschen in den Hintergrund treten.

Bei hilfreichen Projekten, die lediglich einen Bruchteil der Jugendlichen erreichen werden, sollte nicht versäumt werden, bei den ansässigen Gewerbetreibenden und Dienstleistern gezielt für die Einstellung von Auszubildenden aus dem Stadtteil zu werben.

Diese Werbe- und Vermittlungsfunktion kann sinnvollerweise vom Quartiersmanagement übernommen werden, ebenso wie die Suche nach Beschäftigungsträgern in der Stadt Frankfurt, die in der Lage sind, Jugendliche aus der Nordweststadt zu qualifizieren.

Auch sollte das Quartiersmanagement prüfen, ob es im Quartier selbst geeignete Räumlichkeiten gibt, die sich anbieten für ein Qualifizierungsprojekt. Mit einer solchen Initiative könnte ein Signal gesetzt werden gegen Perspektivlosigkeit.

Allerdings sollte die vorrangige Perspektive die Integration der Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt bleiben.

Initiative: Quartiersmanagement in Zusammenarbeit mit den Schulen

Träger: Bildungs- und Beschäftigungsträger

Kooperationspartner: Bundesagentur für Arbeit, Ambulante Kinder- und Jugendhilfe, Schulsozialarbeit

V Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner

V.1 Koordination des sozialraumorientierten Entwicklungsprozesses

Über die bei den einzelnen Handlungsfeldern bereits dargestellten Aspekte von Aktivierung und Beteiligung hinaus ist im Hinblick auf die Vernetzung, auf die Nachhaltigkeit der einzelnen Projekte und Initiativen sowie auf die Qualitätssicherung des Prozesses und seiner Ergebnisse ein Instrument zur Planung und Steuerung der Umsetzung des Handlungskonzeptes sinnvoll. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ haben sich z. B. sog. Runde Tische besonders bewährt.

Das Quartiersmanagement sollte einen solchen Runden Tisch initiieren, der unter mit kontinuierlicher Moderation diejenigen Bewohnerinnen und Bewohner und Einrichtungen an einem konstruktiven Kommunikationsprozess beteiligt, die bereit sind, sich für Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil einzusetzen.

Dafür sollte kein neues Gremium geschaffen werden, sondern dieser Runde Tisch sollte sich als Arbeitsgruppe innerhalb des PSAK verstehen, in dem bereits die maßgeblichen Akteure der Nordweststadt, einschließlich kommunalpolitischer Vertreter mitarbeiten. Wichtige Erfolgsbedingung ist es – um Illusionen und Frustrationen zu vermeiden – die Ziele, Aufgaben, Zuständigkeiten und Kooperationsbeziehungen dieser Arbeitsgruppe im Rahmen des Projektes Soziale Stadt klar zu formulieren und ihre Reichweite und Durchsetzungschancen bereits im Vorfeld realistisch einzuschätzen.

Initiative und Träger: Quartiersmanagement in Zusammenarbeit mit dem PSAK

Kooperationspartner: Stadt Frankfurt, Ortsbeirat, Stadtbezirksvorsteher, Sozialbezirksvorsteher, Wohnungsbaugesellschaften, Akteure im Quartier und im Stadtteil

V.2 Gründung eines Vereins zur Begleitung, Pflege und Entwicklung des Martin-Luther-King-Parks

Für eine stabile und nachhaltige zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Gestaltung und Entwicklung des Sozialraums bedarf es einer nachhaltigen Struktur, die die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern bündelt und einen kontinuierlichen Verständigungsprozess sicherstellt. Für diese Aufgabe wird üblicherweise ein Verein gegründet.

Es wird empfohlen, im Verlauf des Projektes „Soziale Stadt“ die Gründung eines Vereins zu prüfen, dessen Zwecksetzung die Erneuerung, die Gestaltung und die Pflege des Martin-Luther-King-Parks ist, damit die Anzahl und Größe der damit verbundenen Aufgaben die bürgerschaftlichen Ressourcen nicht überfordert. Im Interesse des Imagegewinns für den ganzen Stadtteil sollte hierbei von vornherein die Kooperation wichtiger Einrichtungen und Gruppierungen im Stadtteil sichergestellt werden.

Initiative: Quartiersmanagement in Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat

Träger: Bürger und lokale Einrichtungen

Kooperationspartner: Private Sponsoren (NWZ), Stadt Frankfurt, Wohnungsbaugesellschaften, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Freie Verbände

V.3 Partizipation von Bewohnerinnen und Bewohnern

Mehr als ein Drittel der befragten Bewohner hat sich bereit erklärt, aktiv zu werden im Quartier. Es sind dies überwiegend langjährig dort Wohnende, die ein Interesse an Kommunikation, kulturellen Aktivitäten und nachbarschaftlichen Kontakten haben.

Es wird empfohlen, dass das Quartiersmanagement mit diesen Personen erneut Kontakt aufnimmt, um erste sichtbare Projekte mit ihnen gemeinsam zu entwickeln, die Orientierung für die Aktivierung weiterer Bewohner sein können.

Es wird darauf zu achten sein, Handlungsbereiche auszuwählen, in denen sich die Beteiligten wieder finden, die zeitlich überschaubar, lohnend für sie und mit einer realistischen Durchsetzungschance versehen sind.

VI Rolle des Quartiersmanagements

Hauptaufgabe des Quartiersmanagements wird es sein, die verschiedenen Einzelprojekte und -maßnahmen zu koordinieren nach dem Muster des Bund-Länder-Programms im Sinne eines integrierten Handlungsprogramms, allerdings konzentriert auf den spezifischen thematischen, organisatorischen und personellen Zuschnitt des Frankfurter Programms.

Die Erfahrungen mit dem Bund-Länder-Programm lassen hilfreiche Hinweise für die Ausgestaltung und Formatierung des Quartiersmanagement zu (Bundesamt für Bauwesen, Zwischenbilanzierung 2004). Es ist darauf zu achten, dass:

- die Menge der Einzelprojekte, die das Quartiersmanagement zu initiieren, zu begleiten, zu koordinieren und durchzuführen hat, bewältigbar bleibt;
- das Quartiersmanagement sich nicht in Einzelaktionismus verliert, sondern seine zentralen Funktionen wahrnehmen kann: anstoßen, aktivieren, vermitteln und vernetzen – im Rahmen des begrenzten Kompetenz-, Zeit- und Finanzbudgets,
- die einzelnen Projekte sich nicht verselbständigen, sondern Teil des Gesamthandlungskonzepts mit kurz- und mittelfristigen Zielen und Maßnahmen sind,
- bei den einzelnen Projekte und beim Gesamtkonzept nicht nur auf den Quartiersbezug geachtet wird, sondern auch auf den Stadtteilkontext und die Einordnung in die Stadtentwicklung insgesamt,
- die übergeordneten, kommunal wenig oder gar nicht zu beeinflussenden Rahmenbedingungen deutlich gemacht werden,
- diejenigen, die in und mit den eingeleiteten Änderungen leben sollen – und dies zunehmend eigenverantwortlich (in „selbsttragenden Strukturen“) – die Chance haben, an Planung und Durchführung der Einzelprojekte und des Gesamtkonzepts zu partizipieren,
- die Ergebnisse vorliegender Studien ausgewertet und erfolgversprechende Ansätze zukunftsweisender Quartiersentwicklung weitergeführt werden.

Diese Klarheit und Transparenz vermeidet nicht nur permanente Arbeitsüberlastung und Frustration, sondern lässt eine realistische Einschätzung der Reichweite der Sozialen Stadt zu und erhöht die Partizipationsbereitschaft von Bewohnerinnen und Bewohnern und professionellen Akteuren im Quartier.

Es gilt, realistische Erwartungen an das Quartiersmanagement zu richten und nicht auf die „Eier-legende-Wollmilch-Sau“ zu setzen.

Quartiersmanagement ist weder Kummerkasten, Harmonisierungsinstanz noch Blitzableiter für mangelnde Aktivität zuständiger Akteure im Quartier, sondern ein Instrument zur Initiierung und Koordinierung von Projekten, zur Bündelung von Ressourcen, zur Bildung strategischer Allianzen zur Umsetzung begrenzter, gezielter Handlungskonzepte unter der Voraussetzung, dass die Akteure, die das „Geschäft“ vor Ort auch langfristig „betreiben“ müssen, zur Kooperation bereit sind.

Fachlich kompetente Soziale Arbeit kann das Quartiersmanagement unterstützende Angebote machen, um Räume lebenswert zu gestalten. Sie kann Lebenslagen analysieren und Wege aufzeigen zur Verbesserung von Zugangschancen zu sozialen Dienstleistungen und Mobilitätsbedürfnisse unterstützen, indem sie Brücken aus dem Quartier hinaus schlägt zu anderen Lebensbereichen und Stadtteilen im Sinne einer ganzheitlichen, nachhaltigen Stadtentwicklung.

Nur so kann verhindert werden, dass einerseits eine zwanghafte kleinparzellige Gemeinschaftlichkeit propagiert wird, die letztlich dazu führen würde, dass die Armen unter sich bleiben. Und nur so können chancengleiche Zugänge zu Bildung, Beruf und Beschäftigung, zu Wohnungs- und Arbeitsmarkt eröffnet werden.

VII Anregungen an die Kommune

Es wird empfohlen, kurzfristig die noch bestehenden Spielräume der kommunalen Wohnungs-Belegungsrechte zu nutzen.

Mittelfristig sollte die Bewohnerstrukturentwicklung in diesem Quartier (wie in anderen heiklen Gebieten) genau beobachtet und analysiert werden und Vorsorge getroffen werden für den Zeitraum ab dem Jahr 2010, wenn für über 80 % der Wohnungen in der Nordweststadt die Mietpreis- und die Belegungsbindung auslaufen.

Es gilt sozialpolitisch vorzusorgen für diejenigen, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt nicht behaupten können, um zu verhindern, dass sie weiteren sozialen Risiken ausgesetzt werden.

Wenn die Finanzierungsbedingungen von Bundes- und Länderebene nicht spürbar verbessert werden, so beliben es letztlich immer die Kommunen, die mit den unmittelbaren Problemen der Daseinsvorsorge belastet sind und Abhilfe schaffen müssen.

Umso wichtiger ist es, nicht punktuell Einzelprojekte anzustoßen, sondern ein integriertes Handlungskonzept zu entwickeln, etwa für die gesamte Nordweststadt – dies allerdings immer mit Blick auf die Rolle dieses Stadtteils im städtischen Gesamtgefüge.

Auch sollte die Entwicklung in den parallel laufenden anderen Projekten der Sozialen Stadt in Frankfurt koordiniert und vergleichend beobachtet werden hinsichtlich ihres Modellcharakters für andere städtische Quartiere und ihres Stellenwertes für die gesamte Stadtentwicklung.

Zur Erhöhung von Effizienz und Nachhaltigkeit wird ein zwischen Kommune, Quartiersmanagement und Wohnungsunternehmen abgestimmtes Verfahren für den Einsatz der kommunalen Mittel für das Quartiersmanagement **und** für investive städtebauliche und wohnungsbezogene Maßnahmen vorgeschlagen.

Gebündelt werden sollten auch die Mittel innerhalb der einzelnen Fachressorts, zwischen den Ressorts und über sie hinaus (etwa für Jugendhilfe, Migration, Beschäftigung). Dabei empfiehlt es sich, auch auf Bundesmittel und auf Fonds der Europäischen Union zurückzugreifen.

Ziel der Konzeption für die Nordweststadt war es, einen lebendigen, entwicklungsfähigen Stadtteil zu schaffen mit vielen unterschiedlichen Menschen, die „das gesellschaftliche Zusammenleben anregen und befruchten“ (Kampffmeyer 109). Dieses, wenngleich unter den Vorzeichen des Geburtenanstiegs, steigender Lebenserwartung und sozio-ökonomischer Prosperität entworfene Leitbild sollte nichts von seiner Prägnanz verloren haben.

Die zentrale Herausforderung der Stadt(teil)entwicklungsplanung ist heute nicht mehr eine hierarchisch gegliederte soziale Schichtung, sondern eine multikulturelle Stadtgesellschaft mit alternden Deutschen und jungen Migranten.

Von den drei zentralen Problem- und Handlungsfeldern, die in der Sozialen Stadt thematisiert werden – Bildung, Beschäftigung, Migration – sind Jugendliche elementar betroffen. Sozial-räumliche Bedingungen in Quartieren wie der Nordweststadt scheinen ihre gesellschaftlichen Chancen eher zu hemmen als zu erhöhen. Diese benachteiligenden Faktoren, und nicht die Jugendlichen selbst, wie gerne vordergründig behauptet wird, sind der Störfaktor und das Risiko und sollten so gut es geht entschärft werden durch nachhaltige und koordinierte Investition in jugendpolitische Maßnahmen.

Literatur

AK Stadterneuerung (Hg.) (2001): Jahrbuch Stadterneuerung 2001. Berlin

ARGEBAU – Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ – 2. Fassung, 01.03.2000

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2004): Die Soziale Stadt. Ergebnisse einer Zwischenevaluierung. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen. Bearbeitung DJI (www.dji.de) (Bruner, C.F.; Winkelhofer, U.; Zinser, C.). München

fass. (Hg.) (2001): Partizipation – ein Kinderspiel? Bearbeitung DJI (diess.). München

Deinet, U.; Krisch, R. (2002): Konzepte und Methoden zum Verständnis der Lebensräume von Kindern und Jugendlichen. Riege, M.; Schubert, H. (Hg.): Sozialraumanalyse. Opladen, 133-145

Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.) (2001): Impulskongress Quartiersmanagement. Dokumentation der Veranstaltung am 26./27. Oktober 2000 in Leipzig. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt Band 5. Berlin

Dilcher, R.; Neuer-Miebach, Th. et. al. (2001): Projekt „Frankfurt am Main – Soziale Stadt“. Quartiersmanagement in Sossenheim Carl-Sonnenschein-Siedlung, Manuskript. Im Auftrag der AWO Kreisverband Frankfurt e.V., Frankfurt

Dorsch, P.; Siebert, I. (2001): Quartier als Ressource? Die räumliche Dimension von Armutsbewältigung. AK Stadterneuerung (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2001. Berlin, 121-136

Empirica (Hg.) (2004): Werkstattbuch Soziale Stadt. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bonn

Franke, Th.; Löhr, R. (2000): Überlegungen zum Quartiersmanagement. Berlin, Soziale Stadt – Info 2, 2000, 2-3

Frankfurt am Main:

- Bericht des Magistrats vom 21.03.2005, B 262
- Etat-Antrag vom 24.11.2004, E 145
- Präsentation der neuen Quartiergebiete ab 2005; Information der Stadt Frankfurt am Main, Amt für Wohnungswesen, über das Projekt „Frankfurt – Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften“, [www.Frankfurt- Stadt.de/ses/17.6.2005](http://www.Frankfurt-Stadt.de/ses/17.6.2005)
- Jugendhilfeplanung in Frankfurt/ Main. Dezernent für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main (Hg.) (2004). Frankfurt
- Präsentation der neuen Quartiersgebiete ab 2005, durch Bürgermeister Achim Vandreike, Dezernent für Wohnungswesen, Frankfurt 2005, www.stadt-frankfurt.de
- Sozialbericht: Frankfurter Sozialbericht Teil V: Segregation und Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen. Dezernent für Soziales und Jugend der Stadt Frankfurt am Main (Hg.) (2002). Frankfurt
- Stadtverordnetenversammlung: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt, 16.12.2004, 39. Sitzung, § 8341, Anlage 8, E 145
- Zuwendungsvereinbarung: Präambel der Zuwendungsvereinbarung zwischen Stadt Frankfurt und den Trägern der vier neuen Quartiere, Januar 2005

Friedrich, J. (1995): Stadtsoziologie. Opladen

GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und neuen Bundesländern. Berlin

Gläser, J.; Laudel, G. (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden

Gleiniger, A. (1995): Die Frankfurter Nordweststadt. Geschichte einer Großsiedlung. Frankfurt/ New York: Campus

Grymer, H.; Kahl, Ch.; Liebmann, P. (2001): Quartiersmanagement. Nachhaltige Stadt(teil)entwicklung als kommunikativer Prozess. Wuppertal

Häußermann, H. (1997): Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse?
Leviathan 1, 12-27

Häußermann, H.; Kronauer, M.; Siebel, W. (Hg.) (2004): An den Rändern der Städte.
Frankfurt

Häußermann, H.; Siebel, W. (2000): Soziologie des Wohnens. Weinheim, 2. Aufl.

diess. (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt: Campus

Heiner, M.; Meinhold, M. et al. (Hg.) (1998): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit.
Freiburg

Heitmeyer, W. (Hg.) (1998): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer
Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt: Suhrkamp

HEGISS: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hg.)
(2000): Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS). Wiesbaden

Hinte, W.; Lüttringhaus, M.; Oelschlägel, D. (2001): Grundlagen und Standards der
Gemeinwesenarbeit. Münster: Votum

Kampffmeyer, H. (1968): Die Nordweststadt in Frankfurt am Main. Frankfurt

Kronauer, M. (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten
Kapitalismus. Frankfurt/ New York

Krummacher, M.; Kulbach, R. et al. (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung –
Quartiersmanagement. Opladen

Lüttringhaus, M. (2000): Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen
Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Bonn

Neuer-Miebach, Th. (2004): Aktivierung und Verbesserung der BürgerInnen-Mitwirkung und
des Stadtteil-Lebens. Walther, U.-J.; Mensch, K.: Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen
Stadt“. Darmstadt, 229-251

Neuer-Miebach, Th.; Blanc, M. (2005): Überforderte Programme für überforderte Nachbarschaften: Reflexionen über den Partizipationsgehalt der Politique de la Ville und des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Arbeitskreis Stadterneuerung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin (Hg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2004/05. Berlin, 311-327

Neuer-Miebach, Th.; Schneider, J.; Pfeiffer, A. (2004): Evaluation: Aktivierung der BewohnerInnen / Verbesserung der BürgerInnen-Mitwirkung und des Stadtteillebens, Manuskript. Begleitforschung Soziale Stadt Hessen HEGISS, Frankfurt

Otto, H.-U.; Thiersch, H. (Hg.) (2001): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied

Putnam, R.D. (2000): Bowling alone: the collapse and revival of American Community. New York

Quartiersmanagement:

Rahmenbedingungen für Quartiersmanagement in der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt. Empfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte Hessen e.V. (Hg.). Frankfurt

Riege, M.; Schubert, H. (Hg.) (2002): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen

Schader-Stiftung (Hg.) (1998): Datenreport Nordweststadt. Einwohner und Wohnungsbestand. Demonstrativprojekt Demographischer Wandel. Darmstadt

diess. (Hg.) (1999): 2. Datenreport Nordweststadt. Bewohner von Eigenheimen. Demonstrativprojekt Demographischer Wandel. Darmstadt

diess. (Hg.) (1999): Umzugsmanagement als Instrument der Kundenbindung in der Wohnungswirtschaft. Fachtagung „Verbesserung der Kundenbindung durch neue Dienstleistungsangebote“ am 21./22. Oktober 1998 in Frankfurt am Main. Darmstadt

diess. (Hg.) (1999): Wohnwünsche und Wohnbedürfnisse älterer Menschen in der Nordweststadt: Ergebnisbericht der qualitativen Untersuchung; Demonstrativprojekt Demographischer Wandel. Darmstadt

diess. (Hg.) (2000): Modelle für das Wohnen im Alter. Analysen und Empfehlungen für die Nordweststadt Frankfurt/M. Darmstadt

diess. (Hg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt

Schnurr, S. (2001): Partizipation. Otto, H.-U.; Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik. Neuwied, 1330-1345

Schöffel, J.; Fachgruppe Stadt der TU Darmstadt (Hg.) (1999): Altersgerecht Wohnen in einem alternden Stadtteil. Nordweststadt in Frankfurt. Darmstadt

Seipel, Ch.; Rieker, P. (2003): Integrative Sozialforschung. Konzepte und Methoden der qualitativen und quantitativen empirischen Forschung. Weinheim

Soziale Stadt – Info 14, Oktober 2003. Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.). Berlin

Staub-Bernasconi, S. (1998): Soziale Probleme – Soziale Berufe – Soziale Praxis. Heiner, M.; Meinhold, M. et al. (Hg.): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Freiburg, 11-137

Straßburger, G. (2001): Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Bamberg

Walther, U.-J. (2002): Sozial Stadt – Zwischenbilanzen. Opladen

Wentz, M. (1996) (Hg.): Stadtentwicklung. Frankfurt

ders. (1996): Strategien und Rahmenbedingungen von Stadtentwicklung. Ders. (Hg.): Stadtentwicklung. Frankfurt

Woolcock, M. (2000): The place of Social Capital in Understanding Social and Economic Outcomes. Washington

Fragebögen

FH ffm fb4 neuer-miebach / bss

Stand: 5.5.2005

Interview-Leitfaden für Bewohner-ExpertInnen

Nordweststadt (Praunheimerweg, Bernadottestraße, Heilmannstraße)
Frankfurt - Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften

Zielsetzung der ExpertInnenbefragung

Ziel ist es, in differenzierter Form Belastungen; Wünsche und Ressourcen für eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation im Untersuchungsgebiet NW zu ermitteln.

Durch die Befragung soll das Wissen der Experten über die Situation von **Kindern und Jugendlichen** und von **Haushalten der mittleren Altersgruppen** (20 – 55 Jahre) in Erfahrung gebracht werden.

Ausgehend von einer Beschreibung der Lebenssituation sollen die Befragten ihre Vorstellungen dazu äußern, durch welche Maßnahmen/Projekte die Lebensbedingungen und -chancen verbessert und eventuelle Konflikte im Quartier gelöst werden können.

Zentral ist die Einschätzung des Experten/ der Expertin, welche Bewohner(gruppen) oder Personen dabei eine aktive Rolle spielen und wie sie für die jeweiligen Maßnahmen/ Projekte gewonnen werden können. Von Interesse ist auch, worin mögliche Aufgaben der Quartiersmanagerin gesehen werden.

Wir gehen davon aus, dass die ExpertInnen aufgrund ihrer Funktion im bzw. für das Gebiet spezielle Kenntnisse über Lebensbereiche (Wohn- und Lebensbedingungen, soziales und kulturelles Leben, Erziehung/Schule/Bildung, Bürgeraktivitäten, lokale Ökonomie) oder Aspekte der Lebenssituation bestimmter Zielgruppen besitzen. Diese **Erfahrungen** sollen herausgearbeitet werden.

Der jeweils relevante Bereich soll in der Befragung mit besonderem Nachdruck behandelt werden.

Einführung in das Thema

Seit wann wohnen Sie im Wohngebiet? In dieser Wohnung?

Welche Staatsangehörigkeit haben Sie ?

Migrationshintergrund ? Ggf. welcher ?

Beschreibung der Funktion des Experten/ der Expertin im / für das Untersuchungsgebiet (aufgrund der Angaben des Experten/ der Expertin).

Bitte um schriftliches Material.

Kooperation mit Akteuren des Gebietes.

Bitte an die ExpertIn, die Aussagen auf der Grundlage ihres **Expertenwissens** vorzunehmen.

Informationsstand

Das Gebiet NW ist - neben drei weiteren Siedlungen – Anfang des Jahres in das Programm „Soziale Stadt“ der Stadt Frankfurt aufgenommen worden.

Sind sie über die Ziele dieses Programms informiert?

Falls nicht informiert oder nur teilweise informiert, Ziele erläutern.

Ziel des Programms „Stadt Frankfurt- Soziale Stadt“ ist es, positive Zukunftsperspektiven des Wohngebietes zu unterstützen. Die Wohn- und Lebenssituation in Quartieren mit besonderem Entwicklungs- und Sanierungsbedarf“ soll durch eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts („neue Nachbarschaften“) sowie durch die Sanierung des baulichen Zustandes von Gebäuden und Wohnumfeld verbessert werden. Die vorhandene Infrastruktur soll im Hinblick auf den zukünftigen Bedarf überprüft werden. Zusammen mit den dort wohnenden BürgerInnen sollen entsprechende Konzepte erarbeitet werden. Die Sozialen Träger sind aufgerufen, die vorhandenen Ressourcen gemeinsam einzubringen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Programmeinschätzung

Halten sie es für gut und notwendig, dass sich die Stadt Frankfurt sich mit dieser besonderen Zielsetzung in die Entwicklung der NW einschaltet?

Wenn Ja, warum?

Wenn nein, warum?

Wahrnehmung des Gebietes

Nennen Sie die wichtigsten Belastungen des Gebietes aus Ihrer Sicht.

Stellen Sie eine Rangfolge der wichtigsten Belastungen auf.

Nennen Sie die wichtigsten Vorzüge des Gebietes aus Ihrer Sicht.

Stellen Sie eine Rangfolge der wichtigsten Vorzüge auf.

Geschichte

Was wissen Sie über die Entstehung und Entwicklung der NW: Veränderung der Bevölkerungsstruktur, Veränderung der Eigentumsverhältnisse, Konflikthafte Ereignisse ?

Sozialprestige der NW in Frankfurt ? uU Gefälle zwischen bestimmten Teilgebieten?

I Wohn- und Lebensbedingungen

Wie schätzen Sie die **Wohn- und Lebensbedingungen** im Wohngebiet insgesamt ein?

Was sehen Sie positiv? Was sehen Sie negativ?

Was ist über die Gestaltung der Mietpreise zu sagen?

Sind Sie zufrieden mit der baulichen Ausstattung der Wohnungen ?

Mit der Instandhaltung der Gebäude ?

Gibt es angemessene Wohnungen für alle Bewohnergruppen?

zB für Familien mit Kindern, Migranten, Wohnsituation für Jugendliche (zu Hause, allein lebend)?

Wissen Sie, wie die **nachbarschaftlichen Verhältnisse** in den einzelnen Gebäuden / Blockbereichen klappen ?

Was (und von wem) sollte ggf. getan werden ?

Wie schätzen Sie die bisher ergriffenen **Maßnahmen der Wohnungsbaugesellschaften** ein?

Welche Verbesserungsvorschläge haben Sie?

Wissen Sie, ob der **Verkauf von Wohnungen an private** Wohnungsunternehmen in den Wohnungsbaugesellschaften diskutiert wird ?

Gibt es Hinweise dafür? Wie würden Sie dazu stehen?

Sind Sie mit der **Wohnungsbelegung** im Gebiet einverstanden?

Kennen Sie die Vergabekriterien ?

Treten durch die Art der Wohnungsvergabe Schwierigkeiten für das Wohnquartier insgesamt auf?

Welche Verbesserungsvorschläge haben Sie?

Sind Ihnen Fälle von **Wohnungsverlust** bekannt ?

Welche Gründe / Anlässe werden genannt für drohenden Wohnungsverlust ?

Was passiert mit Haushalten, die ihre Wohnung verlieren ?

Welche Lösungen bieten Wohnungsbaugesellschaften bzw das Wohnungsamt an ?

In welcher Weise könnten **BewohnerInnen selbst aktiv** werden zur Verbesserung der Wohnsituation?

Fallen Ihnen Bewohner ein, die Multiplikatoren (zB lokal Aktive, anerkannte Persönlichkeiten) dafür sein könnten ?

Wie könnten die Aktivitäten der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements **verzahnt** werden zur Verbesserung der Situation ?

II Städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung

Was **schätzen Sie an der städtebaulichen Struktur des Wohngebietes**

(Art der Wohnbebauung, Freiflächen, Fußwege, Verkehrsführung, Verkehrsanschluss, Parken) eher positiv bzw. eher negativ ein?

Wie schätzen Sie die **Zufriedenheit der BewohnerInnen** mit dem städtebaulichen Struktur des Wohngebietes ein (möglichst differenziert nach Gruppen: zB Jugendliche, MigrantInnen)?

Welche Veränderungen der städtebaulichen Struktur könnten dazu beitragen, dass die BewohnerInnen zufriedener sind und sich besser mit dem Wohngebiet identifizieren können?

Ist die **Nutzung der Freiflächen** zufriedenstellend gelöst?

Mit welchen Maßnahmen/Aktionen könnte die Nutzung der Freiflächen verbessert werden?

An welche Bevölkerungsgruppen (zB Kinder, Jugendliche, MigrantInnen, ältere Menschen) und Nutzungen (zB Spielplätze, Sportflächen, Ruheräume, Treffpunkte) sollte dabei besonders gedacht werden ?

Welche anderen **Verbesserungen im Wohnumfeld** wären erstrebenswert?

- Verkehrssicherheit im Wohngebiet, Verbesserung der Fußwege, Verbesserung des Parkens
- Verbesserung der Müllsituation
- Verkehrsentlastung, Immissionsminderung, Verkehrsanschluss

Wie schätzen Sie die **Versorgung des Gebietes mit Infrastruktur** ein (zB Geschäfte, private und soziale Dienstleistungen, Ärzte, Post) ?

Wie könnte das Angebot in den einzelnen Bereichen konkret verbessert werden?

Fehlen entsprechende Räumlichkeiten ?

Wer müsste aktiv werden?

Ist die Versorgung mit vorschulischen Angeboten angemessen ?

Was halten Sie von den Jugendzentren ? Welche Rolle spielen sie für das Quartier ?

Wie könnten die **Aktivitäten der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements verzahnt** werden zur Verbesserung der Situation ?

III Soziales und kulturelles Leben

Gibt es im Gebiet **typische Konflikte**, die das soziale Leben beeinträchtigen?
Wenn ja, welche sind das ?
Können Sie bestimmte Konfliktparteien benennen?
Spielen dabei Fremdheit oder Generationenfragen eine besondere Rolle? Ggf. was sonst ?
Was wäre da zu tun ?

Gibt es im Untersuchungsgebiet NW **Probleme mit der Sicherheit** von BewohnerInnen? Gehen Sie bitte näher darauf ein.
Welche Orte sind gefährlich?
Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders gefährdet?
Wie würden Sie typische Täter beschreiben?
Beschreiben Sie bitte die Sicherheitssituation im Hinblick auf die Nordweststadt insgesamt.
Was wäre von wem zu tun ?

Wie **schätzen Sie das soziale und kulturelle Leben** im Wohngebiet insgesamt ein?
Welche **Aktivitäten** kennen Sie? Welche Aktivitäten bewerten Sie besonders positiv?
Welche Aktivitäten sollten aus Ihrer Sicht besonders gefördert werden?

Welche **sozialen und kulturellen Angebote** fehlen für die Bewohnerschaft insgesamt bzw. für bestimmte Zielgruppen (zB Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, ältere Menschen, MigrantInnen) ?

Durch welche **Einrichtungen** sollte das Angebot für die Bewohnerschaft insgesamt bzw. für bestimmte Zielgruppen ergänzt werden (zB Bürgertreff, interkulturelle Begegnungsstätte, Freizeithaus, Räume für stadtteil-kulturelle Projekte, Sporteinrichtungen, Gesundheitszentrum)?
Welche **Prioritätensetzung** empfehlen Sie ?
Sollte dafür notfalls der Bebauungsplan geändert werden ?

Bildung und Schule

Ist die Versorgung mit schulischen Angeboten für die Kinder im Quartier angemessen ?
Welche Rolle spielen die **Schulen** im / für das Gebiet ?
Welche Kooperationen bestehen mit KT's, Jugendeinrichtungen, Familien, mit Unternehmen ?
Welche Veränderung der Rolle der Schulen im Gebiet wäre nötig und könnte das Angebot für welche BewohnerInnen verbessern?
Was halten Sie von Konzepten wie Stadtteilschule, Ganztagschule?
Was halten Sie von einer Öffnung der Schule in das Wohnquartier hinein, vom Ausbau zielgruppengerechter Bildungsangebote (z.B. für Familien, MigrantInnen)?

Wie könnten die Aktivitäten der Wohnungswirtschaft, der Träger des sozialen und des kulturellen Lebens, der Schulen und des Quartiersmanagements verzahnt werden zur Verbesserung der Situation ?

IV Lokale Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung

Stellt **Arbeitslosigkeit** im Gebiet ein besonderes Problem dar?
Welche Gruppen sind davon besonders betroffen, z.B. Jugendliche, MigrantInnen?
Welche Gruppen sind es weniger?

Welche für das Untersuchungsgebiet wichtigen **Unternehmen** gibt es aus ihrer Sicht in der NW?
Welche Rolle spielen diese als Arbeitgeber für die BewohnerInnen des Gebietes?
Gibt es bestimmte Firmen, deren Arbeitsplätze für die BewohnerInnen des Gebietes besonders wichtig sind ? Wo liegen diese in Frankfurt?
Welche Möglichkeiten sehen Sie, die lokale Wirtschaft zu stärken?

Auf welche Weise könnten die **Beschäftigungschancen** der BewohnerInnen, v.a. der Schulabgänger, verbessert werden, insbesondere in der lokalen Wirtschaft ?

Erläuterungen zu Beschäftigungsprojekten und Qualifizierungs- und Arbeitsmarktagenturen
Kennen Sie solche **Ansätze** in der NW, ggf. welche?

In welchen Bereichen könnten Ihrer Meinung nach **sinnvolle Beschäftigungsprojekte** (und nachfolgend u.U. Arbeitsplätze) im Untersuchungsgebiet geschaffen werden? Für welche Zielgruppen ?
Wie könnten die Aktivitäten der Unternehmen, der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements verzahnt werden zur Verbesserung der Situation ?

V Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen

Beteiligung

Gibt es Bürgerorganisationen, Vereine und nachbarschaftliche soziale Netze in der Siedlung? Welche sind dies?
Wie könnten diese gezielt gefördert werden?

Welche Rolle spielen dabei **bestimmte Bewohnergruppen**, wie z. B. Alteingesessene, neu Zugezogene, Jugendliche, MigrantInnen ?

Wie bewerten Sie die gegebenen **politischen Beteiligungsmöglichkeiten** (zB Ortsbeirat, Regionalrat)?

Was würde aus Ihrer Sicht eine stärkere Beteiligung der BürgerInnen an den Entscheidungen im Gebiet bringen ? Halten Sie sie für erstrebenswert?

Wenn ja, wie könnte die Beteiligung verbessert werden (zB Quartiersvertretung, Einzelprojekte, Selbstorganisation) ?

Aktivierung

Wie können BewohnerInnen für gebietsbezogene Projekte/Aktionen gewonnen werden ?
Welche Gruppen/Personen für welche Aktivitäten ?

Welche **bürgerschaftlichen Maßnahmen könnten zur Verbesserung der Gesamtsituation** im Gebiet beitragen?
Worin sehen Sie die Rolle der Quartiersmanagerin bei Beteiligung und Aktivierung ?

VI Gesamteinschätzung

Nehmen Sie zum Abschluss eine Gesamteinschätzung vor:

Worin sehen Sie die **Qualitäten und Entwicklungschancen** des Gebietes ?

Welche Maßnahmen und Projekte halten Sie für besonders vordringlich?

Welchen Beitrag können die Sozialen Akteure dazu leisten ?

Was erwarten Sie sich von den Wohnungsunternehmen, was vom Quartiersmanagement ?

Möchten Sie noch etwas ansprechen bezüglich des Wohnens im Untersuchungsgebiet ?

VII Zum Schluss noch ein paar persönliche Angaben als BewohnerIn

Wohnzufriedenheit

Sind Sie mit der Situation im Wohngebiet zufrieden / unzufrieden ? Warum ?
Halten Sie Ihre Miete, Nebenkosten für angemessen?
Ist Ihre Wohnung zu groß / zu klein ? Warum ?
Sind Sie zufrieden mit der baulichen Ausstattung der Wohnungen ?
Sind Sie zufrieden mit der Instandhaltung durch die Wohnungsbaugesellschaft ?

Soziale Kontakte

Welche Kontakte haben Sie zu den Nachbarn?
Welche Kontakte haben Sie zu anderen Bewohnern im Quartier?
Welche Kontakte haben Sie zu Angehörigen anderer Nationalitäten?

Gebietsbezug

Gehen Ihre Kinder im Gebiet in den Kindergarten / zur Schule / Ausbildung ?
Nutzen Ihre Kinder die Jugendzentren ?
Wo liegt Ihr Arbeitsplatz ?
Wie oft im Monat halten Sie sich ca. in anderen Gebieten/Stadtteilen auf (außer Arbeit/Schule) ?
Wofür überwiegend ?
Wie und wo engagieren Sie sich im kulturellen Bereich?

Beteiligung

Können Sie sich vorstellen, sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Quartier zu engagieren?
Was käme da in Frage ?

Wohnwünsche

Wenn Sie die Wahl hätten, wo würden Sie am liebsten wohnen ? Warum ?
Würden Sie wieder hierher ziehen, wenn Sie die Wahl hätten?

VIII Statistische Daten

zum Haushalt

Mit welchen Personen leben Sie zusammen (*Mehrfachnennungen möglich*)

mit Kind/ern ()
mit Ehe-/Lebenspartner ()

Wie viele Personen leben insgesamt in Ihrem Haushalt, Kinder und Sie selbst eingeschlossen?
() Personen insgesamt

davon sind Personen im Alter von

0 bis unter	3 Jahren	()
3 bis unter	10 Jahren	()
10 bis unter	13 Jahren	()
14 bis unter	18 Jahren	()
18 bis unter	21 Jahren	()
22 bis unter	25 Jahren	()
26 bis unter	35 Jahren	()
36 bis unter	45 Jahren	()
46 bis unter	55 Jahren	()
56 bis unter	65 Jahren	()
über 65 Jahre		()

zur Einkommenssituation (*Zutreffendes ankreuzen/Mehrfachnennungen möglich*)

Einkommen aus Erwerbstätigkeit	()
Arbeitslosengeld	()
Pension/Rente/Versicherungsleistungen	()
Krankengeld	()
Sozialhilfe	()
Wohngeld	()
Unterhaltszahlungen	()
Erziehungs-/Mutterschaftsgeld	()
Asylbewerberleistungsgesetz	()

Vielen Dank für das Gespräch !!!!!!!!!!!!!!!

Interview-Leitfaden für Jugend-ExpertInnen

Nordweststadt (Praunheimerweg, Bernadottestraße, Heilmannstraße)
Frankfurt - Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften

Zielsetzung der ExpertInnenbefragung - Gruppengespräch

Ziel ist es, in differenzierter Form Belastungen; Wünsche und Ressourcen für eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation im Untersuchungsgebiet NW zu ermitteln.

Durch die Befragung soll das Wissen der Experten über die Lebenssituation und Lebensperspektive von **Kindern und Jugendlichen** in Erfahrung gebracht werden.

Ausgehend von einer Beschreibung der Lebenssituation sollen die Befragten ihre Vorstellungen dazu äußern, durch welche Maßnahmen/Projekte die Lebensbedingungen und -chancen verbessert und eventuelle Konflikte im Gebiet gelöst werden können.

Zentral ist die Einschätzung des Experten/ der Expertin, welche Bewohner(gruppen) oder Personen dabei eine aktive Rolle spielen und wie sie für die jeweiligen Maßnahmen/ Projekte gewonnen werden können. Von Interesse ist auch, in wie weit die Quartiersmanagerin als Unterstützung angesehen wird.

Wir gehen davon aus, dass die ExpertInnen aufgrund ihres Alters und ihrer Rolle im Gebiet spezielle Kenntnisse über Lebensbereiche (Wohn- und Lebensbedingungen, soziales und kulturelles Leben, Erziehung/Schule/Bildung, Soziale Kontakte, Aktivitäten, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten) oder Aspekte der Lebenssituation bestimmter Zielgruppen besitzen. Diese **Erfahrungen** sollen herausgearbeitet werden.

Der jeweils relevante Bereich soll in der Befragung mit besonderem Nachdruck behandelt werden.

Einführung in das Thema

Seit wann wohnt Ihr im Gebiet ?
Persönliche Wohnzufriedenheit ?

Beschreibung der Funktion des Experten/ der Expertin im / für das Untersuchungsgebiet (aufgrund der Angaben des Experten/ der Expertin).

Bitte an den Experte/ die Expertin, die **Aussagen auf der Grundlage ihres Expertenwissens** als jugendliche Bewohner und Nutzer des Gebietes vorzunehmen.

Informationsstand

Das Gebiet NW ist - neben drei weiteren Siedlungen – Anfang des Jahres in das Programm „Soziale Stadt“ der Stadt Frankfurt aufgenommen worden.

Sind sie über die Ziele dieses Programms informiert?

Falls nicht informiert oder nur teilweise informiert, Ziele erläutern.

Ziel des Programms „Stadt Frankfurt- Soziale Stadt“ ist es, positive Zukunftsperspektiven des Wohngebietes zu unterstützen. Die Wohn- und Lebenssituation in Quartieren mit besonderem Entwicklungs- und Sanierungsbedarf“ soll durch eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts („neue Nachbarschaften“) sowie durch die Sanierung des baulichen Zustandes von Gebäuden und Wohnumfeld verbessert werden. Die vorhandene Infrastruktur soll im Hinblick auf den zukünftigen Bedarf überprüft werden. Zusammen mit den dort wohnenden BürgerInnen sollen entsprechende Konzepte erarbeitet werden. Die Sozialen Träger sind aufgerufen, die vorhandenen Ressourcen gemeinsam einzubringen und sich gegenseitig zu unterstützen. Ausdrücklich wird betont, dass auch etwas für die Jugendlichen passieren soll.

Programmeinschätzung

Haltet Ihr es für gut und notwendig, dass sich die Stadt Frankfurt sich mit dieser besonderen Zielsetzung in die Entwicklung der NW einschaltet?

Wenn Ja, warum?

Wenn nein, warum?

Wahrnehmung des Gebietes

Nennt die wichtigsten Belastungen des Gebietes aus Eurer Sicht.

Nennt die wichtigsten Vorzüge des Gebietes aus Eurer Sicht.

Stellt eine Rangfolge der wichtigsten Belastungen auf.

Stellt eine Rangfolge der wichtigsten Vorzüge auf.

Geschichte

Was wißt Ihr über die Entstehung und Entwicklung der NW ?

Wißt Ihr von markanten Veränderungen und Ereignissen ? Konflikten ?

Welchen Ruf hat die NW in Frankfurt ? uU Gefälle zwischen bestimmten Teilgebieten?

I Wohn- und Lebensbedingungen

Wo wohnt Ihr: bei den Eltern ? Alleine ?
Wie groß ist Eure Familie ?
Habt Ihr ein eigenes Zimmer ?
Seid Ihr viel zu Hause ? Was macht Ihr gemeinsam mit der Familie ?
Was gefällt Euch an der Wohnung - was nicht ?
Was gefällt Euch im Wohngebiet insgesamt – was nicht?

Gibt es im Haus die Möglichkeit, sich mit Freunden zu treffen, zu feiern ?
Könnt Ihr die Grünflächen Zwischen den Gebäuden nutzen ?

Kennt Ihr Eure Nachbarn ?
Habt Ihr Freunde / Verwandte in der Nachbarschaft ?
Sollte das besser werden ?

An wen könnt Ihr Euch wenden, wenn es zu Hause oder in der Nachbarschaft Ärger gibt ?

Hattet Ihr schon einmal Kontakt mit der **Wohnungsbaugesellschaft** ?
Müßte mehr für die Wohnungen und die Gebäude getan werden ?
Wer sollte das tun ?
Gibt es für Euch Möglichkeiten, an der Verbesserung der Wohnbedingungen mitzuarbeiten ?

Welche anderen **Verbesserungen im Wohnumfeld** wären aus Eurer Sicht notwendig ?
Was wäre Euch am wichtigsten ?
Wer sollte das in Angriff nehmen ?
Könnt Ihr Euch vorstellen, Euch daran zu beteiligen ?

II Soziales und kulturelles Leben

Wie ist der übliche Tagesablauf bei Euch ?

Was unternimmt Ihr mit Euren Freunden ?
Eingehen auf: Jugendzentrum, Sport, Kino, Disco zB

Welche Geschäfte, Konsum- und Freizeitangebote, welche Einrichtungen fehlen Euch im Gebiet ?
Fehlen entsprechende Räumlichkeiten ?
Wer müsste aktiv werden?

Welche Aktivitäten oder Angebote sollten aus Eurer Sicht besonders gefördert werden?
Möchte Ihr lieber mit anderen Bewohnergruppen gemeinsam oder lieber allein
Angebote und Räume nutzen ?
Warum ?
Wie könnt Ihr Eure Treffpunkte erreichen (Verkehrsmittel, Zeitaufwand, Kosten, spätes Nachhausekommen zB)
Was müßte sich an der Verkehrssituation ändern ?
Wie könnten Eure Wünsche in die Tat umgesetzt werden ?
Könnt Ihr Euch vorstellen, daran mitzuarbeiten ? Wie ?

Für Freizeit braucht man Geld. Welche Möglichkeiten zur Aufbesserung des Taschengeldes habt Ihr ? Nutzt Ihr diese Möglichkeiten ?

Wofür gebt Ihr das meiste Geld aus ?
Könnt Ihr das, was Ihr braucht, in der NW einkaufen ?

Was fehlt im Gebiet speziell für Kinder und Jugendliche ?
Welche Prioritätensetzung empfiehlt Ihr ?
Welchen Beitrag könntet Ihr dazu leisten ?

Gibt es Orte im Gebiet, wo Ihr Euch keine Fall aufhalten würdet ? Gründe dafür (zB Drogen, Gewalt, Vandalismus, Kriminalität)?
Welche Konflikte im Gebiet sind Euch bekannt ?
Spielen dabei Dinge wie ausländische Herkunft oder Unverständnis ältere Menschen eine besondere Rolle? Welche ?
Was wäre da zu tun ?

Was belastet Euch am meisten hier ?

III Bildung, Ausbildung und Beschäftigung

Was macht Ihr zZ ?

Schule

Auf welche Schule geht Ihr ? Ggf. warum nicht im Gebiet ?

Sollte die Schule mehr tun für Kinder und Jugendliche aus dem Gebiet ? Was zB ?

Was haltet Ihr von Ganztagschule?

Welche Berufswünsche habt Ihr ?

Was tut die Schule, um Euren Einstieg in das Berufsleben zu unterstützen ?

Ausbildung

Welchen Schulabschluß habt Ihr ?

Wo, als was macht Ihr eine Ausbildung ?

Welche Ausbildungsmöglichkeiten gibt es in der NW ?

Wie schwierig ist es einen Ausbildungsplatz zu finden ?

Habt Ihr an Maßnahmen zur Ausbildungsvorbereitung teilgenommen ?

Werdet Ihr nach der Ausbildung hier wohnen bleiben ? Begründen.

Beschäftigung

Wo ? Als was ?

Wer hat Euch bei der Jobsuche unterstützt ?

Wie könnte die Jobsuche verbessert werden ?

Arbeitslosigkeit ?

Kennt Ihr Beschäftigungsprojekte in der NW ?

Erläuterungen zu Beschäftigungsprojekten und Qualifizierungs- und Arbeitsmarktagenturen

In welchen Bereichen könnten nach Eurer Meinung **sinnvolle Beschäftigungsprojekte** (und nachfolgend u.U. Arbeitsplätze) im Untersuchungsgebiet geschaffen werden?

Wäre das auch etwas für Euch ?

Was könnt Ihr selbst tun, um einen Job zu finden ?

Wer könnte Euch unterstützen und wie ?

IV Aktivierung und Beteiligung

Welche Möglichkeiten seht Ihr, Eure Wünsche im Gebiet umzusetzen ? Begründen.

Wer soll's richten ?

Was könnt Ihr selbst dazu beitragen ?

Habt Ihr schon einmal daran gedacht, selbst im Gebiet aktiv zu werden: im Ortsbeirat, im Jugendclub, in Sport- oder Freizeitgruppen, in bestimmten Projekten ?

Aus Interesse oder um das Taschengeld aufzubessern ?

Ggf. in welchen ?

Welche Möglichkeiten dazu gibt es im Gebiet / in der NW ?

Wie könnte Euch die Quartiersmanagerin unterstützen ?

Gesamteinschätzung

Nehmt zum Abschluss eine Gesamteinschätzung vor:

Was findet Ihr gut hier, was schlecht ?

Wo welcher Wohnumgebung träumt Ihr ?

Interview-Leitfaden für Schul-ExpertInnen

Nordweststadt (Praunheimerweg, Bernadottestraße, Heilmannstraße)
Frankfurt - Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften

Zielsetzung der ExpertInnenbefragung

Ziel ist es, in differenzierter Form Belastungen; Wünsche und Ressourcen für eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation im Untersuchungsgebiet NW zu ermitteln.

Durch die Befragung soll das Wissen der Experten über die Situation von **Kindern und Jugendlichen** und von **Haushalten der mittleren Altersgruppen** (20 – 55 Jahre) in Erfahrung gebracht werden.

Ausgehend von einer Beschreibung der Lebenssituation sollen die Befragten ihre Vorstellungen dazu äußern, durch welche Maßnahmen/Projekte die Lebensbedingungen und -chancen verbessert und eventuelle Konflikte im Quartier gelöst werden können.

Zentral ist die Einschätzung des Experten/ der Expertin, welche Bewohner(gruppen) oder Personen dabei eine aktive Rolle spielen und wie sie für die jeweiligen Maßnahmen/ Projekte gewonnen werden können. Von Interesse ist auch, worin mögliche Aufgaben der Quartiersmanagerin gesehen werden.

Wir gehen davon aus, dass die ExpertInnen aufgrund ihrer Funktion im bzw. für das Gebiet spezielle Kenntnisse über Lebensbereiche (Wohn- und Lebensbedingungen, soziales und kulturelles Leben, Erziehung/Schule/Bildung, Bürgeraktivitäten, lokale Ökonomie) oder Aspekte der Lebenssituation bestimmter Zielgruppen besitzen. Diese **Erfahrungen** sollen herausgearbeitet werden.

Der jeweils relevante Bereich soll in der Befragung mit besonderem Nachdruck behandelt werden.

Einführung in das Thema

Beschreibung der Funktion des Experten/ der Expertin im / für das Untersuchungsgebiet (aufgrund der Angaben des Experten/ der Expertin).

Bitte um schriftliches Material.

Kooperation mit Akteuren des Gebietes.

Bitte an den Experte/ die Expertin, die **Aussagen auf der Grundlage ihres Expertenwissens** vorzunehmen.

Informationsstand

Das Gebiet NW ist - neben drei weiteren Siedlungen – Anfang des Jahres in das Programm „Soziale Stadt“ der Stadt Frankfurt aufgenommen worden.

Sind sie über die Ziele dieses Programms informiert?

Falls nicht informiert oder nur teilweise informiert, Ziele erläutern.

Ziel des Programms „Stadt Frankfurt- Soziale Stadt“ ist es, positive Zukunftsperspektiven des Wohngebietes zu unterstützen. Die Wohn- und Lebenssituation in Quartieren mit besonderem Entwicklungs- und Sanierungsbedarf“ soll durch eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts („neue Nachbarschaften“) sowie durch die Sanierung des baulichen Zustandes von Gebäuden und Wohnumfeld verbessert werden. Die vorhandene Infrastruktur soll im Hinblick auf den zukünftigen Bedarf überprüft werden. Zusammen mit den dort wohnenden BürgerInnen sollen entsprechende Konzepte erarbeitet werden. Die Sozialen Träger sind aufgerufen, die vorhandenen Ressourcen gemeinsam einzubringen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Programmeinschätzung

Halten sie es für gut und notwendig, dass sich die Stadt Frankfurt sich mit dieser besonderen Zielsetzung in die Entwicklung der NW einschaltet?

Wenn Ja, warum?

Wenn nein, warum?

Wahrnehmung des Gebietes

Nennen Sie die wichtigsten Belastungen des Gebietes aus Ihrer Sicht.

Nennen Sie die wichtigsten Vorzüge des Gebietes aus Ihrer Sicht.

Stellen Sie eine Rangfolge der wichtigsten Belastungen auf.

Stellen Sie eine Rangfolge der wichtigsten Vorzüge auf.

Geschichte

Was wissen Sie über die Entstehung und Entwicklung der NW: Veränderung der Bevölkerungsstruktur, Veränderung der Eigentumsverhältnisse, Konflikthafte Ereignisse ?

Sozialprestige der NW in Frankfurt ? uU Gefälle zwischen bestimmten Teilgebieten?

I Wohn- und Lebensbedingungen

Wie schätzen Sie die **Wohn- und Lebensbedingungen** im Wohngebiet insgesamt ein?
Was sehen Sie positiv? Was sehen Sie negativ?
Was ist über die Gestaltung der Mietpreise zu sagen?

Gibt es angemessene Wohnungen für alle Bewohnergruppen?
zB für Familien mit Kindern, Migranten, Wohnsituation für Jugendliche (zu Hause, allein lebend)?
Welche Verbesserungsvorschläge haben Sie für die **Wohnungsversorgung** im Gebiet?

Wissen Sie, wie die **nachbarschaftlichen Verhältnisse** in den einzelnen Gebäuden klappen?
Was (und von wem) sollte ggf. getan werden?

Wissen Sie, ob der **Verkauf von Wohnungen an private Wohnungsunternehmen** in den Wohnungsbaugesellschaften ansteht?
Gibt es Hinweise dafür? Wie würden Sie dazu stehen?

Sind Ihnen Fälle von **Wohnungsverlust** bekannt?
Welche Gründe / Anlässe werden genannt für drohenden Wohnungsverlust?
Welche Lösungen bieten Wohnungsbaugesellschaften bzw Wohnungsamt an?

In welcher Weise könnten **BewohnerInnen selbst aktiv** werden zur Verbesserung der Wohnsituation?
Fallen Ihnen Bewohner ein, die Multiplikatoren (lokal Aktive, anerkannte Persönlichkeiten) dafür sein könnten?

Wie könnten Ihre Aktivitäten mit denen der sozialen Akteure, der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements **verzahnt** werden zur Verbesserung der Situation?

II Städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung des Gebietes

Was schätzen Sie an der städtebaulichen Struktur des Wohngebietes
(Art der Wohnbebauung, Freiflächen, Fußwege, Verkehrsführung, Verkehrsanschluss, Parken) eher positiv bzw. eher negativ ein?

Wie schätzen Sie die **Zufriedenheit der BewohnerInnen** mit dem städtebaulichen Struktur des Wohngebietes ein (möglichst differenziert nach Gruppen: zB Jugendliche, MigrantInnen)?
Welche Veränderungen der städtebaulichen Struktur könnten dazu beitragen, dass die BewohnerInnen zufriedener sind und sich besser mit dem Wohngebiet identifizieren können?

Ist die **Nutzung der Freiflächen** zufriedenstellend gelöst?
Mit welchen Maßnahmen/Aktionen könnte die Nutzung der Freiflächen verbessert werden?
An welche Bevölkerungsgruppen (z.B. Kinder, Jugendliche, MigrantInnen, ältere Menschen) und Nutzungen (zB Spielplätze, Sportflächen, Ruheräume, Treffpunkte) sollte dabei besonders gedacht werden?
Welche anderen **Verbesserungen im Gebiet** wären erstrebenswert?

Wie schätzen Sie die Versorgung des Gebietes mit Infrastruktur ein (zB Geschäfte, private und soziale Dienstleistungen, Ärzte, Post)?
Wie könnte das Angebot in den einzelnen Bereichen konkret verbessert werden?
Fehlen entsprechende Räumlichkeiten?
Wer müsste aktiv werden?

III Soziales und kulturelles Leben

Wie **schätzen Sie das soziale und kulturelle Leben** im Wohngebiet ein?
Welche Aktivitäten kennen Sie? Welche Aktivitäten bewerten Sie besonders positiv?
Welche Aktivitäten sollten aus Ihrer Sicht besonders gefördert werden?

Sind Ihnen **typische Konflikte** bekannt, die das soziale Leben im Gebiet beeinträchtigen?
Wenn ja, welche sind das ?
Können Sie bestimmte Konfliktparteien benennen?
Spielen dabei Fremdheit oder Generationenfragen eine besondere Rolle? Ggf. was sonst ?
In welcher Weise werden Sie als Schule damit konfrontiert ?
Was wäre zu tun ?

Gibt es im Untersuchungsgebiet NW **Sicherheitsprobleme für BewohnerInnen** ?
Werden Sie als Schule damit befaßt ?
Wie würden Sie typische Täter beschreiben?
Was wäre von wem zu tun ?

Was machen die Schüler Ihrer Schule aus dem Gebiet in ihrer Freizeit ?
Fehlen im Gebiet **Angebote und Einrichtungen für soziale und kulturelle Aktivitäten Jugendlicher**?
Durch welche Einrichtungen und Angebote könnte die Situation der Jugendlichen verbessert werden ?
Nehmen Sie Stellung dazu.

Welche **Prioritätensetzung** empfehlen Sie ?
Welchen Beitrag könnte die Schule dazu leisten ?

Bildung und Schule im Quartier

Ist die **Versorgung** mit schulischen Angeboten für die Kinder aus dem Quartier angemessen ?
Welche Rolle spielen die Schulen im / für das Gebiet ?
Welche Rolle spielen **Gewalt, Mobbing** etc. unter den SchülerInnen ?
Welche Lösungsstrategien praktizieren Sie ?
Welche **Kooperationen** bestehen mit KT's, Jugendeinrichtungen, Familien, mit Unternehmen ?
Welche **spezifischen schulbezogenen Probleme** haben die Kinder aus dem Quartier?
Haben Sie ein **stadtteilbezogenes Schulkonzept** (Stadtteilschule, Ganztagschule)?
Können Sie sich eine stärkere Öffnung der Schule in das Wohngebiet hinein vorstellen, einen Ausbau zielgruppengerechter Bildungsangebote (z.B. für Jugendliche, Familien, MigrantInnen)?
Welche Veränderung der Rolle der Schulen im Gebiet wäre nötig ?
Wo sehen Sie Hemmnisse eines stärkeren Stadtteilbezugs ?

Wie könnten die Aktivitäten der Wohnungswirtschaft, der Träger des sozialen und des kulturellen Lebens, der Schulen und des Quartiersmanagements **verzahnt** werden zur Verbesserung der Situation ?

IV Lokale Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung

Stellt **Arbeitslosigkeit** im Gebiet ein besonderes Problem dar?
Welche Gruppen sind davon besonders betroffen, z.B. Jugendliche, MigrantInnen?
Welche Gruppen sind es weniger?

Welche für das Untersuchungsgebiet wichtigen **Unternehmen** gibt es aus ihrer Sicht in der NW?
Welche Rolle spielen diese als Arbeitgeber für die BewohnerInnen des Gebietes?
Gibt es bestimmte Firmen, deren Arbeitsplätze für die BewohnerInnen des Gebietes besonders wichtig sind ?
Haben Sie entsprechende Kooperationen zur Vermittlung von Schulabgängern ?

Auf welche Weise könnten die **Beschäftigungschancen** der BewohnerInnen, v.a. der Schulabgänger, verbessert werden, insbesondere in der lokalen Wirtschaft ?

Erläuterungen zu Beschäftigungsprojekten und Qualifizierungs- und Arbeitsmarktagenturen
Kennen Sie solche **Ansätze** in der NW, ggf. welche?

In welchen Bereichen könnten Ihrer Meinung nach **sinnvolle Beschäftigungsprojekte** (und nachfolgend u.U. Arbeitsplätze) im Untersuchungsgebiet geschaffen werden? Für welche Zielgruppen ?
Was könnte die Schule zum Gelingen beitragen?

V Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen

Beteiligung

Was wissen Sie über Aktivierung und Beteiligung von Jugendlichen am Prozess der Sozialen Stadt ?

Welche Organisationsmöglichkeiten gibt es für Jugendliche bisher im Gebiet (zB auch Ortsbeirat, Regionalrat)?

Welche Ressourcen sehen Sie bei den Jugendlichen aus dem Gebiet und ihren Familien für Aktivierung und Beteiligung ?

Wie könnten Jugendliche gezielt eingebunden werden in die Entwicklung des Gebietes werden (zB Quartiersvertretung, Einzelprojekte, Selbstorganisation) ?

Welche Gruppen/Personen für welche Aktivitäten ?

Welche **bürgerschaftlichen Maßnahmen könnten zur Verbesserung der Gesamtsituation** im Gebiet beitragen?

Welchen Beitrag kann die Schule dazu leisten ?

Haben Sie bereits ein Konzept dafür ?

Worin sehen Sie die Rolle der Quartiersmanagerin bei Beteiligung und Aktivierung ?

Gesamteinschätzung

Nehmen Sie zum Abschluss eine Gesamteinschätzung vor:

Worin sehen Sie die **Qualitäten und Entwicklungschancen** des Gebietes ?

Welche Maßnahmen und Projekte halten Sie für besonders vordringlich?

Welchen Beitrag kann die Schule zur Sozialen Stadt einbringen leisten ?

Was erwarten Sie sich von den andern Akteuren, von den Wohnungsunternehmen, vom Quartiersmanagement ?

Interview-Leitfaden für professionelle ExpertInnen

Nordweststadt (Praunheimerweg, Bernadottestraße, Heilmannstraße)
Frankfurt - Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften

Zielsetzung der ExpertInnenbefragung

Ziel ist es, in differenzierter Form Belastungen; Wünsche und Ressourcen für eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation im Untersuchungsgebiet NW zu ermitteln.

Durch die Befragung soll das Wissen der Experten über die Situation von **Kindern und Jugendlichen** und von **Haushalten der mittleren Altersgruppen** (20 – 55 Jahre) in Erfahrung gebracht werden.

Ausgehend von einer Beschreibung der Lebenssituation sollen die Befragten ihre Vorstellungen dazu äußern, durch welche Maßnahmen/Projekte die Lebensbedingungen und -chancen verbessert und eventuelle Konflikte im Quartier gelöst werden können.

Zentral ist die Einschätzung des Experten/ der Expertin, welche Bewohner(gruppen) oder Personen dabei eine aktive Rolle spielen und wie sie für die jeweiligen Maßnahmen/ Projekte gewonnen werden können. Von Interesse ist auch, worin mögliche Aufgaben der Quartiersmanagerin gesehen werden.

Wir gehen davon aus, dass die ExpertInnen aufgrund ihrer Funktion im bzw. für das Gebiet spezielle Kenntnisse über Lebensbereiche (Wohn- und Lebensbedingungen, soziales und kulturelles Leben, Erziehung/Schule/Bildung, Bürgeraktivitäten, lokale Ökonomie) oder Aspekte der Lebenssituation bestimmter Zielgruppen besitzen. Diese **Erfahrungen** sollen herausgearbeitet werden.

Der jeweils relevante Bereich soll in der Befragung mit besonderem Nachdruck behandelt werden.

Einführung in das Thema

* Wenn **BewohnerIn des Gebietes**: seit wann ? Persönliche Wohnzufriedenheit ?

Beschreibung der Funktion des Experten/ der Expertin im / für das Untersuchungsgebiet (aufgrund der Angaben des Experten/ der Expertin).

Bitte um schriftliches Material.

Kooperation mit Akteuren des Gebietes.

Bitte an den Experte/ die Expertin, die **Aussagen auf der Grundlage ihres Expertenwissens** vorzunehmen.

Informationsstand

Das Gebiet NW ist - neben drei weiteren Siedlungen – Anfang des Jahres in das Programm „Soziale Stadt“ der Stadt Frankfurt aufgenommen worden.

Sind sie über die Ziele dieses Programms informiert?

Falls nicht informiert oder nur teilweise informiert, Ziele erläutern.

Ziel des Programms „Stadt Frankfurt- Soziale Stadt“ ist es, positive Zukunftsperspektiven des Wohngebietes zu unterstützen. Die Wohn- und Lebenssituation in Quartieren mit besonderem Entwicklungs- und Sanierungsbedarf“ soll durch eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts („neue Nachbarschaften“) sowie durch die Sanierung des baulichen Zustandes von Gebäuden und Wohnumfeld verbessert werden. Die vorhandene Infrastruktur soll im Hinblick auf den zukünftigen Bedarf überprüft werden. Zusammen mit den dort wohnenden BürgerInnen sollen entsprechende Konzepte erarbeitet werden. Die Sozialen Träger sind aufgerufen, die vorhandenen Ressourcen gemeinsam einzubringen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Programmeinschätzung

Halten sie es für gut und notwendig, dass sich die Stadt Frankfurt sich mit dieser besonderen Zielsetzung in die Entwicklung der NW einschaltet?

Wenn Ja, warum?

Wenn nein, warum?

Wahrnehmung des Gebietes

Nennen Sie die wichtigsten Belastungen des Gebietes aus Ihrer Sicht.

Nennen Sie die wichtigsten Vorzüge des Gebietes aus Ihrer Sicht.

Stellen Sie eine Rangfolge der wichtigsten Belastungen auf.

Stellen Sie eine Rangfolge der wichtigsten Vorzüge auf.

Geschichte

Was wissen Sie über die Entstehung und Entwicklung der NW: Veränderung der Bevölkerungsstruktur, Veränderung der Eigentumsverhältnisse, Konflikthafte Ereignisse ?

Sozialprestige der NW in Frankfurt ? uU Gefälle zwischen bestimmten Teilgebieten?

I Wohn- und Lebensbedingungen

Wie schätzen Sie die **Wohn- und Lebensbedingungen** im Wohngebiet insgesamt ein?
Was sehen Sie positiv? Was sehen Sie negativ?
Was ist über die Gestaltung der Mietpreise zu sagen?

Gibt es angemessene Wohnungen für alle Bewohnergruppen?
zB für Familien mit Kindern, Migranten, Wohnsituation für Jugendliche (zu Hause, allein lebend)?

Wissen Sie, wie die **nachbarschaftlichen Verhältnisse** in den einzelnen Gebäuden klappen?
Was (und von wem) sollte ggf. getan werden?

Wie schätzen Sie die bisher ergriffenen **Maßnahmen der Wohnungsbaugesellschaften** ein?
Welche Verbesserungsvorschläge haben Sie?

Wissen Sie, ob der **Verkauf von Wohnungen an Private Wohnungsunternehmen** in den Wohnungsbaugesellschaften erwogen wird?
Gibt es Hinweise dafür? Wie würden Sie dazu stehen?

Sind Sie mit der **Wohnungsbelegung** im Gebiet einverstanden?
Kennen Sie die Vergabekriterien?
Treten durch die Art der Wohnungsvergabe Schwierigkeiten für das Wohnquartier insgesamt auf?
Welche Verbesserungsvorschläge haben Sie?

Sind Ihnen Fälle von **Wohnungsverlust** bekannt?
Welche Gründe / Anlässe sind maßgeblich für drohenden Wohnungsverlust?
Was passiert mit Haushalten, die ihre Wohnung verlieren?
Welche Lösungen bieten Wohnungsbaugesellschaften bzw Wohnungsamt an?

In welcher Weise könnten **BewohnerInnen selbst aktiv** werden zur Verbesserung der Wohnsituation?
Fallen Ihnen Bewohner ein, die Multiplikatoren (zB lokal Aktive, anerkannte Persönlichkeiten) dafür sein könnten?
Wie könnten die **Aktivitäten der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements verzahnt** werden zur Verbesserung der Situation?

II Städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung

Was schätzen Sie an der **städtebaulichen Struktur** des Wohngebietes
(Art der Wohnbebauung, Freiflächen, Fußwege, Verkehrsführung, Verkehrsanschluss, Parken) eher positiv bzw. eher negativ ein?

Wie schätzen Sie die **Zufriedenheit der BewohnerInnen** mit dem städtebaulichen Struktur des Wohngebietes ein (möglichst differenziert nach Gruppen: zB Jugendliche, MigrantInnen)?
Welche Veränderungen der städtebaulichen Struktur könnten dazu beitragen, dass die BewohnerInnen zufriedener sind und sich besser mit dem Wohngebiet identifizieren können?

Ist die **Nutzung der Freiflächen** zufriedenstellend gelöst?
Mit welchen Maßnahmen/Aktionen könnte die Nutzung der Freiflächen verbessert werden?
An welche Bevölkerungsgruppen (z.B. Kinder, Jugendliche, MigrantInnen, ältere Menschen) und Nutzungen (zB Spielplätze, Sportflächen, Ruheräume, Treffpunkte) sollte dabei besonders gedacht werden?

Welche anderen **Verbesserungen im Wohnumfeld** wären erstrebenswert?

- Verkehrssicherheit im Wohngebiet, Verbesserung der Fußwege, Verbesserung des Parkens
- Verbesserung der Müllsituation
- Verkehrsentlastung, Immissionsminderung, Verkehrsanschluss

Wie schätzen Sie die **Versorgung des Gebietes mit Infrastruktur** ein (zB Geschäfte, private und soziale Dienstleistungen, Ärzte, Post)?

Wie könnte das Angebot in den einzelnen Bereichen konkret verbessert werden?
Fehlen entsprechende Räumlichkeiten?
Wer müsste aktiv werden?
Ist die Versorgung mit vorschulischen Angeboten angemessen?
Was halten Sie von den Jugendzentren? Welche Rolle spielen sie für das Quartier?

Wie könnten die Aktivitäten der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements verzahnt werden zur Verbesserung der Situation?

III Soziales und kulturelles Leben

Wie **schätzen Sie das soziale und kulturelle Leben** im Wohngebiet ein?
Welche Aktivitäten kennen Sie? Welche Aktivitäten bewerten Sie besonders positiv?
Welche Aktivitäten sollten aus Ihrer Sicht besonders gefördert werden?

Gibt es im Gebiet **typische Konflikte**, die das soziale Leben beeinträchtigen?
Wenn ja, welche sind das ?
Können Sie bestimmte Konfliktparteien benennen?
Spielen dabei Fremdheit oder Generationenfragen eine besondere Rolle? Ggf. was sonst ?
Was wäre da zu tun ?

Gibt es im Untersuchungsgebiet NW **Probleme mit der Sicherheit** von BewohnerInnen? Gehen Sie bitte näher darauf ein.
Welche Orte sind gefährlich?
Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders gefährdet?
Wie würden Sie typische Täter beschreiben?
Beschreiben Sie bitte die Sicherheitssituation im Hinblick auf die Nordweststadt insgesamt.
Was wäre von wem zu tun ?

Welche **sozialen und kulturellen Angebote** fehlen für die Bewohnerschaft insgesamt bzw. für bestimmte Zielgruppen (zB Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, MigrantInnen, ältere Menschen) ?
Durch welche **Einrichtungen** sollte das Angebot für die Bewohnerschaft insgesamt bzw für bestimmte Zielgruppen ergänzt werden (zB Bürgertreff, interkulturelle Begegnungsstätte, Freizeithaus, Räume für stadtteilkulturelle Projekte, Sporteinrichtungen, Gesundheitszentrum) ?
Welche Prioritäten empfehlen Sie ?
* Welchen Beitrag könnte Ihre Organisation dazu leisten ?

Sollte notfalls der Bebauungsplan geändert werden ?

Bildung und Schule im Quartier

Ist die Versorgung mit schulischen Angeboten für die Kinder des Quartiers angemessen ?
Welche Rolle spielen die **Schulen** im / für das Gebiet ?
Welche Kooperationen bestehen mit KT's, Jugendeinrichtungen, Familien, mit Unternehmen ?
Welche Veränderung der Rolle der Schulen im Gebiet wäre nötig und könnte das Angebot für welche BewohnerInnen verbessern?
Was halten Sie von Konzepten wie Stadtteilschule, Ganztagschule?
Was halten Sie von einer Öffnung der Schule in das Wohnquartier hinein, vom Ausbau zielgruppengerechter Bildungsangebote (z.B. für Familien, MigrantInnen)?

Wie könnten die **Aktivitäten der Wohnungswirtschaft, der Träger des sozialen und des kulturellen Lebens, der Schulen und des Quartiersmanagements verzahnt** werden zur Verbesserung der Situation ?

IV Lokale Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung

Stellt **Arbeitslosigkeit** im Gebiet ein besonderes Problem dar?
Welche Gruppen sind davon besonders betroffen, z.B. Jugendliche, MigrantInnen?
Welche Gruppen sind es weniger?

Welche für das Untersuchungsgebiet wichtigen **Unternehmen** gibt es aus ihrer Sicht in der NW?
Welche Rolle spielen diese als Arbeitgeber für die BewohnerInnen des Gebietes?
Gibt es bestimmte Firmen, deren Arbeitsplätze für die BewohnerInnen des Gebietes besonders wichtig sind ? Wo liegen diese in Frankfurt?
Welche Möglichkeiten sehen Sie, die lokale Wirtschaft zu stärken?

Auf welche Weise könnten die **Beschäftigungschancen** der BewohnerInnen, v.a. der Schulabgänger, verbessert werden, insbesondere in der lokalen Wirtschaft ?

Erläuterungen zu Beschäftigungsprojekten und Qualifizierungs- und Arbeitsmarktagenturen
Kennen Sie solche **Ansätze** in der NW, ggf. welche?

In welchen Bereichen könnten Ihrer Meinung nach **sinnvolle Beschäftigungsprojekte** (und nachfolgend u.U. Arbeitsplätze) im Untersuchungsgebiet geschaffen werden? Für welche Zielgruppen ?
* Könnte Ihre Organisation einen Beitrag dazu leisten?
Wie könnten die Aktivitäten der Unternehmen, der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements verzahnt werden zur Verbesserung der Situation ?

V Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen

Beteiligung

Gibt es Bürgerorganisationen, Vereine und nachbarschaftliche soziale Netze in der Siedlung? Welche sind dies?
Wie könnten diese gezielt gefördert werden?

Welche Rolle spielen dabei **bestimmte Bewohnergruppen**, wie z. B. Alteingesessene, neu Zugezogene, Jugendliche, MigrantInnen ?

Wie bewerten Sie die gegebenen **politischen Beteiligungsmöglichkeiten** (zB Ortsbeirat, Regionalrat)?

Was würde aus Ihrer Sicht eine stärkere Beteiligung der BürgerInnen an den Entscheidungen im Gebiet bringen ? Halten Sie sie für erstrebenswert?

Wenn ja, wie könnte die Beteiligung verbessert werden (zB Quartiersvertretung, Einzelprojekte, Selbstorganisation) ?

Aktivierung

Wie können BewohnerInnen für gebietsbezogene Projekte/Aktionen gewonnen werden ?

Welche Gruppen/Personen für welche Aktivitäten ?

Welche **bürgerschaftlichen Maßnahmen könnten zur Verbesserung der Gesamtsituation** im Gebiet beitragen?

* Welchen Beitrag kann Ihre Organisation dazu leisten ?

Worin sehen Sie die Rolle der Quartiersmanagerin bei Beteiligung und Aktivierung ?

VI Gesamteinschätzung

Nehmen Sie zum Abschluss eine Gesamteinschätzung vor:

Worin sehen Sie die **Qualitäten und Entwicklungschancen** des Gebietes ?

Welche Maßnahmen und Projekte halten Sie für besonders vordringlich?

* sWelchen Beitrag kann Ihre Organisation dazu leisten ?

Was erwarten Sie sich von den Wohnungsunternehmen, was vom Quartiersmanagement ?

Interview-Leitfaden für Wohnungsunternehmen-ExpertInnen

Nordweststadt (Praunheimerweg, Bernadottestraße, Heilmannstraße)
Frankfurt - Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften

Zielsetzung der ExpertInnenbefragung

Ziel ist es, in differenzierter Form Belastungen; Wünsche und Ressourcen für eine Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation im Untersuchungsgebiet NW zu ermitteln.

Durch die Befragung soll das Wissen der Experten über die Situation von **Kindern und Jugendlichen** und von **Haushalten der mittleren Altersgruppen** (20 – 55 Jahre) in Erfahrung gebracht werden.

Ausgehend von einer Beschreibung der Lebenssituation sollen die Befragten ihre Vorstellungen dazu äußern, durch welche Maßnahmen/Projekte die Lebensbedingungen und -chancen verbessert und eventuelle Konflikte im Quartier gelöst werden können.

Zentral ist die Einschätzung des Experten/ der Expertin, welche Bewohner(gruppen) oder Personen dabei eine aktive Rolle spielen und wie sie für die jeweiligen Maßnahmen/ Projekte gewonnen werden können. Von Interesse ist auch, worin mögliche Aufgaben der Quartiersmanagerin gesehen werden.

Wir gehen davon aus, dass die ExpertInnen aufgrund ihrer Funktion im bzw. für das Gebiet spezielle Kenntnisse über Lebensbereiche (Wohn- und Lebensbedingungen, soziales und kulturelles Leben, Erziehung/Schule/Bildung, Bürgeraktivitäten, lokale Ökonomie) oder Aspekte der Lebenssituation bestimmter Zielgruppen besitzen. Diese **Erfahrungen** sollen herausgearbeitet werden.

Der jeweils relevante Bereich soll in der Befragung mit besonderem Nachdruck behandelt werden.

Einführung in das Thema

Beschreibung der Funktion des Experten/ der Expertin im / für das Untersuchungsgebiet (aufgrund der Angaben des Experten/ der Expertin).

Bitte um schriftliches Material.

Kooperation mit anderen Wohnungsunternehmen im Gebiet ?

Mit Akteuren des Gebietes ? Mit Sozialer Arbeit ?

Bitte an den Experte/ die Expertin, die **Aussagen auf der Grundlage ihres Expertenwissens** vorzunehmen.

Bitte zu differenzieren zwischen ihrem eigenen Wohnungsunternehmen und den anderen, die Wohnungsbestand im Gebiet haben!

Informationsstand

Das Gebiet NW ist - neben drei weiteren Siedlungen – Anfang des Jahres in das Programm „Soziale Stadt“ der Stadt Frankfurt aufgenommen worden.

Sind sie über die Ziele dieses Programms informiert?

Falls nicht informiert oder nur teilweise informiert, Ziele erläutern.

Ziel des Programms „Stadt Frankfurt- Soziale Stadt“ ist es, positive Zukunftsperspektiven des Wohngebietes zu unterstützen. Die Wohn- und Lebenssituation in Quartieren mit besonderem Entwicklungs- und Sanierungsbedarf“ soll durch eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts („neue Nachbarschaften“) sowie durch die Sanierung des baulichen Zustandes von Gebäuden und Wohnumfeld verbessert werden. Die vorhandene Infrastruktur soll im Hinblick auf den zukünftigen Bedarf überprüft werden. Zusammen mit den dort wohnenden BürgerInnen sollen entsprechende Konzepte erarbeitet werden. Die Sozialen Träger sind aufgerufen, die vorhandenen Ressourcen gemeinsam einzubringen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Programmeinschätzung

Halten sie es für gut und notwendig, dass sich die Stadt Frankfurt sich mit dieser besonderen Zielsetzung in die Entwicklung der NW einschaltet?

Wenn Ja, warum?

Wenn nein, warum?

Wahrnehmung des Gebietes

Nennen Sie die wichtigsten Belastungen des Gebietes aus Ihrer Sicht.

Nennen Sie die wichtigsten Vorzüge des Gebietes aus Ihrer Sicht.

Stellen Sie eine Rangfolge der wichtigsten Belastungen auf.

Stellen Sie eine Rangfolge der wichtigsten Vorzüge auf.

Geschichte

Was wissen Sie über die Entstehung und Entwicklung der NW: Veränderung der Bevölkerungsstruktur, Veränderung der Eigentumsverhältnisse, Konflikthafte Ereignisse ?

Sozialprestige der NW in Frankfurt ? uU Gefälle zwischen bestimmten Teilgebieten?

I Wohn- und Lebensbedingungen

Wie schätzen Sie die **Wohn- und Lebensbedingungen** im Wohngebiet insgesamt ein?

Was sehen Sie positiv? Was sehen Sie negativ?

Halten Sie die Mietpreisentwicklung für angemessen? Für hinreichend?

Gibt es angemessene Wohnungen für alle Bewohnergruppen?

zB für Familien mit Kindern, Migranten, Wohnsituation für Jugendliche (zu Hause, allein lebend)?

Wissen Sie, wie die **nachbarschaftlichen Verhältnisse** in den einzelnen Gebäuden klappen?

Was (und von wem) sollte ggf. getan werden?

Wie schätzen Sie die bisher ergriffenen **Maßnahmen der Wohnungsunternehmen** ein?

Welche Verbesserungen hat Ihr Unternehmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt? Welche Verbesserungen schlagen Sie vor für die anderen Unternehmen?

Denken Sie an **Verkauf von Wohneinheiten an private** Wohnungsunternehmen?

Ggf. Gründe dafür?

Welche Folgen hätte das für die BewohnerInnen?

Skizzieren Sie bitte Ihre **Wohnungsbelegung** im Gebiet!

Welche sind die Aufgaben Ihres Unternehmens, welche die des Wohnungsamtes?

Sonstige Beteiligte?

Vergabekriterien?

Wäre die Belegung verbesserungswürdig? Wodurch ggf.?

Was wäre für Sie die ideale Belegung?

Wie viele Mietrückstandsfälle haben Sie im Gebiet? Gründe dafür?

Wie verfährt Ihr Unternehmen bei Mietrückständen?

Was wissen Sie über den **Wohnungsverlust** von Haushalten?

Was passiert mit den Haushalten, die ihre Wohnung verlieren?

Welche anderen Lösungen gäbe es für dieses Problem?

Welche **Beteiligungsmöglichkeiten haben BewohnerInnen** zur Gestaltung und Pflege Ihres Wohnungsbestandes (auch zB Bewohner-/Mieterbeiräte)?

Welche Erfahrungen machen Sie damit?

Sehen Sie da Verbesserungsbedarf?

Haben Sie in Ihrem Unternehmen **SozialarbeiterInnen** beschäftigt? Ggf. mit welchen Funktionen und Erfahrungen?

Fallen Ihnen **Bewohner ein, die Multiplikatoren** (lokal Aktive, anerkannte Persönlichkeiten) dafür sein könnten?

Sehen Sie als Wohnungsunternehmen mit öffentlicher Förderung eine **besondere soziale Verpflichtung** gegenüber den Mietern? Ggf. welche?

Wie könnten die Aktivitäten der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements **verzahnt** werden zur Verbesserung der Situation?

II Städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung

Was **schätzen Sie an der städtebaulichen Struktur des Wohngebietes**

(Art der Wohnbebauung, Freiflächen, Fußwege, Verkehrsführung, Verkehrsanschluss, Parken) eher positiv bzw. eher negativ ein?

Wie schätzen Sie die **Zufriedenheit der BewohnerInnen** mit dem städtebaulichen Struktur des Wohngebietes ein (möglichst differenziert nach Gruppen: zB Jugendliche, MigrantInnen)?

Welche Veränderungen der städtebaulichen Struktur könnten dazu beitragen, dass die BewohnerInnen zufriedener sind und sich besser mit dem Wohngebiet identifizieren können?

Ist die **Nutzung der Freiflächen** zufriedenstellend gelöst?

Mit welchen Maßnahmen/Aktionen könnte die Nutzung der Freiflächen verbessert werden?

An welche Bevölkerungsgruppen (z.B. Kinder, Jugendliche, MigrantInnen, ältere Menschen) und Nutzungen (zB Spielplätze, Sportflächen, Ruheräume, Treffpunkte) sollte dabei besonders gedacht werden?

Welche anderen **Verbesserungen im Wohnumfeld** wären erstrebenswert?

Wie schätzen Sie die **Versorgung des Gebietes mit Infrastruktur** ein (zB Geschäfte, private und soziale Dienstleistungen, Ärzte, Post)?

Wie könnte das Angebot in den einzelnen Bereichen konkret verbessert werden?

Fehlen entsprechende Räumlichkeiten?

Wer müßte aktiv werden?

Ist die Versorgung mit vorschulischen Angeboten im Quartier angemessen?

Was halten Sie von den Jugendzentren? Welche Rolle spielen sie für das Quartier?

Wie könnten die Aktivitäten der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements **verzahnt** werden zur Verbesserung der Situation?

III Soziales und kulturelles Leben

Wie **schätzen Sie das soziale und kulturelle Leben** im Wohngebiet ein?
Welche Aktivitäten kennen Sie? Welche Aktivitäten bewerten Sie besonders positiv?
Welche Aktivitäten sollten aus Ihrer Sicht besonders gefördert werden?

Gibt es im Gebiet **typische Konflikte**, die das soziale Leben beeinträchtigen?
Wenn ja, welche sind das ?
Können Sie bestimmte Konfliktparteien benennen?
Spielen dabei Fremdheit oder Generationenfragen eine besondere Rolle? Ggf. was sonst ?
Was wäre da zu tun ?

Gibt es im Untersuchungsgebiet NW **Probleme mit der Sicherheit** ? Ggf. welche ?
Welche Orte sind gefährlich?
Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders gefährdet?
Wie würden Sie typische Täter beschreiben?
Beschreiben Sie bitte die Sicherheitssituation im Hinblick auf die Nordweststadt insgesamt.
Was wäre von wem zu tun ?

Welche **sozialen und kulturellen Angebote** fehlen für die Bewohnerschaft insgesamt bzw. für bestimmte Zielgruppen (zB Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, Haushalte im mittleren Alter, ältere Menschen, MigrantInnen) ?
Durch welche **Einrichtungen** sollte das Angebot für die Bewohnerschaft insgesamt bzw für bestimmte Zielgruppen ergänzt werden (zB Bürgertreff, interkulturelle Begegnungsstätte, Freizeithaus, Räume für stadtteilkulturelle Projekte, Sporteinrichtungen, Gesundheitszentrum)?
Welche **Prioritätensetzungen** empfehlen Sie ?
Sehen Sie sich als Wohnungsunternehmen da in der Pflicht ?

Sollte evtl. der Bebauungsplan geändert werden ?

Bildung und Schule im Quartier

Ist die Versorgung mit schulischen Angeboten für die Kinder aus dem Quartier angemessen ?
Welche Rolle spielen die **Schulen** im / für das Gebiet ?
Welche Veränderung der Rolle der Schulen im Gebiet wäre nötig und könnte das Angebot für welche BewohnerInnen verbessern?

Wie könnten die Aktivitäten der Wohnungswirtschaft, der Träger des sozialen und des kulturellen Lebens, der Schulen und des Quartiersmanagements verzahnt werden zur Verbesserung der Situation ?

Untersuchungen in der Nordweststadt

Kennen Sie die Ergebnisse der Untersuchungen der **Schader-Stiftung** (1998 – 2000 Bestandsaufnahme, Analyse und Empfehlungen insbes. für ältere Menschen) ?
Waren Sie daran beteiligt ? Ggf. wie ?
In welcher Weise werden die Untersuchungsergebnisse in Ihrer Arbeit bzw der Arbeit des Wohnungsamtes oder anderer Institutionen berücksichtigt ?

IV Lokale Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung

Stellt **Arbeitslosigkeit** im Gebiet ein besonderes Problem dar?
Welche Gruppen sind davon besonders betroffen, z.B. Jugendliche, MigrantInnen?
Welche Gruppen sind es weniger?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die lokale Wirtschaft zu stärken?
Auf welche Weise könnten die **Beschäftigungschancen** der BewohnerInnen, v.a. der Schulabgänger, verbessert werden, insbesondere in der lokalen Wirtschaft ?
Sehen Sie darin eine Chance zur Verbesserung der Wohnsituation ?

Erläuterungen zu Beschäftigungsprojekten und Qualifizierungs- und Arbeitsmarktagenturen

Kennen Sie solche **Ansätze** in der NW, ggf. welche?
Könnte Ihr Unternehmen einen Beitrag dazu leisten?

Wie könnten die Aktivitäten der Unternehmen, der Wohnungswirtschaft und des Quartiersmanagements verzahnt werden zur Verbesserung der Situation ?

V Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen

Welche Erfahrungen hat Ihr Unternehmen mit Bewohner-Aktivierung und Beteiligung gemacht?

Welche Rolle spielen dabei **bestimmte Bewohnergruppen**, wie z. B. Alteingesessene, neu Zugezogene, Jugendliche, MigrantInnen ?

Ist es aus Ihrer Sicht erstrebenswert, diese Beteiligung zu verbessern (zB Quartiersvertretung, Einzelprojekte, Selbstorganisation) ?

Wie können BewohnerInnen für gebietsbezogene Projekte/Aktionen gewonnen werden ?

Welche Gruppen/Personen für welche Aktivitäten ?

Haben Sie dazu bereits Konzepte/ Ideen für die Zukunft entwickelt ?

Welchen Beitrag kann Ihr Unternehmen dazu leisten ?

Worin sehen Sie die Rolle der Quartiersmanagerin bei Beteiligung und Aktivierung ?

Gesamteinschätzung

Nehmen Sie zum Abschluss eine Gesamteinschätzung vor:

Worin sehen Sie die **Qualitäten und Entwicklungschancen** des Gebietes ?

Welche Maßnahmen und Projekte halten Sie für besonders vordringlich?

Welchen Beitrag wird Ihr Unternehmen dazu leisten ?

Was erwarten Sie sich von der Politik, was von den anderen Akteuren, was vom Quartiersmanagement im Rahmen des Programms Soziale Stadt – Nordweststadt ?